



Plenarprotokoll

48. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 13. Dezember 2001

Zukunft der Schiffbauindustrie - Zukunft der maritimen Wirtschaft	3560	Lars Harms [SSW].....	3572
		Thomas Stritzl [CDU].....	3574
Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2001 Drucksache 15/910 (neu)		Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3575
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1414			
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3560	Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	3576
Roswitha Strauß [CDU]	3562		
Thomas Rother [SPD]	3565		
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3568		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3570, 3575	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1423 (neu)	

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3576	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung eines Gesetzes über Sonn- und Feiertage	3595
Uwe Eichelberg [CDU]	3577	Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken	
Klaus-Dieter Müller [SPD]	3578	Drucksache 15/1157	
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3579, 3584	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3581, 3585	Drucksache 15/1389	
Lars Harms [SSW]	3582	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin	3595
Heinz Maurus [CDU]	3583	Beschluss: Verabschiedung.....	3596
Günter Neugebauer [SPD].....	3585		
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	3586		
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes (Kirchensteueränderungsgesetz - KiStÄndG)	3586	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers der Nordsee und der Elbmündung sowie zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes	3596
Gesetzentwurf der Landesregierung		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 15/1168		Drucksache 15/1302	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Drucksache 15/1405		Drucksache 15/1391	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	3587	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin	3596
Günter Neugebauer [SPD].....	3587	Beschluss: Verabschiedung.....	3596
Rainer Wiegard [CDU]	3588		
Wolfgang Kubicki [FDP]	3589, 3594	Neubesetzung für den Stiftungsrat der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein	3596
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3591	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD	
Anke Spoorendonk [SSW].....	3592	Drucksache 15/1387	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	3593	Beschluss: Annahme	3596
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	3594	VBL	3596
Beschluss: Verabschiedung.....	3595	Antrag der Fraktion der CDU	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	3595	Drucksache 15/1393	
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU		Beschluss: Annahme	3596
Drucksache 15/738		Einführung von DVB-T	3596
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 15/1365		Drucksache 15/1420	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	3595	Beschluss: Annahme	3596
Beschluss: Ablehnung.....	3595		

Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016	3596	Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	3597
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1421		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/514	
Beschluss: Annahme	3596	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/536	
Gesamtschulen in Schleswig-Holstein	3596	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 15/1369	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1422		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- ersteller	3597
Beschluss: Annahme	3596	Jost de Jager [CDU], zur Geschäfts- ordnung	3598
Neufassung der Lehrerarbeitszeit	3597	Dr. Ekkehard Klug [FDP], zur Geschäftsordnung	3598
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1054 (neu)		Heinz Maurus [CDU], zur Geschäfts- ordnung	3598
Bericht der Landesregierung		Beschluss: 1. Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 15/514	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bil- dungsausschusses		2. Ablehnung des Antrages Drucksache 15/536	3598
Drucksache 15/1366		Haushaltsrechnung und Vermögensüber- sicht für das Haushaltsjahr 2000	3598
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	3597	Bericht des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 15/1372	
Beschluss: Kenntnisnahme	3597	Beschluss: Überweisung an den Finanzaus- schuss	3598
Nachwuchssicherung an beruflichen Schulen - Wege öffnen für Quereinsteiger	3597	Vierter Bericht der Informations- und Dokumentationsstelle über die Tätigkei- ten von Sekten und sektenähnlichen Ver- einigungen in Schleswig-Holstein	3598
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1057		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1303	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bil- dungsausschusses		Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/1392	
Drucksache 15/1367		Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin	3599
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- ersteller	3597	Beschluss: Kenntnisnahme	3599
Beschluss: Annahme	3597	Schaustellergewerbe fördern	3599
Erhalt von Sprachheilgrundschulen	3597	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/807	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/916		Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 15/839	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bil- dungsausschusses			
Drucksache 15/1368			
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- ersteller	3597		
Beschluss: Ablehnung	3597		

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 15/1407		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1187	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	3599	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1237	
Heinz Maurus [CDU].....	3599	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/1416	
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/807	3599		
Gemeinsame Beratung	3599	d) Heimaufsicht in Schleswig-Holstein.....	3600
a) Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen	3599	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1231	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1181		Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/1417	
Bericht der Landesregierung		Andreas Beran [SPD], Berichterstatter... 3600	
Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 15/1410		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3600, 3608
b) Fördermittel für Investitionen im Rahmen der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse	3599	Helga Kleiner [CDU]	3601, 3607
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1265		Andreas Beran [SPD].....	3602
Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 15/1411		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3603, 3606
Claus Hopp [CDU], Berichterstatter	3599	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3605, 3608
Beschluss: Für erledigt erklärt	3600	Silke Hinrichsen [SSW]	3606, 3608
Gemeinsame Beratung	3600	Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1399 und des Änderungsantrages Drucksache 15/1452 an den Sozialausschuss 2. Annahme der Anträge Drucksachen 15/1187 und 15/1231.....	3609
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes	3600	Gemeinsame Beratung	3609
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1399		a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung - Abschaffung der Direktwahl von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten	3609
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1452		Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1424	
b) Qualität und Kontrolle in Pflegeeinrichtungen	3600	b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein	3609
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/732		Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1425	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/1415		Silke Hinrichsen [SSW]	3609, 3614
c) Qualität in der Pflege	3600		

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung, bitte Sie, Platz zu nehmen und die Gespräche in der Pause oder draußen fortzusetzen.

Erkrankt ist die Frau Abgeordnete Brita Schmitz-Hübsch, der wir von hier aus herzliche Genesung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Abgeordneten Werner Kalinka und Bernd Schröder.

Auf der Tribüne möchte ich Besuchergruppen der Theodor-Mommsen-Schule aus Bad Oldesloe begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Zukunft der Schiffbauindustrie - Zukunft der maritimen Wirtschaft

Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2001

Drucksache 15/910 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1414

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Dr. Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bericht zur maritimen Wirtschaft, der an diesem Morgen vielleicht eine schwere Lektüre und ein schweres Thema ist, ist es wert, aufmerksam gelesen zu werden. Er ist etwas Besonderes. Er geht auf Wünsche aller Fraktionen in diesem hohen Haus zurück, was übrigens zeigt, dass alle hier das Thema für außerordentlich bedeutsam für die zukünftige Entwicklung unseres Landes halten.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Der Bericht bietet - das ist ein Novum - erstmals eine **Gesamtschau** aller Aspekte der maritimen Wirtschaft. Als erstes Küstenland legen wir eine umfassende und alle Facetten der maritimen Wirtschaft beleuchtende Analyse vor. Wir greifen damit die Aufbruchsignale auf, die vom Bundeskanzler auf der 1. Maritimen Konferenz kürzlich in Rostock ausgegangen sind.

Der Bericht beschränkt sich nicht auf eine Momentaufnahme, sondern macht deutlich, was es in Schleswig-Holstein schon alles an positiven Entwicklungen gibt. Er belegt die Vernetzungen der Bereiche Technik, Industrie, Handel und Gewerbe, maritime Dienstleistungen, Wissenschaft und Forschung und er macht deutlich, dass es sowohl um den **Schiffbau** als den **Kernbereich** der maritimen Wirtschaft als auch um ganz neue, besonders wachstumsträchtige technologie- und dienstleistungsintensive Sektoren geht. Er zeigt neben bereits laufenden Maßnahmen und positiven Ergebnissen Perspektiven und Handlungsoptionen auf und er macht deutlich, dass die maritime Wirtschaft für Schleswig-Holstein im Verbund mit den anderen norddeutschen Ländern ein überaus chancenreiches Cluster ist. Schleswig-Holstein braucht solche Cluster, wenn es im schärferen Standortwettbewerb mithalten will.

Die maritime Wirtschaft - das gilt ganz besonders auch für die Aquakultur, „blaue“ Life Science, wie wir sagen - ist neben dem Bereich Life Science, Gesundheit generell, Medizintechnik, Gesundheit et cetera und dem Bereich IT, Multimedia, Mikroelektronik sicherlich eines der für Schleswig-Holstein besonders chancenreichen Cluster, das wir gezielt weiter ausbauen müssen.

Mein Dank für diesen sehr umfassenden Bericht gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ministeriums und der anderen beteiligten Ressorts, die in einer hervorragenden Kooperation diesen Bericht in einer bemerkenswerten Art und Weise zusammengestellt haben.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte einige Kernaussagen zusammenfassen.

Der Schiffbau in Schleswig-Holstein ist hoch innovativ und besitzt weltweit einen guten Ruf. Viele neue Schiffstypen wurden hier in Schleswig-Holstein geboren, neue RoRo-Frachtfähren von Flender, Doppelhüllentanker von Lindenau, das erste Katalysatorschiff von Peters und im Marineschiffbau hat HDW immer Standards gesetzt, wie wir wissen. Noch immer ist der **Schiffbau** - was gelegentlich übersehen wird - ein bedeutender und in Teilbereichen wachsender Sektor in Schleswig-Holstein.

Sechs Werften mit rund 6.600 Beschäftigten sowie 109 Firmen der Zulieferindustrie mit ihrerseits 11.200 Beschäftigten repräsentieren knapp 20 % der deutschen Schiffbauindustrie mit 25 % Marineaufträgen als eine tragende Säule. Hinzu kommen 100 Bootswerften mit 900 Mitarbeitern.

Unsere Werften haben - ich habe es eben schon angedeutet - in vielen Bereichen die Technologieführer-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

schaft errungen und dies trotz schwieriger Wettbewerbslage.

Dabei kommt es entscheidend auf Forschung und Entwicklung und auf weitere Kooperationen an. Auch im Werftbereich wird der Konzentrationsprozess unaufhaltsam weitergehen. Deshalb ist die Strategie von HDW richtig, einen starken **Werftenverbund** unter Führung von HDW aufzubauen, einen Werftenverbund, der neben norddeutschen auch nordeuropäische Werften einbeziehen sollte. Und es ist auch wichtig, dass die anderen Werften verstärkt auf Kooperation setzen. Denn nur wenn die schleswig-holsteinischen Werften untereinander verstärkt kooperieren, wahren sie ihre Chance, dass der neue Werftenverbund hier in Schleswig-Holstein aufgebaut wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man darf nicht verschweigen, dass sich der internationale Schiffbaumarkt aktuell in nahezu allen Marktsegmenten in schwerem Fahrwasser befindet. Bei rückläufigem Welthandel sind die Frachtraten weiter zurückgegangen. Hinzu kommt, dass durch die koreanischen Dumpingpreise **Wettbewerbsverzerrungen** entstehen. Aus diesem Grund verfolgt die **EU-Kommission** bekanntlich eine Doppelstrategie. Sie will einerseits Klage führen, andererseits nur für einen Übergangszeitraum Hilfen für bestimmte Marktsegmente zulassen. Leider hat der EU-Ministerrat am 5. Dezember keine weiteren **Anschlusshilfen** beschlossen. Entscheidend war hier, dass sich Frankreich in der Frage der Einbeziehung von Gastankern nicht durchsetzen konnte. Ich halte die Entscheidung für falsch, weil die Werften durch den verfälschten Markt trotz eines noch relativ soliden Auftragsbestandes jetzt in eine noch schwierigere Situation geraten. Brüssel bleibt in der Verantwortung, für die Werften verlässliche Perspektiven aufzuzeigen. Vorgesehen ist, bis zum Frühjahr eine neue EU-Studie zur Konkurrenzsituation in den einzelnen EU-Ländern zu erstellen. Damit bleibt die Tür noch ein Stück offen. Ich hoffe, dass im Frühjahr eine eindeutige Entscheidung getroffen werden kann.

Die Landesregierung wird ungeachtet der Entscheidungslage auf EU-Ebene versuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Werften auch weiterhin mit **Bürgschaften** zu unterstützen, und damit Hilfestellung bei der Akquisition von Anschlussaufträgen leisten. Voraussetzung ist natürlich, dass es sich um wirtschaftlich tragfähige Objekte handelt. Wenn im Frühsommer 2002 über weitere **Schiffbauhilfen** positiv entschieden werden sollte, dann wird das Land zu entscheiden haben, in welcher Höhe **Kofinanzierungsmittel** bereitgestellt werden können. Bisher hat das Land

Schleswig-Holstein in allen Jahren den Schiffbau in Schleswig-Holstein mit hohen Mitteln unterstützt,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

seit 1988 mit insgesamt 461,9 Millionen DM. Kein anderer Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein hat ähnlich hohe Unterstützungen vom Land erhalten. Für die bislang letzte, achte Fortsetzung haben wir den bisher höchsten Betrag, nämlich 96 Millionen DM, bereitgestellt und dies bei einer schwierigen Haushaltslage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würde sich der Bund seiner Verpflichtung stellen, zumindest 50 % der Schiffbauförderung zu übernehmen, könnte damit der weit überwiegende Teil der Kontingente ausgeschöpft werden. Von der Wertschöpfung und von der Beschäftigung her profitiert ganz Deutschland vom Schiffbau, gerade auch die süddeutschen Länder. Ich bitte Sie daher alle, unsere Forderung nach hälftiger Bundesförderung auch weiterhin zu unterstützen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schiffbau und **Häfen** sind gesamtwirtschaftlich von ähnlich hohem Gewicht. Rund 70 Reeder mit Sitz in Schleswig-Holstein betreuen 16 % der deutschen Schifffahrt. Lübeck ist mit 25 Millionen t Umschlag pro Jahr der größte deutsche Ostseehafen,

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

während Kiel seine Spitzenposition im Verkehr mit der östlichen Ostsee weiter ausbaut und Brunsbüttel in privater Trägerschaft ein moderner Industrie- und Massenguthafen am Schnittpunkt von Elbe und NOK geworden ist. Ein breites Spektrum von Dienstleistern wie Maklern und Agenturen auch im Umfeld des NOK sind der Schifffahrt zuzurechnen.

In der **Energie- und Rohstoffgewinnung** verfügt das Land im Feld Mittelplate über mindestens 35 Millionen t gewinnbares Erdöl, das zugleich der Versorgung der Raffinerie Heide mit 600 Arbeitsplätzen dient. Eine neue Offshore-Gaslagerstätte wird zurzeit erschlossen. Die Offshore-Windenergie tritt als echte Zukunftsindustrie mit guten Exportchancen hinzu und hat mit der Messe in Husum eine eigene international bekannte Plattform.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Fischwirtschaft mit rund 5.000 Arbeitsplätzen und 1,2 Milliarden DM Umsatz ist immer noch bedeutsam.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Aquakultur und maritime Bioressourcen bieten zukünftige Anwendungs- und Betriebsformen. Die maritimen Dienstleistungen wie Messtechnik, Labore, Ingenieurbüros lassen sich zwar statistisch nicht greifen, sind aber mit 60 überwiegend jungen Hightechfirmen in Schleswig-Holstein mit einem breiten Dienstleistungs- und Produktspektrum relativ gut vertreten. Mit Blick auf globale Klimaveränderungen, Küstenschutzmanagement, Meeresforschungstechnik und so weiter liegen hier erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten. Wer die „InWaterTec“ vor einigen Monaten hier in Kiel besucht hat, wird davon einen Eindruck bekommen haben.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die **maritime Freizeitwirtschaft**, die unter den Stichworten Sportschifffahrt, maritime Veranstaltungen et cetera ebenfalls wächst und neue Arbeitsplätze schafft. Der Bericht stellt auch die vielseitigen maritimen Angebote der **Hochschulen**, der **Fachhochschulen** und der **Forschungseinrichtungen** im Lande dar. Wir haben in Schleswig-Holstein ein hervorragendes Forschungs- und Entwicklungspotenzial, das wir industriell noch mehr nutzen müssen. Dies gilt insbesondere für das, was bei GEOMAR und dem Institut für Meereskunde passiert.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall bei der FDP)

Die vielseitigen **Fördermöglichkeiten** für die maritime Wirtschaft bilden in dem Bericht einen weiteren Abschnitt, auf den ich nicht weiter eingehen werde. Ich möchte auch nicht im Einzelnen auf die Ergebnisse der Konferenz in Rostock weiter eingehen, die Ihnen bekannt sind. Ich bin der Ansicht, dass diese Konferenz in Rostock wiederum die Aufbruchstimmung erheblich unterstützt hat. Wir haben dort konkrete Maßnahmen für die Seeschifffahrt, aber auch mit Blick auf die maritime Wirtschaft insgesamt beschlossen. Ich werde mich dafür einsetzen - es gibt gute Chancen -, dass die nächste Nationale **Maritime Konferenz** in Schleswig-Holstein stattfinden wird. Das wird ein Signal auch für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort der maritimen Technologie hier sein. Wir werden damit die Aufbruchstimmung weiter erhöhen. Wir bereiten schon jetzt konkrete Projekte vor, die auf dieser Nationalen Maritimen Konferenz dann auch eine Rolle spielen werden. Auch hierbei bitte ich Sie um Unterstützung.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich fasse zusammen: Die maritime Wirtschaft hat trotz aktueller Probleme hervorragende und immer noch vielfach unterschätzte Zukunftsperspektiven. Gerade das Küstenland Schleswig-Holstein muss diese Chan-

cen nutzen. Wir brauchen dafür eine Art Doppelstrategie. Wir müssen einerseits die klassischen Bereiche Schifffahrt und Schiffbau weiter unterstützen und wir tun dies, wir müssen andererseits auch die Chancen in den neuen technologischen Bereichen stärker nutzen. Deswegen muss das Standbein hier breiter werden. Wir müssen die Bereiche Meerestechnik, Biotech, Offshore-Wind, Aquakultur, maritime Dienstleistungen stärken. Das erfordert eine langfristige Orientierung und Ausdauer, aber es wird sich lohnen. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen. Es ist zu wünschen, dass der Bericht auch unter den Akteuren in Wirtschaft, Forschung und Politik breite Beachtung findet und neue zusätzliche Energien freisetzt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Zukunft der maritimen Wirtschaft und zur Zukunft der Schiffbauindustrie hat die Landesregierung dem Landtag einen lesenswerten und in Teilen beachtlichen Bericht vorgelegt. Für diese Leistung möchte ich den entsprechenden Mitarbeitern an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere der Themenkomplex Schiffbauindustrie ist mit seinem weit vernetzten Ansatz verständlich und analytisch dargestellt. Ebenfalls hervorheben möchte ich den Bereich Forschungseinrichtungen und Hochschulen und die daraus resultierende Chancen und Perspektiven, die es zu realisieren gilt. Ein echter Ausrutscher aus meiner Sicht ist leider das Kapitel „Schifffahrt und Häfen“. Dieses Kapitel wird weder in der Analyse noch in den Perspektiven den gestellten Anforderungen gerecht. Die Gründe hierfür sind wohl weniger an mangelndem Sachverstand festzumachen als vielmehr politisch begründet. Das ist bedauerlich und muss nachgearbeitet werden. Ich werde darauf später noch näher eingehen.

Die Initiative zu diesem Bericht und die Festlegung der Inhalte ist nach intensiver und konstruktiver Diskussion im Wirtschaftsausschuss fraktionsübergreifend vom Parlament ausgegangen. Wichtigstes Ziel dieser Initiative waren und sind die **Sicherung von Produktion und Beschäftigung im Schiffbau** und der mit ihr verbundenen maritimen Wirtschaft, und dies insbesondere vor dem Hintergrund des Auslaufens der Wett-

(Roswitha Strauß)

bewerbshilfe und der anhaltenden aggressiven Preispolitik südkoreanischer Werften. Die dadurch bestehenden **Wettbewerbsverzerrungen** sind nach wie vor akut. Die Zahlen belegen dies eindrucksvoll; auch der Herr Minister hat dazu schon einiges gesagt.

Die Koreaner haben ihre Produktion innerhalb der letzten fünf Jahre verdoppelt und bauen ihre Führungsposition weiter aus. Dies belegen sowohl die Zahlen für die Auftragsengänge als auch die Zahlen für die Auftragsbestände: bei den Auftragsengängen plus 35,9 %, bei den Auftragsbeständen plus 33,6 %. Insbesondere bei Containern und Öltankern hat Korea eine marktbeherrschende Position.

Inwieweit es gelingt, in naher Zukunft international einen fairen Wettbewerb zu erreichen, steht in den Sternen. Ebenso steht in den Sternen, ob es zu einer Wiedereinführung der **Wettbewerbshilfe** kommen wird. Es hängt an Frankreich. Möglicherweise fällt im nächsten Frühjahr die Entscheidung.

In Schleswig-Holstein haben sich sechs Werften behauptet, drei Werften mussten im Jahre 2000 Insolvenz beantragen. Erfreulich ist, dass alle drei Werften in reduzierter Stärke und unter anderem Dach dennoch weiterarbeiten. Im Jahre 2000 wurden von schleswig-holsteinischen Schiffswerften 15 Schiffe abgeliefert und 28 Neubaufträge akquiriert. Der Auftragsbestand beläuft sich auf 3,8 Milliarden DM.

Angesichts der schwierigen Situation im Weltschiffbau kommt dem **Marineschiffbau** eine wichtige Rolle zu. Der Produktmix zwischen zivilem und Marine-schiffbau ist ein stabilisierender Faktor und natürlich auch Innovations- und Technologiemo-tor. Die hier erzielte **Marktführerschaft** - die will ich gern erwähnen - beim Export von Fregatten und konventionellen U-Booten, aber auch bei Minenabwehrfahrzeugen, Korvetten und Schnellbooten ist beachtlich.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

HDW, Kröger Werft und FSG nehmen hier eine wichtige Position ein.

Allerdings sind die Auftragsreichweiten und Perspektiven der einzelnen Werften sehr unterschiedlich. Während die Perspektive bei HDW als stabil betrachtet werden kann, sind die Auftragsreichweiten der mittleren Werften deutlich kürzer und deren Perspektiven entsprechend labil.

Mit circa 6.600 Beschäftigten und 400 darin enthaltenen Auszubildenden stellt der Schiffbau einen hervorragenden Anteil der **Hightech-Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein. Ohne Übertreibung gehört die

Schiffbauindustrie heute genauso in den Hightech-Bereich wie etwa die Luft- und Raumfahrt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Dies gilt zumindest in Teilen auch für die Zulieferindustrie. Besonders stark sind wir bei Navigationsanlagen, Motoren und Kompressoren. 11.200 Arbeitnehmer haben in diesem Bereich ihren Arbeitsplatz; das sind etwa doppelt so viele wie im reinen Schiffbau.

Eines will ich gerne erwähnen: Erfreulich ist die beachtliche Stärke der schleswig-holsteinischen **Zulieferindustrie** im Konzert der anderen Bundesländer. Dies ist insbesondere bemerkenswert, da die Zulieferindustrie keine reine Küstenindustrie, sondern eine bundesweit angesiedelte Branche ist, die sich international behaupten muss. Nach Baden-Württemberg und Hamburg belegt Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 16 % den dritten Platz und schlägt Bayern mit einem Prozentpunkt. Das ist eine tolle Leistung der betreffenden Unternehmen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gründe!)

Der Schiffbau ist der Kern der gesamten maritimen Wirtschaft. Er ist als Hightech-Markenzeichen für unser Land unverzichtbar.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit der Analyse und Bewertung der Landesregierung über die Bedeutung des schleswig-holsteinischen Schiffbaus stimmt die CDU-Landtagsfraktion voll überein. Umso unverständlicher ist es, dass die Landesregierung nicht ihren Teil zur **Zukunftssicherung** des schleswig-holsteinischen Schiffbaus beisteuert,

(Beifall bei CDU und FDP)

obwohl die Landesregierung in ihrem Bericht klar darstellt, dass das Auftragsvolumen bis Ende 2000 die doppelte Förderung an **Wettbewerbshilfe** begründen würde.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die Lage der mittleren Schiffswerften ist labil. Sie können ihre technologische Führerschaft nur behaupten, wenn es Ihnen gelingt, substanzerhaltend zu wirtschaften. Deshalb sind die von der CDU-Landtagsfraktion für den Haushalt beantragten 20 Millionen € als VE für die nächsten Jahre ein notwendiger Beitrag zur Zukunftssicherung des schleswig-holsteinischen Schiffbaus.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

(Roswitha Strauß)

Richtig und unbenommen ist dabei, dass die Werften selbst erhöhte Anstrengungen unternehmen müssen. Auch aus unserer Sicht gibt es bei den Werften noch Produktivitätsreserven, die es auszuschöpfen gilt.

Wenn Sie, Herr Minister Rohwer, wirklich etwas für die Zukunft erreichen wollen, müssen Sie sich von dem Irrglauben verabschieden, dass die Summe der Suboptima das Optimum ergibt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Thema „**Häfen in Schleswig-Holstein**“ ist in jeder Beziehung ungenügend behandelt worden und wird der Bedeutung des Themas für Schleswig-Holstein nicht gerecht. Wegen der Kürze der Redezeit mache ich das am größten deutschen Ostseehafen Lübeck fest.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Es ist ja schön, wenn für den Lübecker Hafen ein Zuwachs von heute 25 Millionen t auf 38 Millionen t Güterumschlag in den nächsten zehn Jahren prognostiziert worden ist. Nur sieht die Realität, meine Damen und Herren, anders aus: Es geht leider rückwärts. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind die Umschlagszahlen um 3,7 % rückläufig.

Daher stellen sich einige Fragen: Was sind die Gründe dafür? Sind die Kunden weggebrochen? Wenn ja: warum? Hat sich die **Wettbewerbsposition Lübecks** zum Beispiel gegenüber dem Rostocker Hafen verschlechtert? Wenn ja: warum? Wie entwickeln sich die Hinterlandbindungen? Welchen Realitätsgehalt hat die Studie „Integrative Hafenlogistik in Schleswig-Holstein“, die Maßnahmen zur Untermauerung der Bedeutung des Lübecker Hafens als Logistikstandort aufzeigt, noch? Viele Fragen - keine Antworten! Mit der Methode des Verschweigens, Herr Minister Rohwer, löst man keine Probleme - im Gegenteil: Man verschlimmert sie und verschleppt Entscheidungen.

Auch bei der Entscheidungsfindung für einen **Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven** hatte die Landesregierung das Nachsehen, frei nach dem Motto: „Unerhört, mit uns hat keiner geredet!“ Eine wahrhaft strategische Meisterleistung!

Natürlich wäre der Standort Cuxhaven im Landesinteresse besser gewesen. Aber alle Signale standen seit langem auf Wilhelmshaven. Also musste sich Schleswig-Holstein doch vorher strategisch darauf einstellen. Was ist danach passiert? Nichts - außer, dass man Folgendes der Ministerpräsidentin nach einem dpa-Gespräch lesen konnte:

„Simonis begrüßte die gute Zusammenarbeit zwischen den Nordländern, kritisierte aber,

dass Schleswig-Holstein bisher nicht in die Planungen zum Tiefwasserhafen in Niedersachsen einbezogen worden sei. Hamburg und Hannover hätten aber zugesagt, die Kieler in der nächsten Runde zu beteiligen.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist doch nett!)

„Dabei gehe es für Schleswig-Holstein vor allem um die Straßenplanungen wie die Elbquerung. Gegen eine weitere Elbvertiefung, die sich Hamburg in den Gesprächen mit Niedersachsen vorbehalten hat, habe Schleswig-Holstein nichts einzuwenden.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

„Einzige Frage ist nur, wo das Baggergut bleibt, meinte Simonis.“

Meine Damen und Herren, es geht dabei um Schleswig-Holsteins wichtigstes Zukunftsprojekt: die Linienbestimmung und Realisierung der **A 20**. Dafür muss gekämpft werden, und zwar mit allen Pfunden, und wenn es sein muss, auch mit allen Bandagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist daher strategisch falsch, Herr Kubicki, Hamburg schon im vorauseilenden Gehorsam die Genehmigung für eine weitere Elbvertiefung zu erteilen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was habe ich denn damit zu tun?)

Was, Frau Ministerpräsidentin, lässt Sie eigentlich annehmen, dass Hamburg und Hannover Sie an den nächsten Gesprächsrunden als ernst zu nehmenden Gesprächspartner beteiligen? Was haben Sie, außer dem Prinzip Hoffnung, anzubieten?

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Mitleid!)

Regieren, Frau Ministerpräsidentin, heißt Handeln und nicht Beten.

Das Gleiche gilt im Übrigen zum Thema „Offshore Windkraftanlagen“. Welchen Einfluss hat und nimmt Schleswig-Holstein zum Beispiel bei der Wahl der Standorte, den Umweltinteressen, den Fremdenverkehrsinteressen und so weiter?

Man kann ja ein Fan von **Windkraftanlagen** sein; aber es ist nicht redlich, wenn verschwiegen wird, dass damit keine Grundlastsicherung herzustellen ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das bedeutet: Je mehr Windkraftanlagen bei gleichzeitiger Abschaltung der Kernkraftwerke aufgestellt werden, umso mehr Kraftwerke werden für die

(Roswitha Strauß)

Grundlastsicherung benötigt. Bezüglich der tatsächlichen Kosten empfehle ich uns allen, den Vortrag von Ulrich Hartmann, Vorsitzender des Vorstandes der e.on AG, zu lesen,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr gut!)

den er anlässlich des Grünkohlensens des Unternehmensverbandes am 28. November dieses Jahres im Kieler Schloss gehalten hat.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU]: - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Roswitha Strauß [CDU]:

Last, but not least: Erwähnenswert, wichtig und außerordentlich erfreulich ist das dichte Netz von **Hochschulen** und **Forschungseinrichtungen** rund um die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Die Ansätze zur verstärkten Zusammenarbeit begrüßt die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich. Sie können und müssen weiter ausgebaut werden. Dies gilt auch für die Verbesserung der Prozessketten und die Vermarktung der Produkte im Interesse des Exportes. Die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist - an der Stelle sind wir uns einig - trotz aller Probleme vielseitig und leistungsfähig. Nutzen wir diese Potenziale!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Rohwer, zunächst möchte auch ich mich dem Dank für die Vorlage des Berichts anschließen. Denn mit diesem Bericht legt die Landesregierung als erste Landesregierung eines Küstenlandes eine umfassende Analyse der maritimen Wirtschaft vor. Ich denke, der Bericht ist eine gute Grundlage für Entscheidungen zur Stärkung der Wirtschaft in diesem Lande.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gerade vor dem Hintergrund der **EU-Entscheidungen** - besser gesagt: der Nicht-Entscheidung - zur **Schiffbauhilfe** vor ein paar Tagen liegt der Bericht auch zu dem richtigen Zeitpunkt dem Parlament vor. Kern des maritimen Sektors, das ist schon angeführt worden, sind die Werften und die mit ihr verbundene Zulieferindustrie, die ja größtenteils außerhalb unseres Bundeslandes liegt. Auf der Grundlage der dynamisch wachsenden globalen Handelsbeziehungen haben

Schiffbau und Schiffsverkehr trotz der derzeit gedämpften konjunkturellen Situation eigentlich gute Perspektiven. Dennoch besteht - ausgelöst durch Dumpingpreise und Überkapazitäten von Unternehmen in Asien - eine Schiefelage im Wettbewerb. Die deutschen Werften müssen sich mit diesem Nachteil herumschlagen. Trotz allem konnte sich der deutsche Schiffbau gut behaupten, wobei die derzeitigen Rekordauftragseingänge allerdings durch den „Schlussverkaufseffekt“, das heißt durch das bevorstehende Auslaufen der Schiffbauhilfen, bedingt sind.

Am 5. Dezember hat der **Industrieministerrat der Europäischen Union** eine Fortsetzung der weiteren Hilfen abgelehnt. Das auch hier schon oft angeführte **Klageverfahren** vor der Welthandelsorganisation gegen die **Wettbewerbsverzerrungen** im asiatischen Raum ist von der EU aber auch noch nicht auf den Weg gebracht worden. Wir müssen deshalb immer wieder deutlich machen, dass nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern auch für die übrige deutsche Schiffbauindustrie von der EU erwartet wird, dass sie endlich tätig wird und die Erledigung ihrer Aufgaben nicht immer wieder hinausschiebt - mag es jetzt das Frühjahr oder der Frühsommer 2002 sein. Wir warten schon viel zu lange.

(Beifall)

Wir laufen Gefahr, vielleicht schon bald eine neue Variante oder eine neue Stufe der **Werftenkrise** zu erleben. Betroffen werden am ehesten die Werften sein, die nicht eine gute Grundausrüstung durch den Marineschiffbau oder enge Kooperationsbeziehungen mit anderen Unternehmen vorweisen können, und auch die, die in den letzten Jahren kaum Diversifikationsanstrengungen unternommen haben. Frau Strauß, da helfen auch ein paar VEs für die nächsten Jahre leider nicht sehr viel. Sie helfen vielleicht mittleren Werften, etwas länger zu überleben, aber sie ändern an der Grundlage nichts.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Die Werftindustrie und auch die Politik müssen sich dieser neuen Situation stellen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig! - Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Betroffen wird hiervon auch die **Zulieferindustrie** sein, die ja vor allem in Baden-Württemberg sitzt. Von der so genannten **Cluster-Bildung**, der Bildung dynamischer Prozessketten in der maritimen Wirtschaft wie in den Niederlanden sind wir leider immer noch ein gutes Stück entfernt. Diese Sorgen können natürlich auch nicht vom nach wie vor boomenden Boots-

(Thomas Rother)

bau für den Freizeitmarkt aufgegangen werden, wenn gleich diesem Marktsegment noch viel größere Aufmerksamkeit gebühren müsste, als das im Bericht erwähnt ist.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr richtig! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zu begrüßen ist natürlich das verstärkte Engagement des Bundes im Bereich von **Forschung und Entwicklung**, das beispielhaft zum Erhalt der technologischen Spitzenposition des deutschen Schiffbaus beiträgt. Jetzt ist es notwendig, gemeinsam mit der maritimen Wirtschaft ein Szenario zu entwickeln, das aufzeigt, wie es auch ohne Schiffbauhilfen weitergeht, weitergehen könnte, auch wenn noch einige Unbekannte vorhanden sind, zum Beispiel die Gegenmaßnahmen der EU während des Klageverfahrens vor der Welthandelsorganisation, weil damit vielleicht wieder Subventionen verbunden sein könnten, oder die Entwicklung der Nachfrageseite angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung.

Diesen Bedingungen sollte natürlich auch die **Mittelvergabe** aus dem Regionalprogramm Rechnung tragen. Auch der **Bund** ist hier in der Pflicht, zumal er seinen Finanzierungsanteil für die Schiffbauhilfen ja zurückgefahren hat.

(Dr. Johann Wadepuhl [CDU]: Sehr richtig! - Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Roswitha Strauß [CDU])

- Vielen Dank, Frau Strauß. - Die Schifffahrt ist ein dynamischer und wachsender Wirtschaftszweig. Ihr gebührt in unserem Land zwischen den Meeren - da stimme ich Ihnen zu - noch viel mehr Aufmerksamkeit. Gerade der zunehmende Fährverkehr - endlich auch mit den baltischen Staaten und Russland - zeigt eine positive Entwicklung. Doch hat die **Schifffahrt** ähnliche Probleme wie der Schiffbau. Änderungen beziehungsweise Ermäßigungen in der Unternehmensbesteuerung, bei der Lohnsteuer und der Erhebung von Sozialabgaben sind die Subventionskehrseite dieser Branche. Darüber hinaus sind vom Bund vor kurzem weitere Finanzhilfen bereitgestellt worden. Der Wirtschaftsminister hat es angesprochen. Zeitpunkt dafür war die Zweite Nationale Maritime Konferenz am 6. November in Rostock, nächstes Jahr vielleicht irgendwo in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Solche Veranstaltungen können Entscheidungen manchmal durchaus beflügeln. Daher ist es gut, dass es sie gibt.

Gut ist, dass die Kurzstreckenseeschifffahrt und die Binnenschifffahrt als Teil des „from road to sea“ oder auch „from road to channel“ Leitsatzes wieder entdeckt worden sind. Ich freue mich gerade als Lübecker ganz besonders, dass es vielleicht gelingen kann, dass der Elbe-Lübeck-Kanal einen zweiten Frühling erlebt.

(Beifall)

Dass der Nord-Ostsee-Kanal als eine der weltweit meistbefahrenen künstlichen Wasserstraßen eine besondere Bedeutung, ist klar. Aber auch das Thema haben wir vor den Hintergrund der Abgaben schon einmal diskutiert.

Die Erfolge in der Hafenwirtschaft sind enorm. Es war richtig, dass der Ausbau der Häfen in den vergangenen Jahren mit Hunderten von Millionen DM gefördert worden ist. Das hat sich rentiert. Allerdings hängt die Entwicklung der **Häfen** ganz wesentlich von der Entwicklung der Hinterlandverbindungen ab. Hier ist noch einiges zu tun. Maßnahmen für Straße, Schiene und Binnenschiff sind erforderlich und das ist nicht nur aus diesem Bericht, sondern auch aus den Bundesverkehrswegeplananmeldungen und dem Regionalprogramm zu entnehmen. Denn die Konkurrenzsituation ist trotz guter Zahlen nicht einfach. Frau Strauß, wir können uns als Lübecker über alles Mögliche beklagen und tun das auch oft und gern, aber die Förderung unseres Hafens ist gerade nicht der Punkt, wo wir dem Land als Lübecker irgendetwas Böses nachsagen müssten.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Jutta Schümann [SPD] und Jutta Scheicht [CDU])

Ganz im Gegenteil, wir sind dafür sehr dankbar. Die Probleme, die Sie angesprochen haben, sollten wir vielleicht einmal vor Ort besprechen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU])

Wichtig bleibt die **Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger**, gerade unter ökologischen Gesichtspunkten. Da ist noch einiges zu tun. Zu weiteren ökologischen Aspekten von Seeschifffahrt und Hafenwirtschaft haben wir vor anderem Hintergrund - „Pallas“ und so weiter - ja schon des Öfteren diskutiert. Anmerken möchte ich jedoch, dass eine emissionsbezogene Hafengebührengestaltung nicht erst nach einem großen Wurf auf EU-Ebene geschehen darf. Das Hamburger Subventionsmodell muss es auch nicht unbedingt sein, aber vielleicht kann eine Änderung des Landeswassergesetzes erfolgen - der Umweltminister sitzt da links von mir -, das die Gebührekalkulation für die Häfen an das Kommunale Abgabengesetz kop-

(Thomas Rother)

pelt. Da steckt das Problem Gleichheitsgrundsatz und so weiter drin. Der Vorgang liegt, soweit ich weiß, zurzeit ja schon im Umweltministerium. Vielleicht sind wir da bald ein bisschen schlauer.

Bei der Nutzung des Meeres als Energie- und Rohstoffquelle sind wir in Bezug auf die **Offshore-Windenergiegewinnung** - auch das ist schon angesprochen worden - wie in anderen Punkten noch in der Diskussion. Leider fehlt im Bericht - das ist auch für mich ein Kritikpunkt - der **ökologische Blickwinkel**, wenn es beispielsweise um die Verlegung der Stromkabel geht, die von den Offshore-Windkraftanlagen an Land gehen. Das können wir im Rahmen der Ausschussdiskussion sicherlich nachholen.

Das Thema Fischerei haben wir ebenfalls vor kurzem im Landtag beraten. Daher zu diesem Komplex nur ein paar kurze Anmerkungen zum Thema **Aquakultur und maritime Bioressourcen**. Im Bericht wird festgestellt, dass die Aquakultur in Deutschland bisher zu wenig systematisch entwickelt ist. Daher ist es gut, wenn das Wirtschaftsministerium sein Augenmerk auf diesen Bereich richtet und vor allem Existenzgründungen unterstützt. Wären Sie bei der Verleihung des Schmidt-Römhild Technology Awards am 29. November in Lübeck alle dabei gewesen, hätten Sie einen kleinen Einblick in die Innovationskraft dieser interessanten Branche gewinnen können. Der Träger des ersten Preises war die Firma BlueBioTec aus Ellerbek. Es war sehr interessant, das einmal geschildert zu bekommen. Wirtschaftsministerium, Wirtschaftsförderung, ttz und TSH haben da - wie ich das sehe - schon die richtigen Leute im Blick.

Der **maritime Dienstleistungsbereich** ist vielfältig und reicht von Laborleistungen bis zu Freizeiteinrichtungen. Leider gibt es keine genauen Zahlen über Umsatz und Beschäftigung. Aber die Wechselbeziehungen zum Rest der maritimen Wirtschaft sind offenkundig. Freizeitwassersport macht nur in einer intakten Umwelt besonders viel Spaß, die Bewerbung um die Austragung von Olympischen Spielen hat nur dann eine Chance, wenn Hafen- und Tourismuswirtschaft zusammenarbeiten, denn die Leute wollen vom Land aus natürlich auch gern einmal ein Segelboot sehen, wenn es um Medaillen kämpft.

Daher ist es auch richtig, mit Messen wie der InWaterTec Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzuführen, um die Meeresforschungsergebnisse zu vermarkten.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Vielleicht kann das auch über ein **maritimes Technologiezentrum** zur Bündelung dieser Dienstleistun-

gen geschehen. Darüber müsste man einmal nachdenken. Denn was nützen uns alle unsere tollen, innovativen und intelligenten Produkte, wenn niemand von ihnen erfährt und sie keine Nachfrage haben?

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Mit dem Ruf von Schiffbau und Schifffahrt als niedergehenden Branchen hatte sich in den vergangenen Jahren auch die Bewerberlage für den beruflichen Einstieg und die Fortbildung verschlechtert. Umso erfreulicher ist es festzustellen, dass sich eine Trendwende abzeichnet. Sowohl bei den Schiffbauingenieuren als auch im Bereich der Schiffsoffiziersausbildung wie auch bei den Seeleuten haben sich die Bewerberzahlen beziehungsweise Lehrgangsteilnehmerzahlen erhöht. Es kommt nun auf die Wirtschaft - unterstützt von der Politik - an, diesen Menschen tatsächlich eine langfristige berufliche Perspektive zu geben.

- Oh, ich sehe, die Zeit läuft mir weg. - Hervorzuheben sind abschließend die Anstrengungen des Landes zur Verbesserung der Zusammenarbeit im maritimen Bereich - neudeutsch als „Kompetenzcluster“ bezeichnet; Entschuldigung, Herr Greve. Auch das „integrierte Küstenschutzmanagement“ ist ein weiteres wichtiges Stichwort.

Im Bereich Kooperation gibt es noch viel zu tun. Wir erwarten von der Landesregierung, dass es bei den im Bericht beschriebenen Anfangerfolgen nicht bleibt, sondern dass das fortgeführt wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem gleichen Problemhintergrund hat der Bund schon vor über einem Jahr einen nationalen maritimen Koordinator eingesetzt. Auch sein Schwerpunktthema ist die **Kooperation**. Das Beispiel Niederlande beweist, dass nur auf diesem Weg die Potenziale der maritimen Wirtschaft voll genutzt werden können.

Auf die Ergebnisse der Zweiten Nationalen Maritimen Konferenz hat der Minister ja schon hingewiesen.

Meine Damen und Herren, gerade die Beschäftigten der maritimen Branchen erwarten von uns eine Perspektive, die über kurzfristige Subventionsentscheidungen hinausreicht. Der Bericht bietet dafür zahlreiche Anhaltspunkte.

Wie man da ein paar Schritte weiterkommt, darüber sollten wir im Wirtschaftsausschuss beraten. Ich be-

(Thomas Rother)

antrage, den Bericht zur abschließenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort jetzt der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Thema maritime Wirtschaft und Schiffbau sind wir uns - jedenfalls formal - in diesem hohen Haus meistens sehr einig. Ich habe deshalb vor, die etwas kontroverseren Themen in den Mittelpunkt meiner Rede zu stellen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Hermann Benker [SPD]: Das muss nicht sein!)

- Herr Kollege Benker, drei Themen möchte ich etwas ausführlicher ansprechen: Erstens die aus meiner Sicht doch eher traurige Qualität des Berichts - jedenfalls, wenn man sich die erste Hälfte des Berichts anschaut -; zweitens den Unterschied zwischen Selbstdarstellung und Wirklichkeit auch bei der Schiffbaupolitik der Landesregierung; und drittens ein ganz merkwürdiges Thema, das aber in dem Bericht angesprochen wird, nämlich die steuerliche Behandlung der deutschen Seeleute.

Zur **Qualität des Berichts**. Wir wissen alle, man hat keine zweite Chance für den ersten Eindruck. Und wenn ich vom ersten Eindruck dieses Berichtes auf die Bedeutung schließen müsste, die die Landesregierung der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein beimisst, dann ginge ihre Bedeutung gegen null. Der Bericht ist voller grammatikalischer und logischer Fehler.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: PISA!)

Er enthält unvollständige Angaben und Darstellungen. Ich wundere mich deshalb, dass Herr Minister Rohwer diesen Bericht so vorlegen lässt.

Ein klarer und präziser sprachlicher Ausdruck folgt grundsätzlich aus klaren und präzisen Gedanken. Da steht sofort eine schlimme Folgerung im Raum: Wenn ich von der Qualität der Darstellung auf die Gedanken schließe, die man sich in der Landesregierung über die Zukunft der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein macht, dann sieht es für sie schlecht aus. Gott sei Dank hat Herr Minister Rohwer heute Morgen das

Gegenteil bewiesen. Ich nenne dafür ein erstes Beispiel. Auf Seite 7 heißt es:

„Mit diesem Bericht legt die Landesregierung (...) als erstes Küstenland eine umfassende Analyse der maritimen Wirtschaft vor.“

Es folgt der übliche Jubel. Auf Seite 4 heißt es:

„Unter den fünf Küstenländern ist Schleswig-Holstein das vielseitigste und leistungsfähigste Land für alle maritimen Aspekte (...)“.

Wie schön!

(Beifall des Abgeordneten Thomas Rother [SPD])

Wir wünschen uns natürlich alle, dass unser Land in der maritimen Wirtschaft ganz vorn dabei ist. Aber woher weiß die Landesregierung das, wenn sie nach eigenen Angaben die Einzige ist, die diesen Bereich bisher analysiert hat?

(Beifall bei FDP und CDU)

Außerdem verwehre ich mich gegen die Anmaßung, die Landesregierung sei identisch mit dem Land Schleswig-Holstein. Zur Erinnerung: Die Landesregierung - wie wir alle - hat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine dienende Funktion. Eine Regierung, die sich anmaßt, selbst die Gesellschaft zu sein, überschätzt sich maßlos und steht der Gesellschaft im Weg. Ich nenne ein weiteres Beispiel. Auf Seite 6 heißt es - diesen Satz muss man sich wirklich einmal genau anhören -:

„Die Nahrungsmittel aus dem Meer (...) beschränken sich nicht nur auf die geschrumpfte Fischwirtschaft,“

(Lachen bei der CDU)

„die immer noch bedeutend ist, sondern Aquakultur und maritime Bioressourcen bieten anspruchsvolle Zukunftsaufgaben.“

(Lachen bei FDP und CDU)

Was soll uns dieser Satz sagen? - Erstens, Fischwirtschaft, Aquakultur und maritime Bioressourcen sollen **Nahrungsmittel** sein. Ich weise nicht nur ungern darauf hin, dass Kannibalismus verboten ist,

(Beifall und Lachen bei FDP und CDU)

Fischkutter sehr schwer im Magen liegen und Aquakultur ein Begriff für unterschiedliche Produktionsverfahren ist. Zweitens, die Nahrungsmittel, die von der Fischwirtschaft und im Rahmen des Konzeptes der Aquakultur gewonnen werden, zählen anscheinend nicht zu den maritimen Bioressourcen. Was sind sie dann? In der Grundschule würde man einen solchen

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Satz noch wohlwollend verbessern, in einem Regierungsbericht hat so ein Unsinn nichts verloren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auf Seite 28 des Berichts haben wir ein weiteres Lowlight: Eine schwarze Fläche mit einer weißen Linie. In der Legende sind allerdings zwei Linien angekündigt, die gemäß den Erläuterungen im Text verglichen werden sollen. Was der Wirtschaftsminister uns zur Entwicklung der **Landesbürgschaften** sagen will, darf sich offensichtlich jeder selbst denken. Auch wenn ein ordentliches Bild mehr als tausend Worte sagen kann, so müsste die Bewertung des Bildes im Bericht doch wohl offen gelegt werden. Schließlich geht es hier nicht um Plakatwerbung.

Alle drei Beispiele zeigen, dass die Qualitätskontrolle nicht funktioniert hat. Und das leider nicht zum ersten Mal. Ich kann nur hoffen, dass dieser Bericht eine einzelne Stichprobe aus dem Verantwortungsbereich des Wirtschaftsministeriums ist und nicht für die Qualität insgesamt steht.

Zur **Schiffbauförderung**. Die schleswig-holsteinischen Schiffbauer stehen bei Produktivität, Produktqualität und Produktinnovationen mit an der Weltspitze. Hier haben wir einen industriellen **Hightech-Sektor**, der uns wertvoll sein sollte. Die schleswig-holsteinischen Werften werden im globalen Wettbewerb von zwei Seiten behindert. Erstens selbstverständlich durch das Dumping in Südkorea. Daran können wir nichts ändern. Die politische Kompetenz liegt bei der Bundesregierung und bei der EU. Zweitens werden unsere Werften aber durch die eigene Landesregierung gegenüber den Werften in anderen Küstenländern benachteiligt. Während die anderen die Möglichkeiten der **Förderung in Deutschland** ganz ausnutzen, gibt sich Rot-Grün in Kiel mit weniger als der Hälfte zufrieden. Im Bericht heißt es dazu lapidar:

„Demgegenüber steht allerdings ein Auftragsvolumen der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie (...), das rund die doppelte Förderung (...) begründen würde.“

Das ist in der Kürze richtig, aber außerordentlich peinlich. Es unterstützt meine Folgerung aus der Qualität des Berichts. Die Darstellung entspricht offensichtlich der Einstellung der Landesregierung. Die Landesregierung betont die überragende Bedeutung der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein. Sie kritisiert zu Recht die unfaire Praxis in Südkorea. Gleichzeitig kann sie sich aber nicht dazu durchringen, eine allgemeine Fördergrenze von höchstens 50 % einzuführen, und bei den Werften reicht es nicht einmal für 7 %. Solche Widersprüche tauchen immer dann auf, wenn man kein strategisches Konzept hat.

Ein Konzept ist nämlich der rationale Versuch, Widersprüche zu vermeiden. Das ist eine Einsicht, die sich bei der Landesregierung offensichtlich noch nicht durchgesetzt hat.

Die Ergebnisse dieser Politik zeigen sich beim Einbruch der **Marktanteile** der schleswig-holsteinischen **Werften** seit 1998. In der Abbildung auf Seite 14 wird dies deutlich. Drei Werften sind schon pleite. Und wenn die Landesregierung nicht bald aufwacht und handelt, dann wird das Werftensterben weitergehen. Schön, dass wenigstens die CDU - Herr Kollege Eichelberg - aufgewacht ist und jetzt auch eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 20 Millionen € fordert. Das habe ich gestern zur Kenntnis genommen.

(Heinz Maurus [CDU]: Hellwach!)

Zu den **Seeleuten**. Auch sie stehen im globalen Wettbewerb. Dabei werden sie selbstverständlich durch die Höhe deutscher Abgaben behindert, wie alle deutschen Arbeitnehmer, die im internationalen Wettbewerb stehen. Deshalb gibt es den Lohnsteuereinbehalt von 40 %. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, worauf sich die 40 % beziehen. Anscheinend ist gemeint, dass im Gegenzug keine Sozialabgaben geleistet werden müssen, sonst wären 40 % Lohnsteuer kein Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze. Wenn wir diesen Weg zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitnehmer ernst nehmen, dann sollten wir die Diskussion um die schädliche Tariffreue in der Bauindustrie sofort abbrechen und die Lösung für die Seeleute einfach übertragen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das gilt dann auch für Schiffbauer, Bankkaufleute, Informatiker, Pflegepersonal und alle anderen Arbeitnehmer, die im internationalen Wettbewerb stehen. Wir sollten allerdings nicht vergessen, dass wir dann unser Sozialsystem insgesamt komplett umbauen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Roswitha Strauß [CDU])

Ich möchte noch eine Bemerkung zu dem Thema Energie, natürlich zur **Windenergie**, zu den Offshore-Windparks, machen. Auf Seite 53 heißt es:

„Mit der Einspeisungsvergütung trüge sich ein Windpark wirtschaftlich selbst“.

Einen solchen ökonomischen Unsinn hätte ich aus dem Energieministerium erwartet,

(Beifall bei FDP und CDU)

als Bemerkung aus dem Wirtschaftsministerium haut er mich allerdings um.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Die maritime Wirtschaft ist ein wichtiger und zukunftssträchtiger Wirtschaftssektor für Schleswig-Holstein. Darin sind wir uns einig. Die Unternehmen, die Beschäftigten und die Forschungsinstitute sind Weltspitze. Das wussten viele von uns auch schon ohne diesen Bericht.

Was wir auch nach dem Studium des Berichts noch nicht wissen, ist, wie die Landesregierung die hoffnungsvolle Zukunft der maritimen Wirtschaft gestalten oder mitgestalten will. Ich nenne dazu das Stichwort Aquakultur. Als Hochlohn- und Niedrigtemperaturland sollten wir uns nicht darauf stürzen, Sardinien zu züchten. Anwendungsnahe Forschung und exportorientierter Anlagenbau sind die Themen. Herr Minister, wer soll das Feld der **Aquakultur** im Lande federführend vorantreiben? Ist die InWaterTec ein voller Erfolg? Gibt es eigentlich konkrete Vorbereitungen für die zweite Veranstaltung dieser Art in Schleswig-Holstein? Schließlich habe ich mit Interesse gelesen, dass wir im nächsten Jahr wieder in London auf der Oceanology präsent sein werden. Ich würde gern wissen, wie dazu die Vorbereitungen in Schleswig-Holstein laufen. Wird Schleswig-Holstein sich dort - wie wir uns das vorstellen - als Land präsentieren? Ich wäre dankbar für die Beantwortung all dieser Fragen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, ich war etwas überrascht über die Bewertung des Berichts. Ich habe den Bericht auch gelesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihm ist nichts aufgefallen!)

Spontan bin ich für diesen Bericht zu der Einschätzung gekommen, dass er - wenn man ihn durchliest - ausgesprochen übersichtlich, klar gegliedert und gut lesbar ist.

(Lachen bei CDU und FDP)

Nun habe ich ihn aufgrund Ihrer Anmerkungen noch einmal durchgeblättert. Es stimmt in der Tat, dass eine Kurve der Grafik - ich glaube auf Seite 27 - nicht erkennbar ist. Das liegt allerdings - wenn man ehrlich ist - daran, dass die Kopie des Landtags schwarz-weiß ist, während das Original bunt war.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Woher weißt du das?)

Es ist ein Problem, wenn die Regierung bunt arbeitet und der Landtag schwarz-weiß.

(Heiterkeit)

Vielleicht sollten wir einmal im Ausschuss eine Initiative starten, damit die Farbgebung zwischen Landtag und Landesregierung kongruent gemacht wird.

Nun zum Inhalt des Berichts: Ich möchte das Thema Subventionen ansprechen. Ich habe gerade mit Interesse im Parteiprogramm der FDP geblättert und festgestellt, dass sich die FDP auch im Bereich der Hafengewirtschaft dafür ausspricht, die **Subventionen** endlich auszubauen. Das ist ein interessanter Gesichtspunkt, wenn gleichzeitig die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion hier im Landtag auftritt und der Landesregierung in dem Bereich, der in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren am höchsten subventioniert worden ist - allein in den letzten Jahren mit einer halben Milliarde DM - vorwirft, dass sie hier zu wenig Subventionen geleistet hat. Das ist ein bemerkenswerter Widerspruch, den Sie vielleicht einmal aufklären könnten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich glaube tatsächlich, dass es notwendig ist, im Bereich der Werftenwirtschaft Subventionen zu leisten, weil die Werftenwirtschaft für uns in Schleswig-Holstein eine hohe Bedeutung hat und die letzte große Industrie ist, die Schleswig-Holstein hat. Das heißt, dies ist ohne Zweifel ein wichtiger Wirtschaftssektor. Es lohnt sich auch zu subventionieren, weil die Subventionen nicht höher sind als in anderen Bereichen. Ich vergleiche diesen Bereich einmal mit den Subventionen für Steinkohle oder den Bergbau, obwohl das nicht vergleichbar ist. Die Subventionen liegen dort bei einer Höhe von 100.000 DM pro Arbeitsplatz im Jahr, während sie bei den Werften in etwa bei 7.000 DM im Jahr pro Arbeitsplatz liegen. Das heißt, dass allein die jährlichen Steuerzahlungen der Arbeiter wesentlich höher liegen als die Subventionen, sodass es für die Regierung insgesamt ein positives Geschäft ist, wenn sie diese Subventionen zahlt.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Trotzdem kann das natürlich kein Dauerzustand sein.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Warum hast du gestern nicht zugestimmt?)

Es ist völlig richtig, wenn daran gearbeitet wird, von diesem Zustand wegzukommen.

(Karl-Martin Hentschel)

Nun zu den Fragen, wie man subventioniert und wie es weitergehen kann: Es ist verständlich, dass sich die EU gegen weitere Subventionen sperrt. Ich kann das verstehen, denn eine Reihe der Länder, die das gemacht haben, haben selber schon lange die Subventionen für die Werftindustrie in ihrem eigenen Land eingestellt. Ich erinnere nur an Schweden, das unter vielen Opfern die gesamten Subventionen eingestellt hat und wo einige Werften tatsächlich Pleite gegangen sind. Es ist verständlich, wenn die Schweden nach dieser Strukturbereinigung sagen, dass sie nicht bereit sind, weiterhin Subventionen in anderen europäischen Ländern zuzulassen. Das ist verständlich. Diese Diskussion muss man daher auch aus dem Blickwinkel beider Partner sehen.

Trotzdem ist es notwendig, diese Diskussion zu führen. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Europäische Union die Augen vor Südkorea zumacht, weil dieses Thema ein heißes Eisen ist, das man nicht anpacken will. Es ist daher richtig, wenn wir, wie es auch immer formuliert worden ist, gegenüber der Bundesregierung deutlich machen, dass die Werftindustrie nicht nur das Problem einiger norddeutscher Länder ist, sondern ein Problem der gesamten deutschen Wirtschaft, denn ein großer Teil der Wertschöpfung findet auch in Süddeutschland statt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem glaube ich, dass die maritime Wirtschaft insgesamt wichtig ist. Daher finde ich es gut, dass der Bericht kein Werftbericht, sondern ein Bericht der maritimen Wirtschaft ist.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [FDP])

Die **maritime Wirtschaft** geht selbstverständlich weit darüber hinaus und umfasst weitere Aspekte. Einer der zentralen Aspekte ist das Thema **Schifffahrt** an sich. Das Schiff als Verkehrsmittel ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel überhaupt. Mit dem geringsten Ressourceneinsatz wird ein Großteil der Waren der Welt transportiert. Wir reden viel über den Eisenbahn- und den LKW-Verkehr. Wir vergessen dabei, dass das **Verkehrsmittel Nummer eins** im internationalen Verkehr das Schiff ist. Vom Volumen her werden im internationalen Verkehr 90 % der deutschen Waren mit dem Schiff transportiert. Das wird häufig vergessen. Das Schiff hat eine ganz hervorragende Bedeutung. Wenn es die verlieren würde, würden wir die Verkehrsströme überhaupt nicht mehr bewältigen können.

Ich möchte das am Beispiel Schleswig-Holstein demonstrieren: Es wird über die LKW-Ströme geklagt.

Schleswig-Holsteins Transitverkehr wird zu zwei Dritteln über das Schiff abgewickelt. Wenn das Schiff nicht mehr wäre, wenn der Nord-Ostsee-Kanal nicht mehr wäre, um die Verkehre aus Skandinavien nach Hamburg zu bringen, dann würde das bedeuten, dass sich der durch Schleswig-Holstein fließende LKW-Verkehr verdreifachen würde. Was das für unsere Straßen bedeuten würde, kann man sich leicht ausrechnen.

Insofern mache ich einen Schlenker zu all denjenigen, die in ihrem Parteiprogrammen das Thema **Fehmarnbelt** bejubelt haben. Wir müssen uns darüber klar sein: Wenn wir die Verkehrsströme vernünftig und umweltfreundlich lenken wollen, dann heißt der Weg in allen Programmen „from road to sea“. Das gilt für die Programme der Europäischen Union, für die deutschen und norddeutschen Programme und auch für die schleswig-holsteinischen Verkehrsprogramme. Überall steht: „**From road to sea**“. Wir wollen Verkehre auf das Schiff verlagern. Dass das geht, zeigen uns unter anderem auch die USA. Dort erfolgt zum Beispiel ein Viertel des gesamten Binnengüterverkehrs per Schiff. Das ist eine erstaunliche Leistung, von der wir uns viel abschneiden können. Gerade die Ostseeverkehre werden heute noch zum großen Teil mit dem Schiff abgewickelt. Wenn wir die Ostseeverkehre vom Schiff auf die Straße bringen wollten, dann begehen wir ein Umweltvergehen. Wir begehen aber auch ein Vergehen gegen eine vernünftige Verkehrspolitik.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars
Harms [SSW])

Deshalb ist es politischer Wahnsinn, wenn wir ein Vorhaben anstreben, bei dem wir 10 Milliarden DM in ein Bauwerk wie die Fehmarnbelt-Brücke stecken. Das ist fast das Volumen eines gesamten schleswig-holsteinischen Landeshaushalts. Das wäre zehnmal so viel Geld, wie in zehn Jahren insgesamt in die maritime Wirtschaft investiert worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß
[CDU])

- Frau Strauß, ich bin nicht dagegen, dass man sich Gedanken über eine vernünftige Verkehrspolitik macht. Aber bitte, es müssen die Relationen gewahrt sein!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es kann nicht sein, dass die maritime Wirtschaft nur mit einem Bruchteil der Summe unterstützt wird, die

(Karl-Martin Hentschel)

ein einziges Bauwerk benötigen wird, das eine Verlagerung vom Schiff auf die Straße hervorbringen wird. Das finde ich falsch.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich glaube, dass es gut ist, wenn die Landesregierung die maritime Wirtschaft weiter fördert. Das gilt sowohl für den Offshorebereich als auch für das Zentrum für angewandte Meereswissenschaften und auch für die Technologieförderung im Bereich der Werften. Dabei denke ich nur an Bereiche wie Doppelhüllentanker, Katalysatorteknik zur Abgasminderung bei Schiffen, Brennstoffzellenantriebe oder sogar Windhilfsantriebe.

Alle diese Bereiche dienen auch dazu, dass unsere Werften technologisch vorn sind, und das ist - so glaube ich - auch der wichtigste Teil bei der Beurteilung der Frage, ob unsere Werften überhaupt eine Chance für die Zukunft haben.

In Bezug auf die Förderung möchte ich Folgendes sagen. Falls die **Förderung** der Werften weitergehen sollte, müssen wir uns über einen Gesichtspunkt Gedanken machen: Wir machen zurzeit eine **Subventionspolitik**, die vom Charakter her grundfalsch ist. Wir fördern nämlich die Produkte. **Produktförderung** ist - das ist wirtschaftswissenschaftlich anerkannt - eine falsche Art von Wirtschaftsförderung. Wenn man Wirtschaftsförderung macht, dann muss man Strukturen fördern, Innovationen fördern; das heißt, in der Werftindustrie zum Beispiel die Entwicklung von Schiffstypen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir uns angucken, was Korea macht, was Japan macht, die ja Weltführer im Schiffbau sind, dann sehen wir, dass die **Serienproduktionen** auflegen; die produzieren nicht ein Schiff, die produzieren auch nicht zehn Schiffe, sondern die produzieren 100 Schiffe vom gleichen Typ.

Wenn wir konkurrenzfähig sein wollen, dann müssen wir in die gleiche Richtung gehen. Deswegen ist mein Plädoyer für die Werftwirtschaft in Schleswig-Holstein: Wir kommen nicht darum herum, die Werftindustrie von der Kleinteiligkeit zu einer **einheitlichen Werftenlandschaft**, zu einer einheitlichen Strategie aller Werften hinzuführen. Wir müssen Schiffstypen entwickeln, die zukunftsfähig sind, die konkurrenzfähig sind, die technologisch hochwertig sind, und dann müssen wir mit diesen Schiffstypen in Serienproduktion gehen, wobei wir dann wirklich mit zweistelligen

Stückzahlen operieren. Das ist die einzige Chance, um unsere Werften zukunftsfähig zu erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zukunft der maritimen Wirtschaft ist in höchsten Maße davon abhängig, ob eine **Einigung mit Südkorea** bezüglich der **Subventionen** im Containerschiffbau und bei der Herstellung von Frachtschiffen erzielt werden kann. Die Erfahrung, die wir bis jetzt machen mussten, stimmt aber bedenklich. Es sieht nicht danach aus, als ob Südkorea überhaupt daran denkt, seine Subventionen einzustellen. Deswegen wird die EU-Kommission nicht um eine Klage bei der Welthandelsorganisation umhinkommen. Dem Bericht ist zu entnehmen, das ein solches Klageverfahren bis zu zwei Jahre dauern könnte.

Die Entscheidung hierüber ist allerdings wieder um ein Jahr verschoben worden. Deshalb ist für uns jetzt schon eines klar: Die **Schiffbaubeihilfen** müssen erst einmal weitergeführt werden. Wir können es uns nicht leisten, in der Hoffnung auf eine positive Entscheidung über die Klage vor der WTO unsere Arbeitsplätze bei den Werften zu gefährden. Wir müssen diese Arbeitsplätze so lange subventionieren, bis die Koreaner umgeschwenkt sind.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Thomas Stritzl [CDU])

Erst bei einem fairen Wettbewerb kann man auf Subventionen verzichten.

Gleichwohl ist es wichtig, die Subventionen auf den Bereich zu begrenzen, der nachweislich unter den Dumpingmethoden anderer Länder leidet. Deshalb sehe ich das Ansinnen Frankreichs, auch den Bau von Gastankern mit Schiffbauhilfen zu subventionieren, sehr kritisch. Die Franzosen wollen nur eines: ein größeres Stück vom EU-Kuchen für sich. Diese Sichtweise gefährdet jedoch den Gesamtkuchen. Bisher ist nicht genau ermittelt, ob der Gastankerbau wirklich in gleicher Weise vom Problem des Dumpings betroffen ist.

Solange dies nicht klar ist, müssen wir davon ausgehen, dass dies eher nicht der Fall ist. Sollte die EU nun gegen Südkorea klagen, so hätte das beklagte Korea möglicherweise ein stichhaltiges Argument für seine Schiffbausubventionen, nämlich, dass die EU genau

(Lars Harms)

die gleiche Dumpingpolitik betreibe. Das Verhalten Frankreichs gefährdet somit die Erfolgsaussichten der zukünftigen Klage.

Wir stecken mitten in einem Dilemma. Die Franzosen sollten lieber nicht die Forderung nach der Subvention des Gastankerbaus erheben, aber gleichzeitig ist die EU ohne das Votum Frankreichs handlungsunfähig. Man wird den Franzosen wohl nachgeben müssen, um sich überhaupt noch die Option der Klage erhalten zu können. Alles in allem können wir somit feststellen, dass die Lage sehr unübersichtlich ist und wir möglicherweise auch in zwei Jahren noch nicht aus der vertrackten Lage herausgekommen sein werden.

Eines ist aber klar: Die Forderung bleibt, dass die EU-Kommission Schiffbaubehilfen weiterhin zulassen muss und dass Bund und Land entsprechende Gelder zur Verfügung stellen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Im Bundeshaushalt 2002 sind 23 Millionen € eingestellt worden. Auch die Landesregierung hat in den letzten Jahren immer wieder - trotz knapper Kassen - entsprechendes Geld bereitgestellt. Allerdings - auch dass darf nicht unerwähnt bleiben - hat die Landesregierung ihre **Förderquote** nicht komplett ausgeschöpft.

Die Forderung der Landesregierung, der Bund und das Land sollen jeweils die Hälfte der Schiffbaubehilfen bezahlen, ist berechtigt.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Uwe Eichelberg [CDU])

Die Regelung zwei Drittel Land und ein Drittel Bund ist nicht nur schwer finanzierbar, sondern sie wird auch der nationalen Bedeutung der Schiffbauindustrie nicht gerecht. Sowohl als eigener Industriezweig als auch als Grundlagenindustrie, die die Exportfähigkeit unseres Landes erst ermöglicht, hat die Schiffbauindustrie eine hohe Bedeutung.

Auch andere Wirtschaftszweige werden aufgrund ihrer nationalen Bedeutung entsprechend berücksichtigt, obwohl ihr Einfluss nicht überall im Lande gleich hoch ist. Hier muss mit gleichem Maß gemessen werden. Daher unterstützt der SSW die Forderung der Landesregierung nach der **hälftigen Finanzierung der Schiffbaubehilfen** durch den Bund und das Land.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Aufgrund der Tatsache, dass Korea mit Dumpingpreisen von bis zu 39 % unter den tatsächlichen Baukosten am Markt agiert, und vor dem Hintergrund, dass die

Schiffbauindustrie erst rund ein Fünftel der Auftrags-eingänge gegenüber dem Vorjahr verzeichnen kann, ist aber jetzt schon sicher, dass wir als Land Schleswig-Holstein auch im kommenden Jahr so viel Schiffbaubehilfen wie möglich auszahlen müssen, um die rund 7.000 Arbeitsplätze in der Schiffbauindustrie in unserem Land erhalten zu können.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW], Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Hier steht die Landesregierung vor einer wichtigen und zugegebenermaßen auch teuren Aufgabe.

Schon in meiner letzten Rede zur maritimen Wirtschaft habe ich darauf hingewiesen, dass den Werften, losgelöst von den Problemen der Schiffbaubehilfen, dabei geholfen werden muss, ihre Produktion zu diversifizieren, und dass ihnen vor allem geholfen werden muss, **Forschungs- und Entwicklungsvorhaben** zu realisieren, um so einen Marktvorteil zu erhalten. Meine Vorredner sind darauf ja auch schon eingegangen. Gerade im zweiten Punkt, den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, hat sich einiges bewegt.

Derzeit gibt es 14 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in Schleswig-Holstein, die mit einem Gesamtvolumen von 4,6 Millionen € gefördert werden. Mit solchen Programmen wird die Grundlage dafür gelegt, dass die Schiffbauindustrie den weltweiten Wettbewerb in Zukunft meistern kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wunderbar!)

Wir sollten sehr darauf achten, dass solche Projekte in den Betrieben und an den Hochschulen weiter vorangetrieben werden.

Wenn man von den Zukunftschancen der maritimen Wirtschaft spricht, muss man natürlich auf die **Windenergie** im Allgemeinen und auf die **Offshore-Windenergie** im Speziellen eingehen. Es gibt ja nicht viele Wirtschaftsbereiche, von denen man sagt, dass Schleswig-Holstein hier absolut führend ist. Bei der Windenergienutzung und der Herstellung entsprechender Windkraftanlagen sind wir es. Deshalb begrüßen wir es außerordentlich, dass die Fachhochschule in Flensburg einen Studiengang für die Technik der erneuerbaren Energien eingerichtet hat und dass sich in Husum ein Bildungszentrum für erneuerbare Energien etabliert hat. Beide Einrichtungen zeigen, in welche Richtung sich das Rad dreht:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Immer rechts herum!)

in Richtung erneuerbare Energien und vor allem in Richtung Windenergie.

(Lars Harms)

Der Offshore-Windenergie kommt hierbei eine hervorgehobene Bedeutung zu. Dies hat die Landesregierung schon vor Jahren richtig erkannt. Nicht nur, dass die Offshore-Windenergienutzung in der Deutschen Bucht eine wichtige Rolle in der Energieversorgung unseres Landes spielen könnte, vor allem die Exportchancen für unsere Wirtschaft sind nicht zu unterschätzen. Heutzutage sind wir in der Lage, **Windkraftanlagen** mit bis zu 1,5 MW in relativ flachen Gewässern ohne Schwierigkeiten zu installieren. In Zukunft werden wir in der Lage sein, 5 MW-Anlagen weit draußen in der Nordsee in tiefen Gewässern zu installieren und über längere Zeiträume zu betreiben. Ein Ende ist auch hier nicht absehbar. Wer die rasante Entwicklung der Windenergie-technik in den vergangenen Jahren beobachtet hat, weiß, dass weitere Entwicklungssprünge auch in naher Zukunft nicht auszuschließen sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Unsere Aufgabe als Land Schleswig-Holstein wird es sein, die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges positiv zu begleiten und aktiv zu fördern, damit wir unseren Vorsprung auf dem Weltmarkt erhalten und weiter ausbauen können. In der Offshore-Windenergie liegen enorme Exportchancen. Wir können hier langfristig der wirtschaftlichen Monostruktur im Land entgegenwirken.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Günter Neugebauer [SPD])

Selbstverständlich muss die Entwicklung der Offshore-Windenergie im Einklang mit der Natur geschehen und auch die Schiffssicherheit in der Deutschen Bucht muss Priorität haben. Aber wir sollten auch so ehrlich mit uns selbst sein und erkennen, dass beides keine unlösbaren Probleme sind und wir Windenergienutzung, Umweltbelange und Schiffssicherheit unter einen Hut bekommen können. Panikmache ist hier sicherlich fehl am Platz.

In diesem größeren Zusammenhang sehe ich auch das **Viking-Cable**. Durch dieses Hochspannungskabel in der Nordsee wird es möglich sein, Offshore-Windparks anzuschließen und gleichzeitig Strom aus erneuerbaren Energien aus Skandinavien zu beziehen. Aus Deutschland könnte Kraftwerksstrom nach Skandinavien exportiert werden, um dortige Höchstlasten zu bedienen. Im Prinzip ist ein solches Kabel also nicht so schlecht, wie man im ersten Moment meinen könnte. Wichtig ist hierbei allerdings, dass auch hier der Schutz der Natur berücksichtigt wird und entsprechende Umweltverträglichkeitsverfahren durchgeführt werden.

Wir haben einen sehr umfangreichen und sehr aussagekräftigen Bericht erhalten, der auch die Chancen für die maritime Wirtschaft aufzeigt. Hierfür möchte ich mich ausdrücklich beim Wirtschaftsministerium bedanken.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Stritzl.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! Jetzt kommt der christdemokratische Flugzeugträger! - Heiterkeit)

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich habe mit Interesse Ihre Ausführungen verfolgt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaube ich nicht!)

- Doch, doch! Kollege Hentschel hat uns deutlich gemacht, dass ein **Werftarbeitsplatz** im Jahr, was die Subventionen angeht, mit 7.000 DM zu berechnen ist und das - so seine Ausführungen vor dem Hintergrund der steuerlichen Betrachtung - diese Subvention für das Land sogar ein Geschäft sei,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist falsch!)

ein gutes Geschäft sei. - Das hat der Kollege Hentschel gesagt. Deswegen meine Frage, Herr Kollege Hentschel: Warum haben Sie eigentlich gestern gegen unseren Antrag gestimmt

(Beifall bei CDU und FDP)

und damit dem Land ein lukratives Geschäft nach Ihrer eigenen protokollfesten Aussage hier verweigert?

Herr Kollege Rother, Sie irren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die **Subventionen**, um die es für die mittelständischen Werften im Land geht, keine Rolle spielen. Sie haben gesagt, auf so ein paar mehr Verpflichtungsermächtigungen komme es nicht an, sie seien nicht hinreichend diversifiziert, insofern bringe das nichts. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie sich die Situation bei unseren Werften vor Ort einmal anschauen, werden Sie feststellen, dass es enorme betriebliche Anstrengungen gibt, die gemacht worden sind, um sich wettbewerbsfähig zu machen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoheit-Lücke [FDP])

(Thomas Stritzl)

Nehmen Sie zum Beispiel eine ganz große Werft, HDW. Wenn Sie mit Vertretern dort reden, vom Betriebsrat bis zur Geschäftsführung, werden Sie anhand der Mitarbeiterzahlen feststellen, welche großen Opfer gebracht worden sind, um diese Bereiche schlank und produktiv und entsprechend ertragskräftig zu bekommen.

Die Situation ist folgende. Sie können zurzeit im Handelsschiffbau, auch bei HDW, nicht kostendeckend arbeiten. Wenn Sie dann noch unter einer **Wettbewerbsverzerrung** leiden, die nicht nur international zu Recht dargestellt worden ist, sondern uns auch national trifft, weil Hamburg, weil Bremen, weil Niedersachsen, weil Mecklenburg-Vorpommern mehr zahlen als Schleswig-Holstein, kommen insbesondere unsere mittelständischen Werften in die Situation, dass sie Aufträge nicht mehr akquirieren können, weil die Mitkonkurrenten im norddeutschen Raum besser ausgestattet werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Noch eine Erfahrung von HDW, die man kennt, wenn man mit den Leuten dort einmal geredet hat. Es gibt auch dort Arbeitskreise, die darüber beraten: Was kann man tun? - Ich will hier einmal ein bisschen drastisch wiedergeben, was sie sagen: Wir können machen, was wir wollen, aber es kommt immer ein Schiff heraus.

Die Vorstellung „Badewannen statt Schiffe auf Werften“ funktioniert nicht. Das heißt, sie müssen auch hier darauf achten, dass die Werften die Aufträge bekommen, die sie in einem fairen Wettbewerb bekommen können, um ihre Mitarbeiterschaft zu halten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen ist meine herzliche Bitte, dass Sie vielleicht doch noch einmal Gelegenheit nehmen, bei Ihren fraktionsinternen Diskussionen zu gucken, ob Sie den Fehler des Nichtzustimmens zum CDU-Antrag vom gestrigen Tag, wie Kollegin Strauß es dargestellt hat, korrigieren können. Wenn Sie das nicht tun, werden wir nach Aussagen des VMS Auftragsgrößen in Form von neunstelliger Größenordnung in Schleswig-Holstein nicht akquirieren können. Dann reden wir über den Verlust von Arbeitsplätzen, hoch qualifizierten Arbeitsplätzen, die wir dringend brauchen und die nicht durch Callcenter-Arbeitsplätze zu ersetzen sind.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb die herzliche Bitte: Denken Sie noch einmal darüber nach, ob Sie nicht doch noch einen Weg finden, unseren richtigen Antrag auf Erhöhung und volle Ausschöpfung der Werftenhilfe folgen zu können.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Hentschel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist die Zukunft der CDU!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Rechnung ist relativ einfach, Herr Stritzl. Ihr Gedanke ist faszinierend, aber leider funktioniert das so nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er ist von Ihnen!)

- Nein! - Nehmen wir einmal an, ein Werftarbeiter zahlt 8.000 DM Steuern im Jahr. Damit ein zusätzlicher Arbeitsplatz vorhanden ist, gibt es Subventionen in Höhe von 7.000 DM. Dann hat man 1.000 DM netto Gewinn. Aber: Von diesen 8.000 DM Steuern gehen 90 % in den Länderfinanzausgleich verloren. Das heißt, Sie haben 800 DM über. Netto bedeutet das für das Land: 7.000 DM minus 800 DM gleich 6.200 DM, die das Land dazugezahlt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nee!)

Damit hat das Land 6.200 DM zugezahlt und andere Bundesländer subventioniert. Das ist leider die Realität.

(Roswitha Strauß [CDU]: Wo leben wir eigentlich? - Weitere Zurufe von der CDU)

Daraus ergibt sich die logische Schlussfolgerung - Sie können das gern nachrechnen; Aufregung nützt da nichts -: Die **Subventionierung** der Werften rentiert sich, wenn sie vom Bund bezahlt wird, sie rentiert sich nicht, wenn sie von einem einzelnen Bundesland finanziert wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das würde bedeuten, dass wir nicht mehr versuchen, durch ASH Leute in den Arbeitsmarkt zu bringen! Das ist zu teuer!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Wirtschaftsaus-

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

schuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 44 auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1423 (neu)

Ich erteile dem Herrn Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Dr. Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir hier im Landtag über Wirtschaftstechnologie und Verkehrspolitik reden, wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie der Standort Schleswig-Holstein attraktiver und besser bekannt gemacht werden kann, ist allen klar, dass das auch Geld kostet. Die GA ist ein wichtiges Instrument, um aktiv auf die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur hinzuwirken. Sie schafft uns die nötigen Finanzierungsspielräume. Diese Aufgabe ist Landesaufgabe. Der Bund beteiligt sich nach Artikel 91 a Grundgesetz bei der Finanzierung und Rahmenplanung.

Der für die Durchführung der GA maßgebliche **Rahmenplan** wird von Bund und Ländern **gemeinsam aufgestellt** und jährlich fortgeschrieben, nunmehr zum 31. Mal. Der Landtag ist dabei zu beteiligen, so steht es im Gesetz.

Ihnen liegt die Anmeldung des regionalen Förderprogramms Schleswig-Holstein zum 31. Rahmenplan für das Jahr 2002 mit einer mittelfristigen Finanzplanung vor. Das Land hat darin seine Entwicklungsziele, Aktionen und Förderschwerpunkte festgelegt. Die Mittelausstattung der GA orientiert sich an den Ansätzen des Bundeshaushalts. Schleswig-Holstein erhält vom Bundesansatz 2002 der GA West insgesamt 132 Millionen €, eine Länderquote von 10,8 %, und muss entsprechend in gleicher Höhe mitfinanzieren. Diese Beträge sind in dem endgültigen Haushaltsentwurf 2002 des Landes eingestellt worden. Dies ergibt sich aus dem Haushaltsentwurf direkt.

Im Haushaltsjahr 2002 stehen danach insgesamt 28,8 Millionen € Barmittel und 28,5 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen bereit. Bei Herausrechnung der Vorbelastungen aus einzulösenden VEs der Vorjahre ergibt sich für das Jahr 2002 ein **Bewilligungs-**

rahmen von 29,8 Millionen €. Damit hat es gegenüber diesem Jahr praktisch keine Veränderung gegeben.

Die Landesregierung setzt bei ihrer GA-Förderung auch künftig auf die **Verbesserung der Standortbedingungen** und die **Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung** in drei Säulen, erstens Ausbau der Infrastruktur, vorrangig im Rahmen des Regionalprogramms, zweitens investive gewerbliche Förderung mit dem Ziel, Unternehmen im Land anzusiedeln, sie zu erweitern oder zu modernisieren, und drittens nicht investive gewerbliche Förderungen als zukunftsorientierte Unterstützung von Innovationen und der Beschäftigung von jungen, hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in KMUs.

Die Ihnen vorliegende Drucksache gibt auch Auskunft über die konkreten Förderergebnisse des letzten Jahres, des Jahres 2000. Für das Jahr 2001 zeichnet sich bereits jetzt ebenfalls ein positives Ergebnis ab. Für dieses Jahr wurden 55,1 Millionen DM Fördermittel für 15 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 95,8 Millionen DM bewilligt. In der gewerblichen Förderung wurden 20 Firmen mit einem Investitionsvolumen von 71,3 Millionen DM mit 9,23 Millionen DM GA-Mitteln unterstützt, ein Arbeitplatzeffekt von immerhin 262 neuen Arbeitsplätzen. Bei der nichtinvestiven Förderung wurden insgesamt 2 Millionen DM bewilligt, mit denen sechs Einzelprojekte bezuschusst wurden.

Schleswig-Holstein hat auch im laufenden Jahr den verfügbaren **Bewilligungsrahmen** in voller Höhe ausgeschöpft. Damit hat sich die Gemeinschaftsaufgabe wiederum als leistungsfähiges Instrument der Wirtschaftsförderung und auch als ein Instrument bewährt, das flexibel nutzbar ist, um unsere spezifischen Projekte zu unterstützen.

Noch eine Anmerkung. Wie Sie wissen, werden zurzeit auf der Ebene der Ministerpräsidenten der Länder Überlegungen angestellt, die auf eine **Neuregelung der Zuordnung und Ausgestaltung der Kompetenzen** von Bund und Ländern abzielen. Diese Bemühungen sind wichtig, insbesondere auch mit Blick auf die anstehende Diskussion um eine verbesserte Kompetenzabgrenzung gegenüber der EU, die im Zentrum der europäischen Regierungskonferenz 2004 stehen wird. Bei einem Wegfall der GA müsste ein Ordnungs- und Koordinierungsrahmen für die regionale Wirtschaftsförderung der Länder in neuer Form bestehen bleiben, um einen fairen Standortwettbewerb auch künftig sicherzustellen. Es ist wichtig, dies dabei im Blick zu behalten. Darüber hinaus würde dann auch eine Länderkoordinierung zwingend erforderlich sein, damit die Vorgaben der Europäischen Kommission für die **Ge-**

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

währung von Regionalbeihilfen umgesetzt werden können. Dies betrifft zum Beispiel die Ermittlung der förderfähigen Gebiete, einheitliche Förderregeln und eine bundesweite Abstufung der Fördersätze nach objektiven und einheitlichen Kriterien. Diese Eckpunkte muss man im Blick behalten, damit man bei einer Neuabgrenzung und einem eventuellen Wegfall der eigentlichen GA-Förderung mit einer neuen Ausrichtung die speziellen Strukturbedingungen in Deutschland berücksichtigen kann.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt weitere Besuchergruppen, eine Gruppe der Theodor-Mommsen-Schule Bad Oldesloe und der Realschule Schenefeld.

(Beifall)

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Wir stimmen diesem Antrag natürlich zu, denn wir müssen die Mittel in Schleswig-Holstein haben. Wir haben nur noch fünf Jahre Zeit, um die Strukturen zu verbessern. Da ist es ganz selbstverständlich, dass wir zustimmen.

Meine Damen und Herren, Teile Schleswig-Holsteins und insbesondere des **Landesteils Schleswig** können trotz jahrelanger Wirtschaftsförderung nicht den Anschluss an den Süden des Landes und erst recht nicht an den Durchschnitt der Bundesrepublik finden. Die Arbeitsmarktsituation verschlechtert sich zunehmend und auch die Infrastrukturausstattung verzeichnet erhebliche Rückstände. Die schon früher niedrige Industriedichte im ländlichen Förderraum, also ohne Lübeck und Kiel, verschlechtert sich seit Jahren und wird durch den Abzug der Bundeswehr und weil viele Nahrungsmittelindustrien ihre Tore schließen mussten, verstärkt. Nur die Ansiedlung von Motorola hat verhindert, dass noch Schlimmeres passierte. Aber die einseitige Abhängigkeit dieses Raumes von einem großen Produzenten ist mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

Dies sind die traurigen Kernaussagen dieses Berichts. Die Feststellungen sollen kein Schlechtreuen durch die CDU sein, sondern das ist der faktische Stand, der geschildert wird. Wir müssen dies zur Kenntnis nehmen. Es ist eigentlich traurig genug.

(Beifall bei der CDU)

Leider werden in der Interpretation die Analysedaten der Fördergebiete im **ländlichen Raum** mit denen der Städte Kiel und Lübeck vermischt, sodass die Aussagefähigkeit im Detail nicht so ist, wie wir uns das wünschen.

So mag es richtig sein, dass „die infrastrukturellen Voraussetzungen in der wirtschaftsnahen Infrastruktur, im verkehrlichen Bereich wie auch die Ausstattung mit Forschungs und Entwicklungseinrichtungen sowie beruflichen Aus- und Weiterbildungsstätten in den letzten Jahren verbessert werden konnten“, aber auch dies trifft überwiegend nur für die Städte Kiel und Lübeck und ihr Umland zu. Auch hier ist festzustellen, dass gerade Kiel und Lübeck besonders gefördert wurden und nicht der ländliche Raum, der hier immer wieder angesprochen wurde. Dies muss uns zu denken geben.

Der ländliche Raum, gerade im Landesteil Schleswig, sieht, wenn man ehrlich ist, etwas perspektivlos aus. Wir wissen, dass nur noch fünf Jahre verbleiben. Was schaffen wir in fünf Jahren?

Herr Minister Rohwer, Sie schreiben in dem Bericht selbst „von einer erkennbaren Abwanderungsdrift bei jungen Menschen mit qualifizierter Ausbildung“. Dies heißt praktisch ein **Auszehren der Region** von qualifizierten Kräften, die noch da sind. Wie soll da die Zukunft gestaltet werden? Was macht das Land eigentlich dagegen? Ich glaube nicht, dass wir durch weitere Technologiezentren in Niebüll oder das Errichten von Callcentern auf Amrum eine Wende herbeiführen. Das kann es nicht sein. Wenn sich in diesen Regionen innovative Betriebe entwickeln - bei Callcentern ist dies mit Sicherheit der Fall -, werden sich auch diese bei entsprechender Potenz eines Tages zurückziehen und in die Regionen gehen, die Sie, Herr Minister, immer gerne „Cluster“ nennen. Man geht dahin, wo die Wettbewerber sind, und dann bleibt man nicht in Niebüll.

Meine Damen und Herren, wer die Zukunft schwerpunktmäßig in der Entwicklung von IuK-Technologien sieht und dabei gleichzeitig nur GA-Mittel oder EU-Mittel verteilen kann, kann die Wirtschaftspolitik nicht so orientieren, wie es eigentlich sein müsste.

Meine Damen und Herren der Koalition, Sie sind für die **Schwerpunktsetzung** der Regierung verantwortlich. Auch wenn Sie in Niebüll ein drittes Technologiezentrum errichten, wird es nie ein zweites Itzehoe werden können, denn Itzehoe profitiert von der Nähe zu Hamburg und der dortigen Infrastruktur. Deswegen ist dies ein schlechtes Beispiel dafür, was man im

(Uwe Eichelberg)

ländlichen Raum machen kann. Es bezieht sich einfach auf eine andere Region.

(Heinz Maurus [CDU]: Niebüll liegt in der Nähe von Esbjerg!)

In der letzten Wirtschaftsausschusssitzung wurden Fahrstrecken von 80 km zum Arbeitsplatz als zumutbar erklärt. Darüber kann man diskutieren, gleichzeitig wird aber die Ökosteuer erhöht. Was ist den Leuten denn noch zuzumuten? Sie können gar nicht aus der Fläche hin- und herpendeln, also werden sie das Land verlassen. Wir müssen in den verbleibenden fünf Jahren versuchen, die typischen Strukturen, also eine landwirtschaftsnahe Produktveredelung und insbesondere den Tourismus, so zu fördern, dass wir - mindestens gegenüber Mecklenburg - wieder wettbewerbsfähig werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sprechen von moderner kundenorientierter Infrastruktur im **Tourismus**. Hier genügt es nicht, den Fahrradtourismus und die Ferien auf dem Bauernhof als „landestypischen“ Urlaub zu erklären. Wenn wir Kaufkraft in die Region bekommen wollen, genügt dies nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Interessant klingen natürlich Aussagen wie die, dass die regionale Wirtschaftsförderung auf „**Wachstumszentren** mit regionaler und **landesweiter Ausstrahlungskraft**“ konzentriert wird und es Ziel der Regionalpolitik ist, die Regionen in ihrer Entwicklung entsprechend ihrer Stärken- und Schwächenprofile zu unterstützen. Genau dies fordern wir seit Jahren. Aber im Bericht findet man nichts dergleichen. Hier wären eigentlich die Anhaltspunkte dafür gewesen, dass man sagen könnte, Sie hätten es verstanden und machen es richtig.

Meine Damen und Herren, Konkretes fehlt im Bericht, viele Angaben sind in Euro-Beträgen erfolgt, Gott sei Dank alle mit Fragezeichen, weil man den Zahlen selber wohl nicht traut.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister Rohwer, in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben wir versprochen, Ihnen viele Fragen zu stellen. Wir werden in der Analyse ins Detail gehen und dann werden Sie die Wirtschaftspolitik so steuern können, wie Sie es den Studenten in der Theorie beigebracht haben, und auch in der Praxis umsetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 1994, also vor sieben Jahren, wurde das letzte Mal in diesem hohen Hause eine Debatte über die Anmeldung der Landesregierung zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geführt. Dies ist ein Indiz für die Übereinstimmung aller Fraktionen in Bezug auf den Mitteleinsatz. Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren durch einen wohl überlegten Einsatz bestehende strukturelle Nachteile ausgleichen können. Vor allem konnte der frühere Rückstand an technisch-wissenschaftlichen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen deutlich reduziert werden, etwa durch die Errichtung der Technischen Fakultät an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, des Fraunhofer-Instituts für Siliziumtechnologie in Itzehoe, der Fachhochschule Westküste sowie durch inzwischen 13 Technologiezentren und durch den gezielten Ausbau von Technologietransfer und Technologietransformation zwischen Wirtschaft und Hochschulen mithilfe von TSH und ttz und es konnten mehr Absolventen schleswig-holsteinischer Hochschulen in unserem Land auch beruflich eine Zukunft finden, womit sich unsere Bildungsinvestitionen für unser Land selbst besser auszahlen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Zusammenhang möchte ich, lieber Karl-Martin Hentschel, das bei der Opposition wenig geliebte Instrument der **Förderung durch Lohnkostenzuschüsse** bewusst nennen, das wir gemeinsam durchgesetzt haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Bitte? Was haben Sie durchgesetzt?)

Die Qualifizierung der Beschäftigten konnte verbessert werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen, wie sie in Schleswig-Holstein typisch sind, ist die **Qualifikation von Fachkräften** von existenzieller Bedeutung. Durch die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk, durch die Errichtung des Bildungszentrums für Tourismus und Gastronomie in Husum, lieber Kollege Eichelberg, und durch die Errichtung von zehn Weiterbildungsverbänden konnten in diesem Bereich wesentliche Beiträge geleistet werden.

Die erfolgreiche Aufholjagd bei der wissenschaftlich-technologischen Infrastruktur und die Anstrengungen bei der Qualifizierung schlagen sich auch bei den für unser Land wichtigen **Unternehmensneugründungen**

(Klaus-Dieter Müller)

nieder. Die Opposition spielt so gerne herunter, dass wir in Schleswig-Holstein in Sachen Neugründungen heute an der Spitze aller Bundesländer stehen. Dies ist für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung. Die Förderpolitik der Landesregierung ist eine wichtige Ursache für diese Entwicklung und die GA-Fördermittel waren an dieser Stelle sehr hilfreich.

Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen und - der Minister hat es erläutert - allein 2001 wird durch die gewerbliche Förderung auf dem Arbeitsmarkt ein Effekt von 262 **neuen Arbeitsplätzen** erreicht. All das belegt, dass es richtig ist, den verfügbaren Bewilligungsrahmen in voller Höhe auszuschöpfen, wie es auch in diesem Jahr wieder geschehen ist.

Lieber Kollege Eichelberg, ich gehöre auch zu denen, die hinsichtlich der Einschätzung, man könne Hochschuleinrichtungen überall ansiedeln, grundsätzlich skeptisch sind. Die **strukturschwachen Landesteile** aber auf Tourismus und Landwirtschaft zu reduzieren ist aus unserer Sicht wirklich falsch.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Entwicklung des Industriestandortes Itzehoe ist insofern ein gutes Beispiel. Denn man hätte ihn auch überall anders ansiedeln können, aber es hat auch in Itzehoe - also auch in einem strukturschwachen Umfeld - zum Erfolg geführt. Wir begrüßen, dass die Landesregierung auch weiterhin die regionalwirtschaftlich einsetzbaren Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes dafür einsetzt, **Technologiefelder** zu fördern, in denen das Land überdurchschnittliche Potenziale in Wirtschaft und Wissenschaft hat. Es geht also nicht nur, Kollege Eichelberg, um die IuK-Bereiche, sondern zum Beispiel auch um die Biotechnologie. Darüber hinaus ist Voraussetzung wirtschaftlicher Prosperität eine leistungsfähige **Verkehrsinfrastruktur**. Das kann man nicht oft genug wiederholen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dazu gehören

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Flughäfen! - Peter Eichstädt [SPD]: Sechsspürige A7!)

leistungsfähige Bahnstrecken - ich denke an die Elektrifizierung der Strecken Hamburg-Lübeck und Itzehoe-Westerland und an den Ausbau der Strecke Pinneberg-Elmshorn - und Bahnhöfe ebenso wie eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger. Dazu gehören aber auch der konsequente Ausbau des Straßennetzes und, lieber Kollege Garg, die Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Regionalflughäfen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Peter Eichstädt [SPD]: Reden und auch Handeln!)

Ich bin sehr dankbar, dass die Landesregierung dies in dem Bericht sehr deutlich festgeschrieben hat.

Wie sich die Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern sowie die EU-Mittel nach 2005 gestalten, ist offen. Man muss jedoch kein großer Prophet sein, um befürchten zu müssen, dass sich nach der EU-Erweiterung im Osten die Förderung dann eher dorthin konzentrieren wird. Auch bei einer grundlegenden Veränderung der Gemeinschaftsaufgabe müssen aus unserer Sicht die Verantwortung und die **Beteiligung des Bundes** an der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur erhalten bleiben. Darüber sind wir uns in diesem hohen Hause hoffentlich einig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Müller, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie eben noch einmal darauf hingewiesen haben, dass für Sie der Erhalt der Regionalflughäfen sehr wichtig ist. Ich weiß jetzt, dass Sie persönlich dieser Auffassung sind. Heute Morgen habe ich nämlich in den „Kieler Nachrichten“ einen Artikel mit der Überschrift „Flughafenausbau - SPD-Kritik wird immer lauter“ gefunden. Es ist daher gut, dass Sie Ihre Auffassung noch einmal besonders betont haben.

Lieber Herr Kollege Eichelberg, die Fragezeichen in dem Bericht, die Sie angesprochen haben, sind natürlich etwas ganz Tolles. Zuerst habe ich gedacht, die Verfasser wüssten nicht genau, ob es sich um DM- oder Eurobeträge handelt. Dann aber ist mir aufgefallen, dass es bei bestimmten Computerprogrammen so ist, dass beim Ausdruck anstatt des Eurozeichens ein Fragezeichen erscheint. Das mag zwar ganz witzig sein, aber in einen endgültigen Bericht gehört so etwas nicht. Es gibt aber noch etwas Vergleichbares und ich weiß gar nicht, ob Sie, Herr Minister, das gesehen haben. Bei dem Textverarbeitungsprogramm „Word“ gibt es die Funktion „Änderungen verfolgen“. Man kann dort die Einstellung wählen, dass Streichungen beim Ausdruck erscheinen. Mir scheint das in diesem Bericht auch so zu sein. Aber eigentlich hat so etwas doch in einem Bericht, wenn er denn vorgelegt wird, nichts mehr zu suchen. Allerdings kann es natürlich

(Christel Aschmoneit-Lücke)

auch sein, dass das bewusst gemacht worden ist, weil dadurch bestimmte Signale gesetzt werden könnten. Darauf werde ich im Zusammenhang mit dem Thema Flughafen zurückkommen.

Der Bericht zeigt uns wieder einmal den Unterschied zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit. Das ist mir im Übrigen auch bei dem Beitrag des Kollegen Müller aufgefallen. Es sind nämlich einige Dinge gesagt worden, die mit der Wirklichkeit in diesem Lande überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wissen ja alle, dass die Landesregierung das Land Schleswig-Holstein immer ganz vorne - „an der Spitze“ - sieht. Tatsächlich aber weist dieser Bericht wieder einmal aus - Kollege Eichelberg, Sie haben das schon gesagt -, dass bedauerlicherweise weite Teile von Schleswig-Holstein erheblich unter dem Einkommensdurchschnitt und Wohlstandsdurchschnitt - und zwar unterhalb des EU-Niveaus - liegen. Das sollte uns zu denken geben. Der Wirtschaftsminister selbst konstatiert in diesem Bericht:

„Deutliche Rückstände bestehen in der Einkommenssituation aller GA-Gebiete, teilweise sind auch bei der Arbeitsmarktsituation und der Infrastrukturausstattung erhebliche Rückstände zu verzeichnen.“

Da stellt sich jedenfalls mir die Frage: Wer ist eigentlich in den letzten zwölf bis 13 Jahren für diese Entwicklung verantwortlich gewesen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal auf das Thema **Infrastruktur** zu sprechen kommen. Der uns vorgelegte Bericht spricht sich erfreulicherweise sehr für die Infrastrukturförderung aus. Herr Minister, dafür bin ich Ihnen außerordentlich dankbar; gut ist, dass wir es heute in diesem hohen Hause noch einmal damit zu tun haben. Ich glaube nämlich, wir sind alle der Meinung, dass der Ausbau der Infrastruktur etwas ganz Wichtiges ist. So sollte es in diesem Lande auch bleiben. Es gibt dann allerdings doch so einige Dinge, die mir nicht ganz sinnvoll erscheinen. Zum Beispiel wird „www.schleswig-holstein.de“ als Kernbaustein der Regierungsarbeit hervorgehoben. Das ist aber nun gerade ein Portal, das sich von erfolgreichen Netzauftritten auffällig durch seine Unübersichtlichkeit unterscheidet.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich noch eine Bemerkung zum **Flugverkehr** machen. Der schon erwähnte Selbstfindungsprozess des Verfassers des Berichtes offenbart - und das ist nun wirklich interessant - folgende Streichung:

„Bei steigenden Ansprüchen an individuelle Mobilität wird die Bedeutung des Regionalluftverkehrs - insbesondere für Wirtschaftsstandorte in peripherer Lage - zukünftig weiter an Bedeutung zunehmen.“

Dieser Satz stand ursprünglich in dem Bericht, ist aber - ich erwähnte diese besondere Funktion des Computerprogramms - nunmehr nur noch als Streichung darin enthalten. Der aufmerksame Leser fragt sich natürlich, was uns das sagen soll, wenn das erst drinsteht, dann aber gestrichen wird. Welches Signal will man damit eigentlich an den Landtag oder möglicherweise auch nur an den Koalitionspartner senden? Diesen Punkt, der wirklich höchst interessant ist, werden wir im Ausschuss sicherlich noch einmal etwas genauer beleuchten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Seite?)

- Das weiß ich nun nicht auswendig, aber der Bericht ist ja nicht so lang. Sie können das bestimmt finden. Ich hatte jedenfalls den Eindruck, dass das schon der erste Abgesang auf den Ausbau des Regionalflughafens gewesen sein soll. In der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben wir beschlossen, dass die Entscheidung erst im Februar gefällt werden soll. Vielleicht werden wir auf diese Entscheidung aber schon ein wenig vorbereitet. Eine solche Entscheidung fände ich allerdings schade.

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung zu den **Ergebnissen der Förderung** in der Vergangenheit machen. Das ist eine Aufzählung der ausgegebenen Mittel und einer nicht näher begründeten Anzahl von erhaltenen und geschaffenen Arbeitsplätzen. Ich glaube, dass auch an diesem Punkt die Evaluation etwas präziser sein sollte. Denn nur, wenn man ganz präzise nachforscht, wo die Mittel geblieben sind und was sie hervorgebracht haben, kann man eine Neuordnung der Förderungsstrukturen angehen. Ich glaube, wir sind uns, Herr Minister, auch insofern einig, als dass eine **Neuordnung** auf alle Fälle sinnvoll und geboten ist. Ich glaube, wir werden uns in Zukunft mit dieser Frage der Neuordnung der Förderung intensiv zu befassen haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde das Thema

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Spannend!)

Regionalentwicklung/GA ausgesprochen spannend. Es handelt sich schließlich um einen der wesentlichsten Töpfe, aus dem die Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein finanziert werden kann und in dem Mittel vorhanden sind, um interessante wirtschaftspolitische Entwicklungsprojekte in Schleswig-Holstein zu finanzieren. Andere Mittel haben wir kaum. Dazu kommt natürlich das Regionalprogramm der Europäischen Union. Wir müssen uns darüber einigen, was wir damit anstellen wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine gute Frage!)

Wollen wir tatsächlich das fördern, was bisher existiert, und uns noch einmal um die Landwirtschaft und andere traditionelle regionale Strukturen kümmern oder nutzen wir die Mittel, um gerade in den strukturschwachen, ländlichen Regionen neue Impulse zu setzen? Darum geht es doch!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war ja der Sinn der Veranstaltung!)

Wenn wir neue Impulse setzen wollen, ist es unbedingt notwendig, auch in **ländlichen Regionen** Hochschulstandorte zu entwickeln, Technologiestandorte zu entwickeln und Technologiezentren zu gründen, um sozusagen intellektuelle Kerne in die Regionen zu setzen. Im Moment haben wir eine Krise im IT-Bereich. Da wird man sofort hasenfüßig und fordert: Ach, das war alles verkehrt, jetzt müssen wir wieder zurück; es war ein Fehler, dass wir das so gemacht haben. Kehren wir doch im ländlichen Raum wieder zur Landwirtschaft zurück! - Wenn man versucht, so Strukturpolitik zu machen, wird man nichts erreichen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall beim SSW)

Man kann sich darüber streiten, ob die **Fachhochschule Heide** die kritische Masse hat. Aber egal, ob sie die hat oder nicht - für die Region Dithmarschen und die Westküste ist die Tatsache entscheidend, dass es dort eine Fachhochschule gibt, die in Workshops zum Beispiel im Tourismus mit den Akteuren vor Ort, mit den Kommunen, mit den Kaufleuten, mit kleinen Betrieben Diskussionen anzettelt und versucht, sich in

die regionalen Diskussionen einzubringen. Das gibt dieser Region neue Impulse, die für die Region von unschätzbare Bedeutung sind. Wenn man sich einmal die Investitionen im Vergleich zu dem anguckt, was man in den Straßenbau und anderes investiert, die nämlich 10- bis 100-mal so hoch sind, kann ich nur sagen: Die Investitionen, die dort getätigt worden sind - ob das ein Technologiezentrum in Niebüll, ein Ausbildungszentrum in Meldorf oder eine Fachhochschule in Heide ist -, sind aus meiner Sicht Gold wert.

(Berndt Steincke [CDU]: Bravo!)

Natürlich müssen wir uns in diesem Bereich auch um die **Infrastruktur** kümmern. Da halte ich es für richtig, dass man mit vorrangiger Bedeutung für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein den **Tourismus** nennt. Wenn man sich einmal anguckt, was Mecklenburg-Vorpommern im Tourismus in den letzten Jahren geleistet hat mit seinen Strukturmitteln - die allerdings auch eine Zehnerpotenz höher waren -, muss man feststellen, dass Mecklenburg-Vorpommern die Fördermittel so eingesetzt, dass eine Infrastruktur im Tourismusbereich entwickelt worden ist, die attraktiv ist,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: A 20!)

die Ortschaften attraktiv macht und die Touristen aus den Metropolregionen, aus Nordrhein-Westfalen und insbesondere aus Berlin, aber auch aus Süddeutschland zunehmend in die Region zieht.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Das muss man sich zum Vorbild nehmen und da kann man nicht auf die Osis schimpfen, sondern muss anerkennen: Alle Achtung, da haben sie etwas geschaffen.

Ich glaube, dass wir in Schleswig-Holstein insofern davon lernen können, als wir endlich einmal begreifen, dass eine **gemeinschaftliche Gestaltung** der Angebote von Ortschaften von Bedeutung ist, dass das Püttschern jedes einzelnen Anbieters nicht ausreicht.

Wenn ich teilweise die klein karierten Diskussionen gerade auch an der Westküste betrachte, wo der eine Ort in den Tourismusverband eintritt, der nächste Ort aus dem Tourismusverband austritt, weil sie sich wieder einmal über die Finanzierung streiten,

(Heinz Maurus [CDU]: Ihr Beitrag ist von wenig Sachkenntnis geprägt!)

kann ich nur feststellen: So kommen wir nicht weiter,

(Karl-Martin Hentschel)

Herr Maurus. Daran ist Ihre Partei nicht unbeträchtlich beteiligt.

(Heinz Maurus [CDU]: Informieren Sie sich doch erst einmal vor Ort, bevor Sie hier eine so große Lippe riskieren!)

Wenn Sie schon dazwischenrufen, möchte ich zum Höhepunkt dessen kommen, was Sie sich leisten.

(Zurufe)

Herr Eichelberg hat berechtigt auf die Entwicklung von **Wirtschaftsstrukturen im ländlichen Raum** hingewiesen; er hat gefordert, dass man nicht nur auf Kiel und Lübeck guckt. Gucken wir uns einmal an, was passiert.

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

- Ich bin am Ende der Redezeit, ich habe nur noch eine Sekunde und muss leider meinen Schlusssatz sagen. Tut mir Leid, da müssen wir einmal die Regel im Landtag ändern, dass Zwischenfragen nicht auf die Redezeiten angerechnet werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heinz Maurus [CDU]: Der Vorschlag wird aufgenommen!)

Herr Eichelberg, wenn Sie sagen, die Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum müsse auch andere Impulse setzen, weise ich Sie darauf hin, dass wir andere Impulse gesetzt haben, gerade im Bereich der **regenerativen Energien**. Was im Bereich der Offshore-Industrie und der Windkraft-Industrie an der Westküste, gerade in Husum, passiert ist, ist meiner Ansicht nach das einzig erfolgreiche Beispiel für eine ganz neue industrielle Entwicklung gerade an der Westküste.

(Lars Harms [SSW]: Sehr richtig!)

Wenn dann der dortige Landrat gegen diese Entwicklung Sturm läuft und versucht, sie mit allen Mitteln zu verhindern,

(Widerspruch bei der CDU)

der ja Mitglied Ihrer Partei ist, kann man nur sagen: Das ist eine Schande für die Entwicklung in diesem Land. Sie tun diesem Land einen Bärendienst.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss dem Kollegen Hentschel in seinem letzten Statement völlig Recht geben.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte im Vorwege einige ergänzende Anmerkungen zur Datenbasis des Berichts machen. Aus dem Bericht geht deutlich hervor, dass der **nördliche Landesteil** die schwerwiegendsten Probleme hat. Die angegebene Arbeitslosenquote liegt fast immer über dem Bundesdurchschnitt. Würde man die Arbeitslosenquoten der westlichen Bundesländer zugrunde legen, so wären die entsprechenden Werte noch wesentlich höher. Das zeigt, dass sich die **Benachteiligung** des nördlichen Landesteils noch als viel schwerwiegender darstellt, als man dem Bericht vordergründig entnehmen kann.

Darüber hinaus ist nicht zu unterschätzen, wie viel Menschen aus den betroffenen Regionen abwandern müssen, um Arbeit zu finden. Die **Wanderungsbewegungen** sind ein deutliches Indiz für die Wirtschaftsschwäche einer Region. Leider kann man diese Wanderungsbewegungen nicht ohne weiteres statistisch erfassen, aber jeder an der Westküste und im Norden des Landes weiß genau, dass dies so ist.

Diese Tatsache hat zwei Auswirkungen: Zum einen sinkt durch die Abwanderung die Arbeitslosenquote, wodurch sich ein positiveres Bild ergibt als in Wahrheit vorhanden, und zum anderen verliert die jeweilige Region ihre qualifiziertesten Fachkräfte, da vor dem Hintergrund von 4 Millionen Arbeitslosen meist nur für diese eine Berufschance außerhalb der Herkunftsregion besteht. Der Norden wird also doppelt getroffen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Nein, leider nicht, vielleicht am Ende.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich weiß ja nicht, wann das Ende ist!)

Mindestens genauso sieht es bei der **Infrastruktur** aus. Besonders Nordfriesland hat unter seiner Infrastrukturschwäche zu leiden. Die Verkehrsanbindungen sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene sind - um es einmal freundlich zu formulieren - verbesse-

(Lars Harms)

rungswürdig. Von Infrastruktur zu sprechen fällt einem da manchmal schon recht schwer. Daher nur kurz und zum wiederholten Mal die Aufforderung an die Landesregierung: Tun sie alles Mögliche, um die Strukturschwäche der ländlichen Regionen und speziell Nordfrieslands zu beheben!

Mit der **verkehrsmäßigen Erschließung der Randregionen** können sie wesentlich mehr wirtschaftliche Effekte auslösen als mit dem Ausbau des Flughafens in Holtenau oder mit dem Bau einer Fehmarnbeltverbindung. Denken Sie daran, dass wir vor allem im Lande selbst gute Verkehrsanbindungen benötigen! Ohne diese Basisverkehrsinfrastruktur helfen uns auch die guten Verbindungen in die weite Welt nicht weiter.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist das!)

Im Bericht wird außerdem auf den Truppenabbau in den strukturschwachen Regionen eingegangen. Das ist sicherlich richtig und möglicherweise auch zu verurteilen. Aber gleichzeitig darf man auch die Landesinstitutionen nicht vergessen, die im so genannten Aktionsraum in den letzten Jahren und Jahrzehnten abgebaut worden sind.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Der von uns geforderte Bericht zum Abbau öffentlicher Arbeitsplätze hat dies ja auch ganz deutlich gemacht. Hier hat das Land Schleswig-Holstein ein gehöriges Maß an Gestaltungsspielraum, den es nutzen kann und sollte.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wenn also in Zukunft **öffentliche Arbeitsplätze** abgebaut werden sollen, sollte dies so geschehen, dass die strukturschwachen Räume nach Möglichkeit nicht oder - wenn schon - nicht über Gebühr getroffen werden. Die strukturschwachen Räume haben schon in der Vergangenheit ihren Beitrag geleistet und sollten nun nicht noch einmal durch die Landesregierung benachteiligt werden. - So viel zur im Bericht dargestellten Datenlage.

Über die einzelnen wünschenswerten Maßnahmen aus dem Regionalprogramm haben wir uns schon öfter unterhalten, sodass ich hier nicht auf einzelne Projekte eingehe. Viel wichtiger ist die grundsätzliche Prioritierung von Projekten im Rahmen eines **Qualitätswettbewerbs**. Wie will man die regionale Wirtschaftsstruktur verbessern, wenn man gleichzeitig einen **Qualitätswettbewerb** durchführt? Dort, wo sich Universitäten finden und wo die Wirtschaftsstruktur von mittleren und größeren Unternehmen mit entsprechender Innovationskraft geprägt ist, wird man immer hochtechnische Ideen vorfinden. Solche Ideen müssen nicht zwin-

gend in den ländlichen Raum passen. Die extrem strukturschwachen Regionen haben auch im Wettbewerb der schleswig-holsteinischen Regionen eine wesentlich schlechtere Startposition. Wenn man wirklich die regionale Wirtschaftsstruktur verbessern will - wovon ich ausgehe, wenn man einen entsprechenden Bericht vorlegt -, dann muss man auch die Konsequenzen ziehen und die Gelder entsprechend regional verteilen. Das alte Regionalprogramm hatte diesen Ansatz. Es war zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der ländlichen und strukturschwachen Räume gedacht. Von diesem Ziel sind wir in der Vergangenheit zugunsten der Ballungsregionen immer mehr abgewichen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Jawohl!)

Das führt zu einer wirtschaftlichen Schieflage in unserem Land, die wir als SSW so nicht mittragen können.

Deshalb fordern wir die Landesregierung noch einmal auf, diese Schieflage nicht noch weiter zu verschärfen und den Blick bei der **Förderung** auch nach Norden und nach Westen zu richten.

Noch ein letztes Wort zum NIC in Niebüll, Herr Eichelberg. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung, durch deren Dasein in den ersten vier Jahren ihres Bestandes über 50 zum Teil sehr anspruchsvolle Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Für die Region rund um Niebüll ist dies eine enorme Entwicklung. Mit dem Ausbau des NIC will man sich nun dem Thema nachwachsender Rohstoffe widmen und strebt eine enge Zusammenarbeit mit der Flensburger Hochschullandschaft an. Ich glaube, es sind wirklich zukunftssträchtige Ideen, die dort draußen im Westen entwickelt worden sind, die die Landesregierung in der Vergangenheit unterstützt hat und unbedingt auch weiter unterstützen muss.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen zwei Wortmeldungen für Kurzbeiträge nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung vor. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mich hat der Beitrag des Kollegen Hentschel veranlasst, mich zu melden. Lieber Herr Kollege Hentschel, ich habe den Eindruck, dass Ihr Verhältnis zur Westküste seit der Nationalparkdiskussion erheb-

(Heinz Maurus)

lich gestört ist. Das ist heute hier wieder zum Ausdruck gekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich möchte zwei Punkte aufgreifen, als Erstes den Punkt der touristischen Entwicklung. Wir wissen alle, dass der **Tourismus** ein Wirtschaftszweig ist, der voll im globalen Wettbewerb steht. Wir wissen, es war zwingend notwendig, dass sich das Land auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellt. Nicht nur die Länder innerhalb der Bundesrepublik sind Mitbewerber, sondern auch das Ausland. Es ist eine Tatsache, dass Schleswig-Holstein - wenn Sie die Bundesstatistik nehmen - bei dem Übernachtungsschlüssel nach wie vor auf dem letzten Platz aller neuen und alten Bundesländer liegt. Das sollten Sie einmal nachlesen, dadurch wird Ihr Bild vielleicht etwas korrigiert.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welchem Platz?)

- Auf dem letzten. Wenn ich mir noch einmal vor Augen halte, wie problematisch die Neustrukturierung war, das Einstellen auf den neuen Markt und den neuen Wettbewerb, dann kann ich nur sagen, dass ich durchaus Verständnis für die Kommunen habe, die unter anderem durch den Eiertanz, den die Landesregierung in ihrer Moderatorenfunktion veranstaltet hat, ein ganzes Stück verunsichert waren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Erinnern Sie sich doch einmal daran, wie das losging. Wir wollten eine landesweite Tourismusgesellschaft gründen. Es wurde dann gefragt, wie sie organisiert werden soll. Ich möchte Ihnen einmal sagen, wie andere Länder das gemacht haben. In anderen Ländern haben sich die Landesregierungen an die Spitze dieses Ordnungsprozesses gestellt. In Bayern ist es sogar so, dass der bayrische Wirtschaftsminister Aufsichtsratsvorsitzender dieser GmbH geworden ist. Der Eiertanz, der hier in Schleswig-Holstein nahezu über ein ganzes Jahr hinweg gelaufen ist, spottet jeder Beschreibung. Das wollte ich noch einmal zur Erinnerung sagen.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, zum Thema Offshore. Herr Hentschel, auch dazu möchte ich Ihnen etwas sagen. Sie wissen, dass wir im Moment etwa 1.000 Anträge auf dem Tisch haben, in denen die Genehmigung von **Offshore-Anlagen** beantragt wird. Sie wissen, dass bei dem angestrebten Umfang von 25.000 MW im Extremfall etwa 12.500 Anlagen - die FDP hat das belegt - zu installieren wären. Landrat Bastian fordert: Stimmt endlich die Raumplanung ab,

novelliert die Anlagenverordnung, damit wir ein Stück mehr Sicherheit bekommen! Auch in unserem gemeinsamen Gespräch bei Staatssekretär Nabel im Bundesverkehrsministerium ist deutlich geworden, dass jedes Ressort für sich allein versucht, zu organisieren und Ordnung hineinzubekommen. Der Verkehrsminister versucht das bei der Schiffssicherheit und der Umweltminister versucht das im Rahmen des Bundesnaturschutzgesetzes für die ökologischen Belange. Der Wirtschaftsminister und der Landwirtschaftsminister haben sich noch gar nicht gemeldet, obwohl deren Belange auch mit betroffen sind.

Zum Abschluss möchte ich noch eines sagen: Wir haben das Thema aufgegriffen und hier im Landtag thematisiert. Und was machen Sie, Sie verzögern, verzögern, verzögern und kommen nicht zum Schluss!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Frau Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte der guten Ordnung halber hier mitteilen, dass der Bericht, Drucksache 15/1423, inzwischen in neuer Form vorliegt und verteilt worden ist. Die formalen Mängel, die ich vorhin angemahnt habe, sind darin behoben. Ich denke, es ist wichtig, dass das hier zu Protokoll gegeben wird. Die Mängel sind schon vor meinem Debattenbeitrag hier bemerkt und beseitigt worden. Herzlichen Dank dafür.

Einen inhaltlichen Aspekt möchte ich an dieser Stelle noch einmal ansprechen, Herr Kollege Harms. Sie haben den **Qualitätswettbewerb** angesprochen und gesagt, es sei nicht sinnvoll, danach zu entscheiden. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, dass es nur um Qualitätswettbewerb gehen kann.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wenn die GA-Mittel - wir haben diese Diskussion im Wirtschaftsausschuss schon geführt - zukünftig wie mit einer Gießkanne über das Land gegossen werden sollen, fallen wir in eine Förderpolitik zurück, die wir Gott sei Dank überwunden haben.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen, der Wirtschaftsminister hat sich in der letzten Wirtschaftsausschusssitzung sehr deutlich dazu geäußert

(Christel Aschmoneit-Lücke)

und darauf hingewiesen, dass wir ein kleines Land sind und deshalb auch nicht an jeder Stelle alles realisieren können. Dem stimme ich ausdrücklich zu. Ich bitte den Wirtschaftsminister und das Wirtschaftsministerium ausdrücklich,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bleiben Sie endlich mal hart, Herr Rohwer!)

bei dieser Art von Förderpolitik zu bleiben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir zu diesem Punkt eine Debatte führen und es nicht so eine langweilige Diskussion geworden ist, wie wir sie häufig haben, wenn wir über Wirtschaftsthemen sprechen. Von daher freue ich mich, dass Sie noch einmal nach vorn gekommen sind, Herr Maurus. Allerdings glaube ich, Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Im Zusammenhang mit der **Tourismuskussion** hat es sicherlich Strukturprobleme gegeben. Ich sage auch nicht, dass in den letzten Jahren alles gut gelaufen ist. Aber eins der Probleme, warum das alles so schwierig ist, ist, dass die Diskussion bei uns nicht mit dem Ziel geführt wird: Wir wollen, dass wir gemeinsam vorangehen und das Land eine Struktur vorgibt, mit der wir gemeinsam arbeiten können. Die Diskussion läuft vielmehr so - daran ist die Westküste ganz erheblich beteiligt -, dass, egal welche Vorschläge gemacht werden und was kommt, vor Ort erst einmal der Aufstand gegen Kiel geprobt wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Das ist das eigentliche Problem, mit dem wir es zu tun haben. Man versucht, alle konstruktiven Ansätze zu zerschlagen, bevor sie überhaupt auf die Beine gestellt worden sind.

Ich möchte noch als Zweites etwas zur Raumplanung im Zusammenhang mit dem Offshore-Windpark sagen. Natürlich wollen wir eine vernünftige Raumplanung für den Windpark und wollen nicht die Nordsee zubauen. Dafür haben wir uns eingesetzt. Das neue Bundesnaturschutzgesetz enthält dazu Regelungen. Es gibt eine neue Seeanlagenverordnung. Alles das, was Sie gefordert haben, ist jetzt zumindest angegangen wor-

den. Wir werden damit arbeiten müssen und schauen, ob es noch weiterer Regelungen bedarf. Wenn mir aber der Bundesverband der Windenergie auf einer Messe in Husum erzählt, wie furchtbar es sei, dass ihnen in Nordfriesland ausgerechnet vom Landrat ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen würden, ist das bezeichnend dafür,

(Zurufe von der CDU)

wie ausgerechnet von einem Landrat aus Ihrer Partei

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie diffamieren den Landrat, das ist unglaublich!)

mit dem Wirtschaftszweig umgegangen wird, der in Schleswig-Holstein und gerade in Nordfriesland die größten Zuwachsraten hat. Wenn man dem einzigen Wirtschaftszweig, der zukunftsträchtig ist, der sich wunderbar entwickelt und der zwei neue Werke in Husum hat, Knüppel zwischen die Beine wirft, dann ist das beschämend. Das muss man einfach sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Viel schlimmer ist, wenn denen der Wind fehlt!)

Wenn es dann noch passiert, dass das neue Ausbildungszentrum für Mechatroniker nicht nach Husum, sondern nach Meldorf kommt, weil man es in Nordfriesland nicht will, dann sage ich: Das ist peinlich!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort. Aus gegebenem Anlass sage ich: Jeder Abgeordnete hat das Recht auf einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung pro Tagesordnungspunkt. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aber nicht jeder Abgeordnete muss davon Gebrauch machen!

(Heiterkeit)

Ich freue mich über die Vorschusslorbeeren aus dem gesamten hohen Haus. Ich will die Debatte in der Tat auch nicht verlängern.

(Heiterkeit)

Vielleicht hört der Kollege Maurus einmal zu. Das, was er eben in seinem Kurzbeitrag gesagt hat, kann so nicht im Raum stehen bleiben. Kollege Maurus, diese

(Günter Neugebauer)

Legendenbildung lassen wir nicht durchgehen. Sie haben die Tourismuspolitik der Landesregierung kritisiert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zu Recht!)

Ich nenne zwei Fakten: Erstens. Wir haben bei den Marketingmitteln für den **Tourismus** im Haushaltsjahr 2002 keine Kürzungen vorgenommen. Kollege Maurus, hören Sie zu, Sie sind jetzt angesprochen! Sonst verbreiten Sie das, was Sie eben unsinnigerweise verbreitet haben, auch noch in der Öffentlichkeit!

(Heinz Maurus [CDU]: Darauf können Sie sich verlassen!)

Zweitens. Sie haben - entgegen Ihren eben gemachten Äußerungen - zum Haushalt 2002 keinen Änderungsantrag zur Erhöhung der Marketingmittel für den Tourismus eingebracht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Debatte war gestern!)

- Kollege Kubicki, das muss festgehalten werden, weil Herr Maurus eben den Eindruck vermittelt hat, die Landesregierung wäre in diesem Bereich untätig.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nicht nur da!)

Daher gilt es, diese Fakten festzuhalten.

(Heinz Maurus [CDU]: Es geht um die Organisationsstruktur! Das haben Sie nicht mitgekriegt!)

- Nun zur **Organisationsstruktur**. Auch da haben Sie eine Legende verbreitet. Richtig ist, dass es nur dem Sperrvermerk und der Haltung der Regierungskoalition zu verdanken ist, dass es überhaupt zu einer Neustrukturierung des Tourismus in Schleswig-Holstein gekommen ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie waren bereit, nach dem Motto „weiter so“ die Mittel des Landes ungeprüft der Tourismuswirtschaft zur Verfügung zu stellen.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Sehr richtig! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt nicht! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Neugebauer hat das Wort!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber er muss die Wahrheit sagen!)

Günter Neugebauer [SPD]:

- Kollege Kubicki, wollen Sie mir unterstellen, dass ich nicht die Wahrheit sage? Dann kommen Sie her und sagen mir, wo ich nicht die Wahrheit gesagt habe!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Du hast von der Opposition geredet!)

- Klar, ich richte mich an die CDU!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Du hast von der Opposition gesprochen!)

- Gut, das ist in Ordnung. Die FDP war in diesem Bereich vernünftiger als die größere Oppositionspartei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss auch mal gesagt werden!)

Kollege Maurus, ich bitte Sie in allem Ernst: Unterlassen Sie in Zukunft auch außerhalb des Landshauses solche Behauptungen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heinz Maurus [CDU]: Sie erzählen dummes Zeug! - Klaus Schlie [CDU]: Das Dumme ist, er weiß es auch!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es wurde beantragt, den Bericht der Landesregierung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung und mitberatend an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes (Kirchensteueränderungsgesetz - KiStÄndG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1168

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/1405

(Unruhe)

Herr Abgeordneter Maurus und Herr Abgeordneter Müller, können Sie Ihre Verhandlungen bitte draußen führen?

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat den Gesetzentwurf am 28. September 2001 federführend an den Bildungsausschuss sowie zur Beratung an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Die Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit dem Gesetzentwurf befasst. Zuletzt hat dies der Bildungsausschuss in der Sitzung am 6. Dezember 2001 getan. Er hat schriftliche Stellungnahmen eingeholt. Im Einvernehmen mit den an der Beratung beteiligten Ausschüssen empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Einzelberatung und erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Davon kommst du auch nicht in den Himmel!)

Günter Neugebauer [SPD]:

- Kollege Kubicki, wer weiß, wo wir uns wieder treffen! Ich glaube nicht, dass wir da oben oder hier unten eine gemeinsame Zukunft haben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der ehemalige CDU-Finanzminister Rudolf Titzck hat schon vor der ersten Lesung zum Kirchensteueränderungsgesetz in einem Interview mit den „Lübecker Nachrichten“ verbreitet, hier würde Heimlichtuerei betrieben und das Verhalten der Landespolitik sei skandalös. Ich nehme die zweite Lesung gern zum Anlass, um - sicherlich im Namen des ganzen hohen Hauses - solche Unterstellungen mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Hier wird in öffentlicher Sitzung beraten. Wir haben keinen Anlass, irgendetwas zu verheimlichen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht auch gar nicht!)

- Kollege Kubicki, Sie haben Recht! Wir stellen uns der Aufgabe und wir schaffen eine Lösung. Verursacher ist, wie Sie sicherlich alle wissen, die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung in Berlin, die

den Bürgern und Unternehmen in Deutschland in diesem Jahr eine Entlastung von 45 Milliarden DM hat zukommen lassen. Im Rahmen dieser Reform wurden auch Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen beziehungsweise der Gewerbetreibenden getroffen, die ihre Gewerbesteuern künftig von der Einkommensteuer absetzen können. Weiter haben unter anderem die Inhaber von Wertpapieren profitiert. Ziel dieser Steuerensenkung war die Entlastung dieser Personenkreise. Ziel der Reform war nicht die Reduzierung des Steueraufkommens der Kirchen. Deswegen war es folgerichtig, dass der Deutsche Bundestag mit Zustimmung des Deutschen Bundesrates über den § 51 a des Einkommensteuergesetzes die Möglichkeit geschaffen und mehr oder weniger auch angedeutet hat, dass über die Ländergesetzgebung eine **Korrektur der Bemessungsgrundlage für die Kirchensteuer** vorgenommen wird.

Kollege Kubicki, dies sage ich an Ihre Adresse: Das war das übereinstimmende Votum aller Bundestagsfraktionen. Diesem Votum sollten wir uns nicht verschließen, wie es übrigens die übrigen Bundesländer in Deutschland auch nicht tun. Meine Fraktion hat sich sehr intensiv mit diesem Gesetzentwurf beschäftigt. Wir haben die **Auswirkungen für Kirchensteuerzahler** genauso gewichtet wie die Auswirkungen für die Kassen des Landes und der Kommunen. Wir sind zu der Auffassung gekommen, dass das Konnexitätsprinzip, wie uns die kommunalen Landesverbände mitgeteilt haben, nicht gilt, weil es zwar keinen formaljuristischen Anspruch auf Übernahme des Bundesgesetzes, aber sehr wohl einen sachlich-politischen Zusammenhang über die von Bundestag und Bundesrat geschaffene Möglichkeit des § 51 a des Einkommensteuergesetzes gibt.

Dem wollen wir uns nicht verschließen, wie es auch alle anderen Bundesländer konsequenterweise nicht getan haben. Die Novellierung des Kirchensteuergesetzes, das wollen wir hier fairerweise sagen, belastet die Kirchensteuerzahler. Das betrifft einen eng begrenzten Kreis, nämlich nur jene, die als Gewerbetreibende ihre Gewerbesteuern von der Einkommensteuer abziehen können. Es belastet aber auch jene, die nach dem Halbeinkünfteverfahren nur die Hälfte ihrer Dividendeneinkünfte besteuern müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Kollege Hay, da können Sie sich freuen!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Kollege Kubicki, dies darf nicht vergessen werden: Sie werden einkommensteuermäßig erheblich entlastet. Sie werden über eine höhere Kirchensteuer gering

(Günter Neugebauer)

belastet und durch die Möglichkeit des Abzugs der höheren Kirchensteuer von der Sonderausgabe einkommensteuerlich wieder etwas entlastet. So schließt sich der Kreis.

Deswegen sind wir gut beraten, diesem Entwurf zur Änderung des Kirchensteuerrechts der Landesregierung unsere Zustimmung zu geben. Von einer höheren Kirchensteuer sind - wie wir ja alle wissen - im Übrigen auch nur jene betroffen, die sich - entgegen der Praxis bei den Industrie- und Handelskammern mit deren Zwangsmitgliedschaft - freiwillig für eine Mitgliedschaft in der Kirche entschieden haben. Das ist auch gut so.

Wir stimmen also dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu; dies auch deshalb, weil wir mit einem höheren Kirchensteueraufkommen die verdienstvolle und karitative und soziale Arbeit der Kirchen unterstützen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ein paar nicht ganz unbedeutende Unterschiede gibt es natürlich schon zwischen Ihnen und uns, Herr Kollege Neugebauer.

(Lothar Hay [SPD]: Das beruhigt uns aber!)

Wir beraten hier ein Gesetz zur Änderung eines Änderungsgesetzes. Das ist ja der eigentliche Grund für dieses Gesetz. Die rot-grüne Bundestagsmehrheit hat im Übrigen mit Unterstützung der Landesregierung im Bundesrat das Steuerrechtsänderungsgesetz Ende 2000 auf den Weg gebracht und damit eine unterschiedliche Besteuerung zwischen Kapitalgesellschaften einerseits und Personengesellschaften andererseits herbeigeführt. Sie hat diesen Fehler dieser Änderung dann wieder dadurch korrigieren wollen - ich greife einmal nur dieses eine Beispiel heraus -, dass sie den Gewerbesteuerabzug bei der persönlichen Einkommensteuer von Privatunternehmern wieder zugelassen hat, um diese Ungerechtigkeit ein bisschen auszugleichen.

Das führt natürlich dazu, weil die Kirchensteuer von der Einkommensteuer abhängig ist, dass dieser Personenkreis bei der Berechnung der persönlichen Kirchensteuer wieder gegenüber anderen Kirchensteuerzahlern bevorzugt ist, was man wiederum nicht erreichen wollte. Insofern musste man mit diesem Ände-

rungsgesetz diese Änderung in diesem Teilbereich wieder rückgängig machen.

Daran merkt man den Unfug und deshalb musste man hier ja gestern auch Anträge stellen, mehr Finanzbeamte zu beschäftigen, damit sie diese Vielfalt von unsinnigen Gesetzen bewältigen können. Das ist ja dann schließlich der Umkehrschluss.

Wenn man die Grundlage gleich richtig gelegt hätte, hätte man dies alles nicht gebraucht und dann brauchten wir nicht in 16 Bundesländern eine solche Änderung mit dem Aufwand zu beschließen, den wir hier betreiben.

Wir stimmen diesem Gesetzentwurf unter Zurückstellung ganz erheblicher Bedenken wegen dieser systematischen Fehler zu, weil wir der Meinung sind, dass die Kirchen darunter wegen der Arbeit, die sie für die Gesellschaft leisten, nicht leiden dürfen, und weil wir auch meinen, dass dann am Ende für die privat betroffenen Menschen, bei denen es sich ja nur um solche handelt, die Mitglied in Kirchen sind, die Steuergerechtigkeit wieder ein bisschen besser als vorher hergestellt ist.

Bedenken haben wir aber vor allen Dingen beim **Vorgehen der Landesregierung** und der betreffenden Ministerien in dieser Frage. Ich denke, es ist schon ein ziemliches Stück, wenn man sich diesen Gesetzentwurf der zuständigen Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ansieht, der in weiten Teilen, was das Vorblatt anbetrifft, schlichtweg falsch ist.

Falsch ist vor allen Dingen auch, dass die Ministerin ein Gesetz, das die Nordelbische Kirche bereits am 3. Februar beschlossen hat, am 30. März genehmigt, ohne sich vorher die gesetzliche Grundlage dafür von diesem hohen Hause einzuholen. Und dann braucht sie noch einmal sechs Monate, um dies nachzuholen. Es ist nicht in Ordnung, Frau Ministerin, das Parlament von Ihnen nur noch als Restgröße zu handeln, indem gesagt wird: Die müssen ja auch noch zustimmen, da haben wir etwas vergessen.

Die Fehler, Frau Erdsiek-Rave, die von Ihnen zu verantworten sind, haben inzwischen ein Maß erreicht, das es vielleicht doch angeraten sein lässt, einmal über eine Entschuldigung in diesem hohen Hause nachzudenken.

Der Finanzminister, der in mehrfacher Funktion ja auch an diesem Gesetz nicht ganz unbeteiligt ist, hat dann die Fehler in der Begründung, Darstellung und den Grundlagen dieses Gesetzes durch eine sehr umfangreiche Vorlage am 2. November dieses Jahres, also immerhin acht Wochen vor Jahresschluss, geheilt. Dafür danke ich Ihnen, Herr Minister.

(Rainer Wiegard)

Aber ich will dem Finanzminister trotzdem mit auf den Weg geben, dass sein Verhalten nach unserer Auffassung ebenfalls nicht in Ordnung ist. Die Steuerpflicht von Steuerpflichtigen besteht auf der Grundlage geltenden Rechts und das geltende Recht ist heute noch ein anderes als das, was durch dieses Gesetz hergestellt werden soll. Deshalb kann der Finanzminister unseres Erachtens nicht die Finanzämter anweisen, bereits nach einem Recht zu handeln, das noch nicht beschlossen worden und in Kraft getreten ist.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Deshalb kann der Finanzminister eben sozusagen nicht ein von ihm prognostiziertes Recht - so sagt es das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes - zur Anwendung bringen. Ich halte das Vorgehen des Finanzministers schlicht für unrechtmäßig

(Beifall bei CDU und FDP)

und ich denke, dass es notwendig ist, dass der Finanzminister hier vor diesem hohen Hause Gelegenheit nimmt, dazu sehr klar Stellung zu nehmen, und zwar insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion über die Förderung des Föderalismus, die wir hier in den letzten Monaten gehabt haben

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident! -, und dass er der Rolle des Parlaments eine andere Priorität gibt, als das bei dieser Landesregierung bisher der Fall zu sein scheint.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion an den Lautsprechern! Die Steuerreform hat ein großes Loch in die Kirchenkassen gerissen. Jetzt soll der Klingelbeutel wieder gefüllt werden. Der Bundestag hat den Weg dazu geebnet - Kollege Neugebauer, das haben Sie richtigerweise angesprochen -, mehr nicht; denn er hat keine **Gesetzgebungskompetenz bei der Kirchensteuer**. Das steht so ausdrücklich im Grundgesetz.

Dieser Hinweis fehlt im Gesetzentwurf und wurde auch in den Ausschussberatungen immer verdrängt. Es wird eine **automatische Anpassung** des Kirchensteuergesetzes an **Bundesrecht** suggeriert. Ich zitiere aus dem Vorblatt des Ministeriums:

„Mit der Neufassung des § 51a EStG ... wird sichergestellt, dass bestimmte ... Entlastungen ... keine Auswirkung auf die Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer haben.“

Das ist die Suggestion, die geweckt wird. Aber diese Darstellung ist schlicht falsch. § 51a EStG stellt dies nicht automatisch sicher, sondern eröffnet nur eine Möglichkeit. Die Entscheidung liegt allein beim Landtag.

Herr Kollege Neugebauer, wir müssen uns davor hüten, dass wir mit der Erklärung, der Bundestag habe einmütig irgendetwas beschlossen, dazu übergehen zu erklären, die Länder haben dies bei der föderativen Kompetenzverteilung automatisch nachzuholen, dass es sozusagen politisch gewollt sei. Tun wir dies, hebeln wir den Föderalismus vollständig aus. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die Kirche hat keinen **rechtlichen Anspruch** auf den Ausgleich. Auch der Hinweis auf andere Bundesländer gibt der Kirche keinen solchen Anspruch. Die deutsche Verfassung legt unmissverständlich fest, dass die Kirchensteuer in den Ländern unterschiedlich geregelt werden kann, und wir wissen auch, dass sie unterschiedlich geregelt wird, jedenfalls was die Kirchensteuersätze angeht.

Sehr deutlich wird das auch in der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, in der die einschlägige Kommentarlage dargestellt worden ist. Ich empfehle wirklich, das noch einmal nachzulesen.

Die Ministerin behauptet immer noch, dass dem Land keine Kosten entstünden. Auch das ist nachweislich falsch. Schleswig-Holstein verliert 42 Millionen DM Steuereinnahmen. Belegt ist dies im Schreiben des Finanzministers vom 1. November dieses Jahres, das mit Umdruck 15/1558 vorliegt.

Ich will eines sagen, Kollege Neugebauer: Ich könnte mich in dieser Frage **Bemessungsgrundlage** der Kirchensteuer zugunsten oder zulasten der Kirchen und **Schaffung eines Ausgleichs** dann mit Ihnen verständigen, wenn wir umgekehrt bei Steuererhöhungen auch nicht zu einer Erhöhung des Kirchensteueraufkommens beitragen würden, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Das heißt, früher haben die Kirchen an Steuererhöhungen teilgenommen, die gar nicht für sie gedacht waren, ohne dass jemand auf die Idee

(Wolfgang Kubicki)

gekommen ist, die Bemessungsgrundlage zu ihren Lasten zu verändern.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Angesichts der Finanzlage des Landes, Kollege Neugebauer, wundert es mich schon: Für die Kirchen verzichtet man auf 42 Millionen DM. Das ist übrigens ungefähr der Betrag, den Rot-Grün gestern den Blinden gestrichen hat. Ich sage das nur einmal, um deutlich zu machen, dass uns Parlamentariern die Entscheidung abverlangt wird, weil man - aus welchen Gründen auch immer - die Kirche davor bewahren will, ihren Mitgliedern zu erklären, warum sie nun anders zur Kasse gebeten werden sollen als bisher.

Laut Gesetzentwurf gibt es keine Alternativen. Das ist schon wieder falsch. Es gibt mindestens zwei weitere Möglichkeiten, das Loch in den Kirchenkassen zu schließen. Erstens. Die Kirchen könnten Mitgliedsbeiträge erheben. Nirgendwo steht geschrieben, dass sie sich durch Kirchensteuern finanzieren müssen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Die Sätze für die Kirchensteuer könnten angehoben werden. Hierzu sagte Dr. Zeitler, ein Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands, in einer Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages:

„Es gab die Befürchtungen, dass dann die Schlagzeilen folgen: ‘Die Kirchen heben die Kirchensteuer an!’ Das war der wesentliche, ausschlaggebende Punkt zu sagen, dass das im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der richtige Weg ist.“

Herr Kollege Neugebauer, ich bin Mitglied der evangelischen Kirche. Ich zahle meine Kirchensteuer. Ich zahle sie auch gern. Ich arbeite seit langem in einem Kirchenvorstand. Ich bin aber dagegen, dass sich die Kirchen auch in diesem Punkt aus der Verantwortung stehlen und die Folgen wieder der politischen Klasse aufbürden wollen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Zusammenhang - darauf weise ich ausdrücklich hin - ist ein Beitrag aus dem „Spiegel“ vom 3. Dezember 2001, Seite 56 ff., interessant, wonach jetzt wissenschaftlich belegt ist, dass die deutschen Kirchen die reichsten Unternehmer des Landes sind, Vermögen netto: 981 Milliarden DM. Auch hier bieten sich sicherlich zusätzliche Einnahmequellen an.

Es gibt also **Alternativen**, sie sind den Kirchen anscheinend nur zu transparent und für die offene Gesellschaft so nicht hinnehmbar. Die Kirchen haben Angst, ihre Mitglieder würden sich gegen offenen Beitragserhöhungen wehren oder austreten. Das kann aber kein sachlicher Grund dafür sein, dass die Ministerin diese Alternative dem Parlament nicht offen legt. Warum sind diese Alternativen nicht genannt worden?

Vielleicht liegt der Grund auch hier: Am 30. März 2001 hat die Ministerin das 7. Kirchensteueränderungsgesetz der Nordelbischen Kirche vom 3. Februar 2001 genehmigt, das rückwirkend zum 1. Januar 2001 in Kraft trat. Dort wird in Artikel 1 Nr. 1 b) das vorweggenommen, worüber wir heute eigentlich erst beschließen sollen. Folglich hat das Ministerium ohne Ermächtigungsgrundlage gehandelt. Das ist, Frau Ministerin - das sage ich, ohne dass das ein persönlicher Angriff ist -, ein **Verfassungsbruch**.

(Beifall bei FDP und CDU)

Übrigens ist die Anweisung des Finanzministers an die OFD ebenfalls ein Verfassungsbruch. Es gibt dazu eine einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die ausdrücklich belegt, dass die Finanzämter ohne eine entsprechende gesetzliche Grundlage nicht angewiesen werden dürfen, sich entsprechend zu verhalten.

(Klaus Schlie [CDU]: Zwei Verfassungsbrüche!)

Folglich - auch dies ist den beteiligten Ministerien bekannt gewesen - fragen wir uns natürlich: Was ist der Hintergrund?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich bin immer begeistert, dass bei mir bei null geklingelt wird, während bei anderen etwas später geklingelt wird. Das muss an mir liegen.

(Heiterkeit - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher wissen Sie das?)

- Weil der Kollege Hentschel immer darauf hinweist, dass er nur noch eine Sekunde hat.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Versuchen Sie, sich auf den letzten Satz zu konzentrieren.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich will den letzten Satz noch fertig sagen. Wir sollten in diesem Zusammenhang wirklich einmal darüber nachdenken, ob es so sinnvoll sein kann und darf, dass beispielsweise unser Finanzminister Mitglied des Hauptausschusses der kirchlichen Synode und damit auch gleichzeitig zuständig für die kirchlichen Finanzen ist. In diesem Zusammenhang kann er unter Umständen in einen Interessengegensatz geraten, der nicht so ganz glücklich ist.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wieso spricht Karl-Martin nicht dazu?)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, es tut mir tatsächlich Leid, dass Sie das Gefühl haben, in diesem hohen Haus nie angemessen zu Wort zu kommen. Ich glaube, dass wir alle uns im nächsten Jahr bessern werden.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Zu den Problemen des Gesetzes! Das erste Problem - Herr Kubicki hat das sehr deutlich angesprochen - ist die Frage, warum eigentlich die Kirche über die Kirchensteuer ihre **Mitgliedsbeiträge** einsammelt. Ich hielte es für besser, wenn wir eine klare Trennung hätten, wenn jeder, der in der Kirche ist, direkt an die Kirche zahlt und dies nicht über Steuern und Steuergesetzgebung läuft.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Das gäbe auch eine andere Klarheit, eine andere Entscheidungsmöglichkeit und vielleicht auch wieder eine direktere Verbindung derjenigen, die in der Kirche sind, zu der Kirche selbst.

Nun haben wir dieses vermischte System. Im Bundestag haben sich alle Fraktionen dafür entschieden, den Ländern diesen Weg der Kirchengesetzänderung einheitlich vorzuschlagen. Die anderen Länder werden dies alles umsetzen. Wir wollen in Schleswig-Holstein an dieser Stelle keinen Sonderweg gehen.

Natürlich können wir hier im Landtag im Rahmen der Gesetzgebung etwas anderes machen. Aber dann hätte man das auf Bundesebene politisch anders diskutieren müssen. Deshalb sage ich auch in Richtung FDP: Es

ist heute keine Zwangsveranstaltung, dies nachvollziehen zu müssen,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aber?)

aber wir vollziehen das, was politisch auf Bundesebene alle wollten, auch die FDP. Das muss man an dieser Stelle auch sagen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Das zweite Problem, das wir an dieser Stelle haben, ist die CDU. Die CDU hat starke innerparteiliche Probleme

(Zurufe von der CDU: Quatsch! - Thorsten Geißler [CDU]: Nein!)

bei der Diskussion der Kirchensteuer. Das Gesetz ist Anfang September eingebracht worden. Bis Mitte Dezember hatte die CDU noch keine klare Orientierung, ob und wie sie sich entscheiden wollte. Da gab es keine Meinung. Es wurde heiß diskutiert.

(Zuruf von der CDU)

- Natürlich wurde es heiß diskutiert. Ihr ehemaliger Finanzminister hat einen Brief geschrieben, der auch verumdruckt worden ist. Wenn das, was er geschrieben hat, stimmt, dürfte die CDU diesem Gesetz heute nicht zustimmen. Insofern frage ich Sie: Wenn Sie so große Bedenken haben, meine Damen und Herren von der CDU, warum stimmen Sie heute zu? Auch diese Frage muss hier beantwortet werden.

Das dritte Problem, das in der Diskussion deutlich geworden ist, ist das der Konnexität.

(Wortmeldung des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

- Herr Wiegard, Sie haben das Wort!

(Glocke des Präsidenten)

- Entschuldigung!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment, bitte! - Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegard?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Rainer Wiegard [CDU]: Frau Kollegin Heinold, ich hatte auch nur fünf Minuten Redezeit. Dennoch denke ich, einigermaßen deutlich gemacht zu haben, dass die steuersystematischen Probleme durch das Steuerrechtsänderungsgesetz die eigentliche Ur-

(Monika Heinold)

che sind und dass wir dem Gesetz unter Zurückstellung dieser Bedenken zustimmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie haben das Wort zu einer Frage.

Rainer Wiegard [CDU]: Ist das rübergekommen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Wiegard, das habe ich heute zur Kenntnis genommen. In den letzten Wochen, im Finanzausschuss hatten Sie noch andere Probleme. Das erste war, dass Sie das Verfahren kritisiert haben. Das haben Sie heute auch wieder getan. Auf die Steuergesetzgebung sind Sie dort nicht eingegangen.

Das zweite Problem, das Sie hatten, war, dass sich Ihre Fraktion nicht so recht entscheiden mochte. Das gibt es manchmal. Das kommt bei mir auch mal vor.

(Zurufe von der CDU)

- Ich mache mir immer Sorgen um die Opposition, weil ich - das habe ich schon oft gesagt - mir in diesem hohen Haus eine starke Opposition wünsche. Manchmal ist mir das nicht kräftig genug.

(Widerspruch bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu dem dritten Problem, das wir haben. Wenn Sie sich die Stellungnahme des Gemeindetages angucken, stellen Sie fest, dass er uns schreibt - das sollten wir hier nicht einfach ignorieren -, dass, wenn wir diese neue Regelung im Kirchensteuergesetz machen, dies das in der Landesverfassung verankerte **Prinzip der Konnexität** betraf. An dieser Stelle sage ich Folgendes. Wir sollten uns auch einmal über die Konnexität unterhalten, auch darüber, dass die CDU dieses Prinzip im Verhältnis Bund/Land fordert. Wenn die Änderung des Kirchensteuergesetzes für den Gemeindetag ein Signal ist, über Konnexität mehr Mittel in den Finanzausgleich zu fordern, wird Konnexität in diesem Land falsch verstanden. Ich wünschte mir auch von den anderen Fraktionen, dass sie etwas dazu sagen. Den Antrag, mit dieser Regelung mehr Geld in den kommunalen Finanzausgleich einzustellen, hat niemand gestellt, keine Fraktion. Sie schweigen das Thema einfach tot. Das geht nicht. Das zeigt aber, dass uns die Konnexität vor große Probleme aufgrund der Aufgabenverteilung, wie wir sie zwischen Bund, Land und Gemeinden haben, stellt.

Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Steuersenkungsgesetz vom 3. Oktober 2000 hatte naturgemäß Auswirkungen auf die Höhe der Kirchensteuer, da diese mit einem festen Prozentsatz - in Schleswig-Holstein beträgt dieser Satz zurzeit bekanntlich 9 % - automatisch auf die Lohnsteuer abgerechnet wird. Laut Presseberichten hat die Kirche durch diese Einkommensteuerreform dreistellige Millionenverluste erlitten. Deshalb hat der Bundestag einer Neufassung von § 51 des Einkommensteuergesetzes zugestimmt. Damit soll sichergestellt werden, dass bestimmte, ab dem Veranlagungszeitraum 2001 geltende Entlastungen des Steuergesetzes keine negativen Auswirkungen auf die Bemessungsgrundlage für die Kirchensteuer haben.

Allerdings hat der Bundesgesetzgeber festgelegt, dass die konkreten Regelungen auf Landesebene ausgestaltet werden sollen. Das ist heute Thema dieser Debatte. Deshalb gibt es den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Kirchensteuergesetzes. Es geht darum, den **finanziellen Verlust**, der den Kirchen durch die Einkommensteuerreform entstanden ist, auszugleichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns, das heißt bei den SSW-Abgeordneten, hat der Gesetzentwurf bei allem Wohlwollen, bei allem Verständnis der Kirche gegenüber längere Diskussionen ausgelöst. Wir haben uns gefragt, ob diese indirekte Kirchensteueränderung wirklich sinnvoll ist. Zum einen stellt sich die Frage, ob wir nicht als Gesetzgeber zu Recht erwarten können, dass die Kirchen ihre **Ausgabenpolitik** kritisch überprüfen, bevor sie weitere zusätzliche Einnahmen bekommen. Es war in den vergangenen Jahren nicht so, dass es den Kirchen an Einnahmen gemangelt hätte. Auch wir haben diesen interessanten „Spiegel“-Artikel gelesen. So ist es eine Tatsache, dass sich die Einnahmen der Kirchen aus der Kirchensteuer von 1968 bis 1998 mehr als verfünffacht haben. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 5,7 %, ist also weit mehr als die Inflationsrate oder die Steigerung der Arbeitnehmereinkommen. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass die Sozialarbeit der Kirchen, also ihre wirklich gute Arbeit, im Bereich der Kindertagesstätten oder der älteren Menschen überwiegend gar nicht aus der Kirchensteuer bezahlt wird. Kirchliche Krankenhäuser oder Altenheime finanzieren ihren Betrieb genauso wie öffentliche oder freie Träger, also völlig ohne Kirchensteuermittel.

(Anke Spoorendonk)

Man kann also zu Recht fragen, warum die Kirchen als Ausgleich für die fehlenden Kirchensteuereinnahmen entweder nicht ihre Ausgaben kürzen oder, wenn man meint, keine Kürzung vornehmen zu können, den Kirchensteuerhebesatz erhöhen.

Zum anderen spielt in unseren Diskussionen eine wichtige Rolle, ob nicht die Kirchen wie auch andere Bereiche die **gesellschaftliche Entwicklung** mittragen müssen.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment bitte. Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. Herr Abgeordneter Arp, sollen wir Ihnen für heute Nachmittag einen Drehstuhl einbauen lassen?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident, ich fahre in meiner Rede fort. - Eine Folge der Einkommensteuerreform, die bekanntlich zu Milliarden DM-Mindereinnahmen geführt hat, war unter anderem ein **Sparkurs** der öffentlichen Hand, von Bund, Ländern und Kommunen, der auch viele Organisationen, Vereine und Verbände in diesem Land hart getroffen hat.

Da stellt sich unserer Meinung nach die berechtigte Frage: Warum soll denn jetzt ausgerechnet die Kirche von dieser Entwicklung ausgenommen werden?

(Beifall beim SSW)

Drittens geben wir zu bedenken, dass der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag durch die Änderung des Kirchensteuergesetzes weitere **Einbußen für die kommunalen Haushalte** erwartet. Die aktuelle Haushaltssituation vieler Kommunen und Städte hier im Lande ist bekannt. Es mag sein, dass wir das aufgreifen sollten, was die Kollegin Heinold ansprach, nämlich uns noch einmal intensiv mit dem **Konnexitätsprinzip** zu beschäftigen.

Unter dem Strich betrachtet: Angesichts dieser Ungeheimheiten haben wir uns dafür entschieden, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Vorwurf der **Verfassungswidrigkeit** der Entscheidung, das Kirchensteueränderungsgesetz zu beschließen, muss ich mit Nachdruck zurückweisen, Herr Abgeordneter Wiegard oder - indirekt kam dies auch bei Ihnen zum Ausdruck - Herr Abgeordneter Kubicki. Ich stehe nun wirklich nicht an, mich für Fehler zu entschuldigen, aber hier bestand und besteht eine völlige Übereinstimmung mit der Auffassung des Finanzministers, dass mit der Entscheidung des Bundesgesetzgebers vom Dezember 2000 eine wesentliche **Leitentscheidung** getroffen worden ist und wir deswegen befugt waren, das 7. Kirchensteueränderungsgesetz der Nordelbischen Kirche zu genehmigen. Die Entscheidung des Landtages wird heute - ich bin froh, dass dies signalisiert worden ist - hoffentlich mit großer Mehrheit getroffen werden.

Meine Damen und Herren, es ist heute vielleicht nicht der Platz, manche Zwischentöne zur finanziellen Situation der Kirchen, die heute geäußert worden sind, zu kommentieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es ist kurz vor Weihnachten! Das ist schlecht!)

- Manche Leute nehmen die Kirche doch nur zu Weihnachten wahr, Herr Kayenburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Leider ja!)

- Das ist leider so, ja.

Es bleibt trotzdem darauf hinzuweisen, dass die Kirche bei der Finanzierung ihrer Aufgaben zu 80 % von der Kirchensteuer abhängig ist. Für viele Menschen ist dies auch die einzige Steuer, die sie gern zahlen, weil es eine freiwillige ist und weil es eine ist, die eigentlich gar keine Steuer ist, sondern ein **Beitrag für die Mitgliedschaft** in einer Glaubensgemeinschaft. Man leistet diesen Beitrag aus guten Gründen, weil es nicht nur um die soziale und seelsorgerische und im engeren Sinne kirchliche Arbeit geht, sondern nach meiner Auffassung auch um einen Beitrag zum Zusammenhalt dieser Gesellschaft, den die Kirche leistet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich sage dies - Frau Abgeordnete, Sie müssen sich davon nicht angesprochen fühlen -, weil in dieser gesamten Debatte gelegentlich so ein Unterton zu hören gewesen ist, dass die Nordelbische Kirche den Verlust an Steuern, der sich ergäbe, wenn wir die Vorlage heute nicht beschließen sollten, so einfach ausgleichen könnte, ohne Abstriche in der kirchlichen Arbeit vorzunehmen, weil die Kirche finanziell offenbar in einer

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

sehr gesunden Lage sei. Dies kann man nun wirklich nicht sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Ich verstehe leider nicht, was Sie sagen. Sie müssten dann schon einen Beitrag leisten. - Ich habe den Eindruck, dass Sie nicht verstehen, was ich jetzt meine. Ich hebe jetzt nicht unmittelbar auf die Frage ab, die Herr Wiegard angesprochen hat, sondern auf andere Beiträge, die hier geleistet worden sind.

Meine Damen und Herren, es handelt sich um eine **Anpassung** und nichts sonst. Dieses Gesetz entspricht natürlich einem Anliegen, das die Kirchen an uns herangetragen haben. Es beseitigt Nachteile für die Kirchen, die durch die Steuerreform entstanden waren. Ich bin froh, dass diese schwierige Debatte jetzt zu einem Ende gekommen ist. Die Landesregierung hat im Finanzausschuss alles Notwendige dazu gesagt. Der Finanzminister wird noch etwas zu den steuertechnischen Fragen sagen. Ich bedanke mich dafür, dass alle Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf signalisiert haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir nicht!)

Ich finde - um auf Ihren Beitrag, Herr Kayenburg, zurückzukommen - es gut, dass wir dies vor Weihnachten über die Bühne bekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach unserem berühmten Paragrafen hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Frau Ministerin! Sehr verehrter Herr Finanzminister, auch Sie können vielleicht noch dazu Stellung nehmen. Ich möchte nicht im Raum stehen lassen, was Sie erklärt haben, Frau Ministerin. Ich weise auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 1965 - 1 BvR 556/58 - hin. Ich lese nur den Leitsatz vor:

„Staatliche Behörden dürfen kirchliche Steuergesetze, die einer landesgesetzlichen Grundlage entbehren, nicht anwenden.“

Daraus folgt unmissverständlich - darüber sollten wir uns nicht streiten -, dass weder Sie berechtigt waren, etwas zu genehmigen, weil die landesgesetzliche Grundlage noch nicht da war, noch der Finanzminister berechtigt war, die Finanzämter anzuweisen, bereits so zu verfahren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieses hohe Haus schafft jetzt die Grundlage und heilt damit etwas, was sonst ein Problem gewesen wäre. Aber hier zu sagen, Sie hätten ordnungsgemäß gehandelt, widerspricht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und ist damit tatsächlich verfassungswidrig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Finanzminister.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, Sie sollten die Verfassungskeule hier nicht zu oft schwingen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben Angst davor! Das ist schon klar!)

Ich will die Angelegenheit aus meiner Sicht der Historie etwas beleuchten. Herr Wiegard, ich teile Ihre Auffassung, dass hier ein steuersystematisches Problem, das besteht, geheilt wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ein rechtliches Problem!)

- Darf ich einmal auf Ihren Kollegen Wiegard eingehen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Genehmigt!)

Sie sagen, der Grund für dieses Problem bestehe darin, dass man den Wechsel zum Halbeinkünfteverfahren vollzogen habe. Es liegt aber noch ein anderes Problem dahinter, das die Kirchen seit langem beschäftigt. Der Trend geht bei uns hin zu mehr Verbrauchssteuern, weil alle der Auffassung sind, dass der Spitzensteuersatz und der Eingangsteuersatz gesenkt werden sollten. Dies betrifft in jedem Fall auch die Kirchensteuer, das bleibt auch so. In dieser Diskussion hat, ich glaube, Herr Professor Blaschke, vorgeschlagen, dass die **Bemessungsgrundlage** für die Kirchensteuer nicht mehr die Einkommensteuer, sondern vielleicht die **Umsatzsteuer** sein sollte. Diese Diskussion ist zwischen den Kirchen tot. Dabei soll es auch bleiben.

Nur weil wir, der Staat, aus Praktikabilitätsgründen das Kindergeld von der Einkommensteuer abziehen und nur weil wir aus Praktikabilitätsgründen die Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer verrechnen, kommt es zu Steuermindereinnahmen für die Kirchen. Das wurde in trauter Einigkeit vorgetragen und das hat den Bundesgesetzgeber überzeugt. Deshalb hat er gesagt, dass die Kirchen nicht schlechter gestellt werden sollen. Der Bund hat sehr wohl gewusst, dass das im Landesrecht nachvollzogen werden muss; genau

(Minister Claus Möller)

das hat er in der Finanzministerkonferenz vorgetragen. Die Länder haben dann unisono - Sie kennen ja die Dokumente, aus denen sich ergibt, wer sich alles dafür ausgesprochen hat - die Zusage gemacht, das im Landesrecht nachzuvollziehen. Der Fairness halber muss man das einmal sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Die Steuermindereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden sind im Finanztableau berücksichtigt worden, als es um das Steuerentlastungsgesetz ging. Es ist verabredet worden, dass die Neuregelung rückwirkend ab dem 1. Januar 2001 zur Anwendung kommt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, bitte kommen Sie zum Schluss.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Da die Einkommensteuer im Jahre 2001 ja nur vorläufig erhoben wird und erst im Jahre 2002 endgültig festgesetzt wird, war diese Entscheidung, wie ich denke, aus pragmatischen Gründen richtig. Denn durch die endgültigen Einkommensteuerbescheide kann es ja noch immer zu einer Heilung kommen, sollte nun noch eine andere Entscheidung getroffen werden.

Es handelt sich um ein wichtiges Anliegen nicht nur der Kirchen, sondern auch des Bundestages - und dort aller Fraktionen -, des Bundesrates und aller Länder. Sie alle wollen es in dieser Form nachvollziehen. Deshalb plädiere auch ich dafür und bitte Sie, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das hat den Redezeitrahmen nun doch etwas gesprengt. Die Diskussion ist neu eröffnet. Wird das Wort aus den Fraktionen gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung des SSW angenommen.

Angesichts der vorgerückten Zeit sollten wir keinen Tagesordnungspunkt mit Aussprache mehr aufrufen. Deshalb kommen wir zu den Abstimmungen über Tagesordnungspunkte ohne Aussprache.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/738

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/1365

Das Wort hat Herr Berichterstatter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist diesem Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP gegen die Stimmen der CDU gefolgt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung eines Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken
Drucksache 15/1157

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/1389

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm, das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt im Einvernehmen mit dem beteiligten Ausschuss dem Landtag folgende Beschlussempfehlung:

Erstens. Der Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken wird mit der Maßgabe angenommen, dass § 5 a folgende Fassung erhält: „Die Öffnung von Videotheken an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen ist ab 13 Uhr zuzulassen.“
Zweitens. Die Landesregierung wird aufgefordert, die

(Monika Schwalm)

Bedarfsgewerbeverordnung wie folgt zu ändern: In § 1 Abs. 1 wird eine neue Nummer 11 „in Videotheken“ eingefügt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Das Wort zum Bericht wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken in Drucksache 15/1157 in der vom Ausschuss empfohlenen und von der Berichterstatterin vorgetragenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist bei einigen Enthaltungen in der CDU-Fraktion so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers der Nordsee und der Elbmündung sowie zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1302

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/1391

Das Wort hat die Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordnete Schwalm.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Das Wort zum Bericht wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann lasse ich über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Neubesetzung für den Stiftungsrat der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/1387

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir einstimmig gewählt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

VBL

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1393

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir diesen Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Einführung von DVB-T

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1420

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1421

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung haben wir den Antrag angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Gesamtschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1422

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und CDU bei Gegenstimmen der FDP und einer Stimmenthaltung aus den Reihen der CDU angenommen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Neufassung der Lehrerarbeitszeit

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1054 (neu)

Bericht der Landesregierung

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/1366

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist auch zu diesem Punkt nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt also, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Nachwuchssicherung an beruflichen Schulen - Wege öffnen für Quereinsteiger

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1057

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/1367

Ich erteile das Wort erneut dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, Punkt 1 unverändert und unter Punkt 2 des Antrages den ersten Satz anzunehmen. Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, Punkt 3 des Antrages abzulehnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke, Herr Berichterstatter. Das Wort zum Bericht wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag der Fraktion der

CDU in der eben vorgetragenen vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Erhalt von Sprachheilgrundschulen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/916

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/1368

Das Wort hat erneut der Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke, Herr Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Empfehlung des Ausschusses, den Antrag abzulehnen, abstimmen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Ablehnung ist erfolgt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/514

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/536

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/1369

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

CDU empfiehlt der Ausschuss, den CDU-Antrag abzulehnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Können wir in einem Gang darüber abstimmen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag abzulehnen?

(Wortmeldung des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Nein, dann stimmen wir zunächst über die Kenntnisnahme ab. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wollen Sie etwas zum Bericht sagen?

(Jost de Jager [CDU]: Zum Bericht!)

Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der Aussprache zum Bericht namens der CDU-Fraktion sagen, dass wir über die Art und Weise, wie das Thema behandelt wurde, und die Tatsache, dass wir heute nicht darüber diskutieren können, hochgradig befremdet sind. Wir haben diesen Antrag ein Jahr lang debattiert und haben eine ganztägige Anhörung zu dem Thema Fremdsprachenunterricht an Grundschulen durchgeführt. Wir sind der Auffassung, dass es angemessen gewesen wäre - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter de Jager, Sie haben nur die Möglichkeit, zum Bericht zu sprechen. Sie dürfen hier nur etwas zum Bericht des Ausschussvorsitzenden sagen.

(Unruhe)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Wollen Sie etwas zum Bericht sagen?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Entschuldigung, Herr Präsident, ich möchte zum Bericht gern ergänzend mitteilen, dass auch die CDU-Fraktion im Ältestenrat keine Redezeit zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt hat.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Maurus!

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Ich darf daran erinnern, dass ich im Ältestenrat fünf Minuten Redezeit beantragt habe, aber die Mehrheit auf eine Aussprache verzichten wollte.

(Zurufe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das ist alles richtig. Trotzdem ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Nach der Ausschussempfehlung haben wir erstens den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Bericht wird bei einigen Stimmenthaltungen aus der CDU-Fraktion zur Kenntnis genommen.

Zweitens empfiehlt der Ausschuss, den CDU-Antrag abzulehnen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2000

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie

Drucksache 15/1372

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Vierter Bericht der Informations- und Dokumentationsstelle über die Tätigkeiten von Sekten und sektenähnlichen Vereinigungen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1303

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/1392

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordnete Schwalm.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke, Frau Berichterstatterin. Das Wort zum Bericht wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Kenntnisnahme ist empfohlen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Schaustellergewerbe fördern

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/807

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 15/839

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 15/1407

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Abgeordneten Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht zur Berichterstattung, sondern zum Abstimmungsverhalten der CDU. Wir werden uns bei dem Punkt der Stimme enthalten. Die wenigen guten Vorschläge der Regierungskoalition werden wir unterstützen, aber unser Antrag ist weiter gehend. Wir werden darüber sicherlich noch einmal diskutieren. Wir wollen in dem Fall nicht blockieren und enthalten uns daher der Stimme.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Erst einmal danke schön für den Bericht. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/807, soll angenommen und der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 15/839, abgelehnt werden. Das ist die Empfehlung des Ausschusses. - Herr Abgeordneter Maurus zur Geschäftsordnung!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist heute bloß mit der CDU los?)

Heinz Maurus [CDU]:

Die CDU ist vollkommen auf Kurs.

(Unruhe)

Es gibt zwei Möglichkeiten des Abstimmens. Einerseits könnten wir natürlich über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen, andererseits könnten wir über beide Anträge alternativ abstimmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie schlagen also alternative Abstimmung vor?

(Zustimmung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] - Unruhe)

Wenn dem nicht widersprochen wird, werden wir so verfahren. Ich frage zunächst, wer dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/807, zustimmen will. - Wer dem Antrag von CDU und FDP, Drucksache 15/839, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Antrag Drucksache 15/807 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Der Stimme enthalten haben sich die Abgeordneten des SSW.

(Unruhe)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 38 und 39 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1181

Bericht der Landesregierung

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses
Drucksache 15/1410

b) Fördermittel für Investitionen im Rahmen der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1265

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses
Drucksache 15/1411

Ich erteile dem Berichterstatter des Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp, das Wort.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Anträge für erledigt zu erklären.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke, Herr Berichterstatter. Es liegen keine Wortmeldungen zum Bericht vor. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer dem eben vorgetragenen Votum des Ausschusses folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit haben wir beide Anträge einstimmig für erledigt erklärt.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung 13:00 bis 15:02 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Zunächst begrüße ich Besucher. Auf der Tribüne haben sich Mitglieder des Unteroffizierlehrgangs der Heeresflugabwehrschule, 4. Inspektion, Todendorf eingefunden. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenso begrüße ich Referendare des Innenministeriums Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9, 41, 42 und 43 in verbundener Debatte auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1399

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1452

b) Qualität und Kontrolle in Pflegeeinrichtungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/732

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/1415

c) Qualität in der Pflege

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1187

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1237

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/1416

d) Heimaufsicht in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1231

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/1417

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran, zu den Tagesordnungspunkten 41 bis 43 das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen liegen hierzu drei Drucksachen vor, die als Empfehlung des Sozialausschusses gelten. Zur Drucksache 15/1415: Hier empfiehlt der Sozialausschuss einstimmig, den damals gestellten Antrag für erledigt zu erklären. Mit der Drucksache 15/1416, die sich mit der Qualität in der Pflege befasst, empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU, den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert anzunehmen.

Zur Drucksache 15/1417: Hier geht es um die Heimaufsicht in Schleswig-Holstein. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP, den Antrag unverändert anzunehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, Frau Moser, das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf schlägt die Landesregierung unter Berücksichtigung der inzwischen knapp sechsjährigen Erfahrung neben einigen kleineren notwendigen Korrekturen zwei wesentliche Änderungen des 1996 beschlossenen **Landespflegegesetzes** vor. Die wichtigste Änderung ist aus unserer Sicht, dass künftig vorhandenes Vermögen bei der Gewährung von **Pflegewohngeld** berücksichtigt werden soll.

Nachdem die Vermögensbildung künftig zu den staatlich geförderten Elementen der Alterssicherung gehört und auch die zum 1. Januar 2003 eingeführte bedarfs-

(Ministerin Heide Moser)

orientierte Grundsicherung die Berücksichtigung von Vermögen vorsieht, ist es aus unserer Sicht nur konsequent, beim einkommensabhängigen Pflegegeld entsprechend zu verfahren. Wir kommen damit zu einem noch zielgenaueren Einsatz öffentlicher Mittel, weil wir staatliche Leistungen auf diejenigen beschränken, die diese Hilfen wirklich benötigen.

Zu einem etwaigen Vorwurf, das Land spare hier bei einer besonders bedürftigen und schutzwürdigen Personengruppe, sage ich, dass die Landesregierung nicht beabsichtigt, die durch diese Gesetzesänderung eingesparten Mittel sozusagen auf dem Sparaltar zu opfern. Das Geld bleibt in voller Höhe für Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur erhalten. Ich halte das - gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel - für ein ganz wichtiges sozialpolitisches Signal.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite wichtige Änderung betrifft den Verzicht auf die bisher vorgesehene Aufstellung und jährliche Fortschreibung des **Förderplans**. Dieser Verzicht dient der Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens, der Vereinfachung und der Flexibilität. Aus unserer Sicht reicht die einzelfallbezogene Abstimmung zwischen dem Kreis, dem Ministerium und dem Landespflegeausschuss. Ich darf anmerken, dass wir parallel zum Gesetzgebungsverfahren die notwendige Änderung der Landespflegegesetzverordnung in der Weise vorbereiten, dass wir in der Lage sind, diese Änderung unmittelbar nach der zweiten Lesung zu beschließen.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass die vorgesehene Gesetzesänderung und auch die Verordnungsänderung einvernehmlich mit Städteverband und Landkreistag entwickelt worden sind. Ich glaube, gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die im Bereich Pflege und Pflegeversicherung noch auf uns zukommen, ist es ganz wichtig, dass wir den Konsens zwischen Land und Kommunen in Sachen Pflege aufrechterhalten und pflegen. Das ist politisch und fachlich geboten.

Lassen Sie mich auch im Hinblick auf die zur Diskussion gestellten Anträge sagen: Ich glaube, dass zwischenzeitlich alle Gutwilligen darin übereinstimmen, dass wir in Schleswig-Holstein in Bezug auf das Thema Pflege auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage dies trotz und vielleicht auch wegen der immer wieder zu beklagenden Vorkommnisse. Ich weise nur auf die zuletzt in Kiel berichteten Ereignisse hin. Wir greifen die Probleme auf. Wir benennen sie. Wir belassen es aber nicht dabei. Wir zeigen auch Lö-

sungswege auf. Diese Lösungswege werden aber länger und steiniger sein, als manche es glauben oder wahrhaben wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin und eröffne die Aussprache. Ich erteile der Frau Abgeordneten Kleiner das Wort.

Helga Kleiner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In verbundener Debatte mit der ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes sollen die drei Anträge Qualität und Kontrolle in Pflegeeinrichtungen, Qualität in der Pflege und Heimaufsicht in Schleswig-Holstein behandelt werden, über die wir hier im Parlament schon sehr kontrovers diskutiert haben.

Für die CDU-Mitglieder war es hoch bedauerlich, dass es uns auch im Sozialausschuss nicht gelungen ist, auf meine Fragen zum Handlungskonzept von der Sozialministerin adäquat Antwort zu bekommen. Die CDU-Fraktion hält daher eine neuerliche Debatte heute im Parlament für zwecklos.

Ich beschränke mich also auf das Landespflegegesetz, möchte aber noch anfügen: Gutwillig bin auch ich.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zielt auf drei Punkte ab. Erstens. Die Landesregierung will, dass § 4 Abs. 2 des Landespflegegesetzes ersatzlos gestrichen wird. Sie möchte sich also von dem jährlich von ihr fortzuschreibenden **Förderplan** verabschieden. Zur Begründung - wir hörten dazu eben auch schon einen Satz - führt sie an: Die Aufstellung eines Förderplans sei nach den bisherigen Erfahrungen entbehrlich. Es reiche aus, die vorgesehenen Fördermaßnahmen zwischen dem Sozialministerium und den Kreisen sowie den kreisfreien Städten einzelfallbezogen und unter Beteiligung des Landespflegeausschusses abzustimmen.

Dieses Argument überzeugt die CDU-Fraktion nicht. Gerade in haushaltspolitisch schwierigen Zeiten halten wir es für geboten, dass notwendige Fördermaßnahmen aufgrund eines längerfristigen **Konzeptes** geplant und durchgeführt werden. Die generelle Abschaffung des Förderplans mag für die Verwaltung bequem sein, würde aber die Möglichkeiten der Opposition beeinträchtigen, sich mit der Förderpolitik der Landesregierung parlamentarisch zu befassen.

Zweitens. Die Landesregierung will, dass in § 7 Abs. 1 des Landespflegegesetzes als neue Nummer 4 einge-

(Helga Kleiner)

fügt wird: „Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität“. Sie möchte also, dass künftig auch hierfür **Zuschüsse** gewährt werden können.

Wir begrüßen diese Absicht ausdrücklich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Die Landesregierung nimmt damit den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion vom 12. April 2000 - nicht 2001 - wieder auf.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da haben die nicht geklatscht!)

Meine Fraktion hat schon damals diesen FDP-Antrag unterstützt. Der Kollege Beran hat es früher allerdings ganz anders gesehen, nachzulesen auch im „sib“ vom 10. Mai 2000. Ich bin gespannt, ob der Kollege Beran auch jetzt noch an seiner früheren Meinung festhält.

Drittens. Der Schwerpunkt des Gesetzentwurfes betrifft jedoch eine grundlegende Änderung des **Pflegewohngeldes**. Das ist auch der Hauptpunkt im von der FDP neu vorgelegten Änderungsantrag. Die Landesregierung will zwar an der jetzigen bewohnerbezogenen Förderung festhalten, es soll aber künftig die bisherige Nichtberücksichtigung von Vermögen bei der Gewährung von Pflegewohngeld entfallen. Sie will jetzt also - wirtschaftlich gesehen - auf das Vermögen der Bezieher von Pflegewohngeld zugreifen können, und zwar in dem Umfang, wie es die örtlichen Sozialhilfeträger bei der Zahlung von Sozialhilfe können.

Die Landesregierung hält diese von ihr angestrebte Änderung - wie sie in ihrer Begründung formuliert - unter **Subsidiaritätsaspekten** sowie angesichts der Finanzlage der öffentlichen Haushalte für gerechtfertigt. Sie fügt hinzu: Diese Regelung folge damit einer auch in anderen Bereichen sich vollziehenden Entwicklung. So gehöre die Bildung von Vermögen künftig zu den staatlich geförderten Elementen der Alterssicherung und sei damit Teil der individuellen Vorsorge. So sehe auch die zum 1. Januar 2003 in Kraft tretende bedarfsorientierte Grundsicherung die Berücksichtigung von Vermögen vor.

Meine Damen und Herren, die Abfassung von Gesetzesbegründungen gehört bekanntlich zur hohen Kunst der Ministerialbeamten. Die Sozialministerin wäre aber gut beraten, künftig sorgfältig darauf zu achten, dass sich hier keine Halbwahrheiten einschleichen. Es gibt nämlich einen substantziellen Unterschied zwischen der herkömmlichen Vermögensbildung - hier spart man oft genug unter persönlichen Einschränkungen für plötzlich notwendig werdende Ausgaben - und

der neu eingeführten Vermögensbildung mit staatlichen Zuschüssen als zweiter Säule der allgemeinen **Alterssicherung**. Auch der Hinweis auf die künftige bedarfsorientierte Grundsicherung geht fehl; denn sie ist in ihrem Kern Sozialhilfe.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wenn Sie bitte zum Schluss kommen!

Helga Kleiner [CDU]:

Ja, ich muss mich dem Ende nähern.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war sehr zurückhaltend formuliert.

Helga Kleiner [CDU]:

Es ist ja immer traurig. Das ist ein so komplexes Thema. Nun habe ich schon die drei Anträge weggelassen und trotzdem reicht die Zeit nicht.

(Heiterkeit)

Als Schlusssatz möchte ich dann noch kurz sagen: Wenn der Staat Leistungen an die Bürgerinnen und Bürger einschränken will, sollte er dies der Öffentlichkeit klar und unverblümt sagen.

Ich beantrage Ausschussüberweisung.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Beran das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Pflege hat in den vergangenen Monaten in vielen Variationen in Landtagsdebatten viel Raum eingenommen. Das war auch gut so. So konnten wir Sozialpolitiker auf Mängel hinweisen, auf positive Entwicklungen aufmerksam machen und die im Bereich der Pflege tätigen Menschen versuchen zu motivieren, sich weiterhin zu engagieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gewünscht hätte ich mir, dass die so genannten Printmedien hierüber in dem gleichen Umfang berichtet

(Andreas Beran)

hätten, wie sie es immer wieder über die Negativbeispiele getan haben

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

und sicherlich auch weiterhin tun werden. So hätte es die auswärtige, in einer Pflegeeinrichtung durchgeführte Sitzung des Sozialausschusses verdient gehabt, mehr Beachtung zu finden. Ich danke daher ausdrücklich dem NDR und der „Norderstedter Zeitung“ dafür, dass sie hier die rühmliche Ausnahme darstellten.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD], Torsten Geerds [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle einen kleinen Einschub machen: Um 17:00 Uhr werden sich vor dem Landeshaus Pflegekräfte versammeln, um auf ihre schwierige berufliche und belastende Situation aufmerksam zu machen. Ich finde diese Aktion wichtig. Die Öffentlichkeit muss mit solchen Aktionen auf die Probleme in der Pflege aufmerksam gemacht werden. Selten habe ich im Beruf so engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angetroffen, die ohne Rücksicht auf ihre private Situation oder gar ihre Gesundheit so viel Einsatz zeigen. Ich weiß von dem großen Engagement eines Großteils dieser Pflegekräfte, die die Situation der Pflege verbessern wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Heute wird seitens der Regierung ein Änderungsgesetz zum Landespflegegesetz eingebracht; dies nicht etwa, weil das bestehende Gesetz nicht gut oder ausreichend war, sondern deshalb, weil es erforderlich ist, es zu modifizieren. So soll es den heutigen - auch finanzpolitischen - Anforderungen angepasst werden und es soll zu **Verfahrenserleichterungen** bei der Gewährung von **Zuschüssen** kommen. Diese Form der **Evaluation** nach nun sechs Jahren finde ich richtig und meine, dass sie künftig auch weiterhin regelmäßig stattfinden müsste.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Vielleicht ist es gut, an dieser Stelle auch einmal darauf hinzuweisen, dass sich die von den Oppositionsparteien in der Landtagsdebatte im Januar 1996 vortragenen Kritikpunkte zum Landespflegegesetz auch in der Praxis als haltlos erwiesen haben. Sowohl die Zuständigkeitsregelung der Planungs- und Sicherstellungskompetenz zugunsten der **Kreisebene** als auch die Rahmenverantwortung des **Landespflegeaus-**

schusses haben sich bewährt. Bewährt hat sich auch das Pflegewohngeld, das sich auch in der Fachdiskussion als sozialpolitisch bessere Alternative gegenüber der direkten Förderung oder auch der Objektförderung erwiesen hat, wie Sie es in der Begründung zum Änderungsgesetz auch nachlesen können.

Ich finde es richtig, dass an der Gewährung von **Pflegewohngeld** festgehalten wird. Wenn es nun angesichts der Finanzlage der öffentlichen Haushalte geboten ist, das bisher nicht berücksichtigte **Vermögen** der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegewohngeld bei der Gewährung zu berücksichtigen, so kann ich das nur unterstützen. Finanziell entlastet werden hier zum größten Teil die Kreise und kreisfreien Städte, aber auch das Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiterer Punkt sollte nicht unerwähnt bleiben: Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig auf die Aufstellung und Fortschreibung von **Förderplänen** verzichtet werden soll, die bisher die Grundlage für die Bewilligung von Zuschüssen darstellten. Dies begrüße ich, weil es zur Verwaltungsvereinfachung führt, ohne dass es dadurch zu Qualitätsverlusten kommt.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Erweiterung des § 7 Landespflegegesetz eingehen. Dieser Paragraph zählt auf, welche Maßnahmen zur **Verbesserung der Pflegesituation** im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gefördert werden können. Obwohl die Landesregierung bereits in den vergangenen Jahren durch die Pflegequalitätsoffensive Erhebliches geleistet hat, soll dieser Paragraph um den Passus „Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität“ erweitert werden. Ich bin der Auffassung, dass damit auch dem Anliegen der FDP aus dem Jahr 2000 Genüge getan ist. Näheres hierzu können wir noch im Sozialausschuss beraten.

Ich beantrage daher für die SPD-Fraktion Überweisung an den Sozialausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Beran, ich werde das eine oder andere, was Sie hier erzählt haben, gleich richtigstellen. Ich will auch gleich sagen, dass ich mich auf einen einzigen Punkt beschränke, nämlich das **Pflegewohngeld**. Sehr geehrte Frau Ministerin Moser, ich gebe Ihnen Recht, dass die Gesetzesänderung ein richtiger Schritt

(Dr. Heiner Garg)

ist, aber es ist eben nur ein halber Schritt, er wird nicht konsequent vollzogen. Warum, sage ich Ihnen gleich.

(Beifall bei der FDP)

Der durch das Sozialministerium vorgelegte Entwurf hat nichts an der Tatsache geändert, dass es sich bei dem so genannten Pflegewohngeld nach unserer Auffassung nach wie vor sowohl um eine gesetzssystematische als auch um eine sozialpolitische Mogelpackung handelt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, der endlich unmissverständlich klarstellen soll, dass es sich beim Pflegewohngeld tatsächlich um eine **Subjektförderung** handelt; denn, lieber Kollege Beran, in § 6 Landespflegegesetz werden so genannte Investitionsaufwendungen geregelt. Nach der Systematik des Gesetzes regelt § 6 Landespflegegesetz somit die Objektförderung, so wie es nach der gesetzlichen Aufgabenverteilung des SGB XI auch gewollt ist. Das Land hat nach der Aufgabenstellung des § 9 SGB XI die Versorgungsstruktur im Bereich der Pflege zu gewährleisten, und dazu gehört selbstverständlich auch die Förderung der Einrichtungen. In § 6 Abs. 4 Landespflegegesetz werden aber indirekt, lieber Kollege Beran, und somit nicht **gesetzsystematisch Voraussetzungen** für eine Subjektförderung implementiert. Träger von Einrichtungen bekommen zusätzliche Gelder aus dem Bereich der Objektförderung, obwohl eine Subjektförderung und somit die finanzielle Entlastung einzelner Heimbewohner gewollt ist. Dies wird auch aus der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung deutlich.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf ändert daran aber grundsätzlich nichts. Obwohl eine Subjektförderung gewollt ist, wird weiterhin eine Objektförderung betrieben. Unser Gesetzentwurf soll deshalb klarstellen, dass nicht die Träger von Einrichtungen der stationären Pflege für ihre Aufwendungen etwas bekommen sollen, sondern die Heimbewohner selbst.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, damit wir keinen falschen Ton in die Debatte bekommen, eines ganz klarstellen. Es geht mir nicht um das Prinzip - -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Na, na!)

- Nein, Kollege Baasch, ich meine es ernst. Vielleicht sind Sie so nett, mir bis zum Ende zuzuhören. - Es geht mir um eine ganz grundsätzliche Frage: Wie transparent sind eigentlich Sozialtransfers?

(Beifall bei der FDP)

Wenn es hier um das Prinzip, um die reine Gesetzes-systematik ginge, dann würde mir sogar Frau Moser zustimmen, dass es jedenfalls unserer Auffassung nach konsequent wäre, das Pflegewohngeld abzuschaffen, weil es nicht gesetzssystematisch ist. Darum geht es aber nicht. Möglicherweise wissen Sie, dass man bereits in den 70-er und auch später in den 90-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts versucht hat, die Wirkungen von **Sozialtransfers** zu messen, das heißt konkret die Frage zu beantworten: Was kommt eigentlich bei wem an? Anders ausgedrückt: Kommt das, was gut gemeint ist, auch tatsächlich bei denen an, für die es gedacht ist? Diese Messung hat meistens nicht geklappt. Dies lag vor allem daran, dass bestimmte Grundsätze bei Sozialtransfers systematisch, zum Teil auch sozialpolitisch motiviert und gewollt durchbrochen wurden.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich darf doch um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Genau diese Durchbrechung kann manchmal gewollt sein, führt aber dazu, dass Sozialtransfers nicht mehr nachvollziehbar sind und man nicht mehr klar sagen kann, dass das, was für jene betroffene Gruppe gewollt ist, bei ihr auch wirklich ankommt. Sie haben jetzt in einem ganz kleinen Bereich auf der Landesebene die Chance, diesen Dschungel ein ganz kleines Stückchen zu lichten, indem wir nämlich klipp und klar sagen: Wenn wir die Förderung von entsprechend Bedürftigen wollen, dann sollen sie auch unmittelbar in den Genuss dieser Förderung kommen und nicht die Träger der Einrichtungen. Wenn man dies will, dann muss man dies auch in das Gesetz hineinschreiben, und dann müsste man unserem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf auch zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Denn sonst haben wir wieder nicht das, was ursprünglich gewollt war.

Liebe Frau Sozialministerin Moser, Ihren Ausführungen zum Subsidiaritätsprinzip beim Pflegewohngeld kann ich mich nur anschließen, aber auch da müssen wir dann ganz konsequent sein.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wir müssen im Ausschuss noch einmal darüber sprechen, wie konsequent Ihre Forderung nach **Subsidiarität** in letzter Konsequenz tatsächlich ist.

(Dr. Heiner Garg)

Herr Präsident, dies ist mein letzter Satz - eine Bitte für die zukünftige Argumentation -: Machen wir nicht den Fehler, den die Blüms und Dresslers im vergangenen Jahrhundert gemacht haben und stigmatisieren weiterhin den Sozialhilfebezug insbesondere bei Pflegebedürftigen, um eine Versicherung zu rechtfertigen, deren Probleme jetzt offen zutage treten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon oft haben wir das Thema Pflege in diesem Haus diskutiert, meistens unter dem kritischen Blick in Bezug auf Qualität, Kontrolle und Missstände. Heute haben wir ein ganzes Bündel von Themen vorliegen. Ich möchte mich, weil wir über Qualitätssicherung und Heimaufsicht schon häufiger gesprochen haben, auf die neuen Aspekte beschränken.

Vorab: Ich freue mich, dass in dem Entwurf der Ministerin auch der schon etwas angestaubte Änderungsantrag der - FDP Drucksache 15/29 - aufgegriffen wurde. Schon damals hatte ich die Auffassung geäußert, dass eine ausdrückliche Aufnahme von Maßnahmen zur **Sicherstellung und Kontrolle** der Qualität in der **Pflege** in § 7 Landespflegegesetz ein wichtiges und richtiges Signal sein kann. Insofern freue ich mich, dass dies nun auch Gehör gefunden hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen in einem Gesetz auch zum Ausdruck bringen, was wir wollen. Daran darf ich angesichts der heute Abend demonstrierenden Pflegenden an die Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege erinnern. Auch sie wollen Signale im Landespflegegesetz und darüber hinaus noch an weiteren Stellen in unserem Gesetzeswerk, sogar in der Verfassung, verankert wissen.

Zurück zu unserem vorliegenden Gesetzentwurf. Er verschlankt. Es ist zum Beispiel richtig, zu hinterfragen, warum und zu welchem Zweck eine jährliche Förderplanung des Landes geleistet werden soll. Es ist pragmatisch, sich an den Realitäten auszurichten. Einzelförderfälle gibt es landesweit eben nur noch wenige. Deswegen macht es erst einmal Sinn, hier tatsächlich zu einer Verwaltungsvereinfachung zu kommen. Aber ich frage, ist dies auch gut für die Zukunft.

Es ist nicht so, dass wir über unsere **Pflegeinfrastruktur** einfach nur zufrieden sind. Nicht umsonst haben

wir uns darüber unterhalten, dass wir zu dieser Thematik eigentlich eine Enquete auf Bundestageebene brauchen. Wir brauchen andere Formen der Unterbringung und der Art der Pflege. Wir konnten uns neulich im Sozialausschuss über ein hervorragendes Heim für Demenzkranke sachkundig machen. Aber auch wir haben hier schon öffentlich gefragt: Sind Heime auch für Schwerstpflegebedürftige überhaupt der richtige Weg? Faktisch sind es oft Hospize. Wenn wir ein Verwaltungsinstrument vereinfachen, bedeutet dies nicht, dass wir das Thema Planung damit an den Nagel hängen und sagen, es habe sich erledigt. Wir müssen auch im Ausschuss schon darüber diskutieren, wie wir hier zu neuen Zielen kommen, und zwar nicht nur abstrakt, sondern ganz konkret in der Umsetzung.

Nun zum **Pflegewohngeld**. Herr Dr. Garg, ich hatte erwartet, dass Sie dazu kritisch Stellung nehmen. Wir sind uns einig, dass es einkommensabhängig gewährt werden soll. Ich darf daran erinnern, dass die Einkommensgrenze zurzeit 2.176,20 DM für Alleinstehende beträgt. Wer ein höheres Einkommen hat, erhält kein Pflegewohngeld. Ich finde es richtig, dass man das Vermögen heranzieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und einzelner Beifall bei der SPD)

Es ist aber auch - wie Sie es in Ihrem Antrag zum Ausdruck gebracht haben - zu fragen, ob die Art des **Transfers** der richtige Weg ist. Ich darf für meine Fraktion sagen, dass wir uns mit Ihrem Antrag sehr gründlich auseinander setzen werden. Ihre Argumentation hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Wir müssen uns aber auch die Realitäten vor Augen führen. Wir wissen ja, dass schwerst pflegebedürftige Menschen ihr Bankkonto meistens nicht mehr selber verwalten. Diese Menschen haben Angehörige und Betreuer, die das für sie machen.

Ich finde es spannend, dass wir durch den FDP-Änderungsantrag tatsächlich eine alternative Entscheidung fällen und dass wir nicht einfach ein Gesetz durchwinken. Vom Grundtenor her sind wir mit der Vorlage der Ministerin einverstanden. Wir finden, das ist der richtige Weg. Aber natürlich macht es Sinn, noch einmal sehr kritisch zu prüfen, ob wir einen weiteren, sozusagen radikalisierten Schritt der **Subjektförderung** gehen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine konstruktive und rasche Beratung. Denn ich denke, es ist wichtig, dass diejenigen, die von dieser gesetzlichen Neuregelung betroffen sind, auch bald wissen, woran sie sind. Wir sollten deshalb die Betroffenen sehr frühzeitig informieren. Ich wurde bereits von besorgten Verwandten angerufen, die mich im Hinblick auf die neue Gesetzgebung fragten, wann diese kommt und wie die Rechtslage für diejenigen aussieht,

(Angelika Birk)

die jetzt noch unter die alte Regelung fallen. Auch insofern ist ein sinnvoller Weg gefunden worden, als dass das neue Gesetz nur für diejenigen gilt, die nach seinem Inkrafttreten in ein Heim kommen. Wir sollten im Hinblick auf eine gute Information der Bevölkerung für Transparenz sorgen und keine falschen Ängste wecken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem Erfreulichen anfangen. Das ist zwar kurz, aber eine gute Sache. Wir unterstützen, dass die **Förderplanung** nach § 5 Landespflegegesetz entfällt, weil dadurch unnötige Bürokratie abgebaut wird. Mit dem zweiten Punkt aber tun wir uns ausgesprochen schwer. Ich will gleich hinzufügen, dass wir uns deshalb auch mit dem FDP-Antrag schwer tun, weil dieser weitergehend ist als der Entwurf der Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

Als im Januar 1996 das Landespflegegesetz als Ausführungsgesetz zur neuen Pflegeversicherung mit den Stimmen von SPD und SSW beschlossen wurde, da hat der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer gejubelt. Er bezeichnete die Einführung der Regelung als Meilenstein, weil dadurch erstmals eine soziale Leistung weitgehend unabhängig von dem Einkommen und Vermögen der Leistungsempfänger gewährt wurde, was ja eher einem skandinavischen Sozialstaatsverständnis entspricht. Der SSW begrüßte damals ausdrücklich die im Vergleich zur Sozialhilfe höheren Einkommensgrenzen, den Verzicht auf Vermögensanrechnung und vor allen Dingen den Verzicht auf die Heranziehung unterhaltspflichtiger Personen. Die FDP möchte jetzt alle Angehörigen wieder heranziehen. Im Gesetzentwurf lautet es nämlich „Dritte“. Das bedeutet, dass Kinder, Enkelkinder und die nachfolgenden Generationen in der Pflicht stehen.

Das **Landespflegegeld** wurde von der Landesregierung eingeführt, um zu verhindern, dass pflegebedürftige Menschen sozialhilfebedürftig werden, weil sie pflegebedürftig sind. Erklärtes Ziel der Landesregierung war es damals, die Sozialhilfebedürftigkeit wegen Pflegebedürftigkeit so weit wie möglich zu vermeiden. 70 % der bisher dahin auf Sozialhilfe angewiesenen Pflegebedürftigen sollten mit dem Pflegegeld aus der Sozialhilfe herausfallen. Das sollte einerseits den

Betroffenen dienen und andererseits die Kommunen von Ausgaben entlasten, die sie in die Verbesserung der örtlichen Pflegestruktur investieren sollten.

Diesen Weg verlässt die Landesregierung heute leider wieder. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die **Einkommensgrenzen** für das Landespflegegeld wieder angehoben und Vermögen verstärkt angerechnet werden. Das halte ich für problematisch. Da einerseits ein Kosten senkender Effekt, andererseits aber nur eine geringe zusätzliche Belastung für Sozialhilfeträger und Kommunen erwartet wird, heißt dieses, dass die investiven Kosten für die Pflegeeinrichtungen jetzt in höherem Umfang wieder den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden. Das ist nicht akzeptabel, weil so die finanziellen Lasten der Pflegebedürftigkeit wieder in höherem Umfang den Betroffenen aufgebürdet werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Außerdem können wir nicht akzeptieren, dass trotz allem ein heute nicht zu beziffernder Anteil der Pflegebedürftigen neu auf **Sozialhilfe** angewiesen sein wird. Immerhin verzichtet die Landesregierung im Gegensatz zur FDP aber ausdrücklich auf die Hinzuziehung von **Unterhaltspflichtigen** über Ehegatten oder Lebenspartner hinaus. Damit wird verhindert, dass Kinder für ihre Eltern zahlen müssen. Das mag in Deutschland als Subsidiarität gelten, nördlich der Grenze sieht man so etwas zu Recht als unwürdig an.

(Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es bemerkenswert, dass es - wo auch immer - als unwürdig oder unmöglich bezeichnet wird, wenn Kinder möglicherweise auch für ihre alten Eltern eintreten. Eltern treten doch auch für ihre Kinder ein. Das deswegen einfach so abzukanzeln, finde ich in der Tat sehr merkwürdig.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegin Hinrichsen, das gilt insbesondere dann, wenn man sonst immer über neue Formen der Familie nachdenkt. Damit kann doch nicht gemeint sein, dass sich Einzelpersonen immer mehr auseinander dividieren. Entweder steht man füreinander ein oder nicht. Man muss sich einfach einmal mit dem beschäftigen,

(Dr. Heiner Garg)

was in der Bundesrepublik als **Subsidiaritätsprinzip** bezeichnen wird.

(Beifall bei der FDP und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dieses Prinzip kann man hier nicht am Rednerpult in dieser Art und Weise madig machen.

Zu Ihrem zweiten Kritikpunkt will ich Ihnen etwas ruhiger - mein Fraktionschef würde sagen: entspannter - entgegen: Ich habe ja gar nichts dagegen, dass Sie das Beispiel der dänischen Sozialpolitik anbringen. Wenn wir in der Bundesrepublik an die Reform der sozialen Sicherungssysteme - -

(Zuruf der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

- Es tut auch ganz gut, einfach einmal zuzuhören.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir also über eine **Reform** der **sozialen Sicherungssysteme** nachdenken, dann sollten wir wissen, dass wir uns einen sozialpolitischen Flickenteppich schlicht und ergreifend nicht leisten können. Ein bisschen aus Dänemark, ein bisschen aus der Schweiz, ein bisschen aus Frankreich, und das Ganze über das bundesdeutsche Sozialsystem gestülpt - so funktionieren Sozialreformen nicht.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So schön wir das eine oder andere aus dem europäischen Nachbarland auch finden mögen, auf diese Art und Weise geht es nicht.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Das habe ich auch nicht behauptet! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir wollen dänische Wahlergebnisse!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Eine kurze Zwischenfrage herzlich gern.

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Kollege Garg, ist es nicht so, dass man jetzt etwas zurücknimmt, was man eigentlich im Gesetz hat stehen gehabt? Ist es nicht das Problem, dass man in Schleswig-Holstein ein Prinzip gehabt hat, das man jetzt zurücknimmt?

Ich habe die Frage verstanden. Frau Kollegin Spoorendonk, auch diese Landesregierung kann doch ab und zu unter Beweis stellen, dass sie einsichtig ist,

dass sie deutscher Gesetzessystematik folgt und dass sie das Richtige tut.

(Beifall bei FDP und CDU)

Mir geht es doch nur um Folgendes: Wenn wir das Richtige tun wollen, dann müssen wir das auch konsequent tun.

Liebe Kollegin Birk, ich wollte auch zu Ihnen noch etwas sagen. Natürlich haben Sie Recht: Man muss sich ernsthaft darüber unterhalten, dass die Pflegebedürftigen als Empfänger dieser Leistungen häufig gar nicht in der Lage sein werden, diese Leistungen auch tatsächlich selber entgegen zu nehmen. Das ist richtig, aber ich möchte Sie daran erinnern, dass auch die **Leistungen der Pflegeversicherung** zur Gänze individuelle Leistungen sind, die den Bedürftigen zustehen, die aber im Zweifel von Verwandten oder von entsprechend Beauftragten für den jeweils Pflegebedürftigen als individuelle, also als **subjektive Leistungen** in Anspruch genommen werden. Mit Ihrem Einwand haben Sie also Recht, aber das kann und darf uns nicht davon abhalten, dass wir, wenn wir Transparenz schaffen wollen, eben auch die anderen Leistungen als individuelle Leistungen ausgestalten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag hat nun die Frau Abgeordnete Kleinert das Wort.

Helga Kleiner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wir haben hier sehr unterschiedliche Einlassungen zum neuen Landespflegegesetz gehört, insbesondere zum Pflegewohngeld, was auch nicht erstaunlich ist, denn wir betreten damit in gewisser Form Neuland. Da es, wenn es so geregelt, wie es vorgesehen ist, eine Sonderbelastung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger, die in Pflegeheimen wohnen, bedeutet, habe ich, um eine Gleichmäßigkeit festzustellen, eine Kleine Anfrage gestellt, wie es sich in anderen Bundesländern verhält. Ich meine nämlich, auch das ist wichtig zu wissen, wie sich die neue Situation ab 1. Januar 2003 und jetzt durch die **Pflegewohngeldregelung** von Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Ländern verhält. Diese Frage scheint mir sehr wichtig nachzutragen. Im Ausschuss werden wir natürlich darüber sprechen wollen und müssen. Diese Frage möchte ich gern einbeziehen, damit wir noch etwas mehr Fleisch dabei haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Schlagabtausch zwischen dem SSW und der FDP möchte ich an dieser Stelle noch einmal Folgendes zur Klarstellung sagen.

(Zurufe von der FDP)

Wenn ich hier die Diskussionswürdigkeit der FDP-Variante des Gesetzes in den Raum gestellt habe, so habe ich in der Kürze natürlich nicht alle Details aufgegriffen. Eines möchte ich jedoch deutlich sagen: Es geht uns nicht darum, Kinder und Kindeskinde zu Beiträgen heranzuziehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Das scheint uns nicht der richtige Weg zu sein. Was wir aber interessant finden, ist die Tatsache, dass man das Pflegegeld mehr als etwas, was dem Subjekt des zu Pflegenden zusteht, rechtlich definiert, als es zu einer Leistung zu machen, die praktisch der Institution Heim zufällt. Das ist ein wichtiger Grundsatz, sich darüber klar zu werden, wer eigentlich einen Rechtsanspruch auf das Geld hat und wie das in der Art, wie es übermittelt wird, rechtlich gefasst wird. Denn es kann ja durchaus zu Streitigkeiten zum Beispiel über die **Wohnqualität** im Heim kommen. Dann geht es um die Frage, ob jemand ein Unterpfang hat, ähnlich einer Miete, die er verweigern kann, oder ob das etwas ist, was eigentlich nur pro forma auf die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner veranschlagt wird.

Die Details werden wir sicherlich im Ausschuss diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es war mir wichtig, für unsere Fraktion deutlich zu machen, dass wir in der Frage der Heranziehung der Kinder und Kindeskinde mit dem SSW konform gehen und das ablehnen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort ebenfalls zu einem Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde nicht versuchen, Dieter Thomas Heck zu schlagen, denn dann werde ich total undeutlich in meiner Aussprache.

Herr Dr. Garg, ich möchte auf Folgendes hinweisen, was ich vorhin gesagt habe, weil Sie das vielleicht nicht mitbekommen haben. Karl Otto Meyer hatte die Einführung der Regelung als Meilenstein angesehen. Ich sehe es wirklich als ersten Schritt an, dass dadurch das erste Mal überhaupt eine soziale Leistung in Deutschland unabhängig vom Einkommen und Vermögen gewährt wird. Das entspricht eher dem skandinavischen Wohlfahrtsstaat.

Darum geht es. Hier wird dieser erste Schritt in die richtige Richtung einfach zurückgenommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich will diesen Schritt nicht!)

- Doch, gucken Sie sich Ihren eigenen Gesetzentwurf einmal an!

(Zurufe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gern zur Klarstellung drei Dinge sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Sowohl die Versicherungsleistungen selbst wie auch das Pflegegeld sind rechtlich natürlich ein **subjektiver Anspruch**; die Auszahlungsmodalitäten sind das andere. Insofern ist es ein bisschen ein akademischer Streit anhand des FDP-Antrages.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Zweitens. Diese Regierung möchte nicht, dass Kinder einbezogen werden bei der **Vermögensanrechnung**, anders als die FDP. Da sind wir gern einmal inkonsequent, bei allem Verständnis dafür, dass das Familienbild, das dahinter steht, vielleicht nicht so schön ist. Es ist aber so und es ist für pflegebedürftige Menschen das Schlimmste, sich von ihren Kindern abhängig zu fühlen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerin Heide Moser)

Drittens. Zur Richtigstellung weise ich darauf hin, dass wir nicht die Forderung von Kontrolle aufnehmen, Frau Birk, sondern in § 7 die Forderung von **Qualitätssicherungsmaßnahmen** aufnehmen. Das ist mir ganz wichtig, denn wir sind nicht für die Kontrolle zuständig und deswegen wollen wir sie auch nicht bezahlen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ab. Unter Tagesordnungspunkt 9 ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung und den Änderungsantrag der FDP dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Unter Tagesordnungspunkt 41 empfiehlt der Sozialausschuss, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir auch einstimmig zustande gebracht.

Unter Tagesordnungspunkt 42 empfiehlt der Ausschuss, den Antrag Drucksache 15/1187 unverändert anzunehmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Unter Tagesordnungspunkt 43 lasse ich über den Antrag Drucksache 15/1231 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 12 und 13 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung - Abschaffung der Direktwahl von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1424

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1425

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Wir können gleich in die Grundsatzberatung einsteigen. Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der SSW hat in den letzten Monaten schon mehrmals deutlich gemacht, dass wir die Direktwahl der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte für einen Missgriff halten, der uns wenig Gutes und viel Schlechtes gebracht hat. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir dem Landtag nochmals die Chance geben, die Argumente für und gegen die Direktwahl abzuwägen und sie hoffentlich endlich wieder abzuschaffen.

(Beifall beim SSW)

Die Kommunalverfassung steht insgesamt auf dem Prüfstand und das hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber insbesondere auch bei den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern die Hoffnung geweckt, dass die **Direktwahl** nach den wenig erfreulichen Erfahrungen wieder zurückgenommen wird;

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

denn es hat sich gezeigt, dass die erhoffte rege Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dieser Persönlichkeitswahl nicht stattgefunden hat; die Wahlbeteiligungen waren meist erschreckend niedrig. Nur in Ausnahmefällen hat überhaupt eine Mehrheit der Wahlberechtigten ihr Votum abgegeben. Darüber kann man nicht einfach hinweggehen.

Andererseits hat es die neue Kommunalverfassung für einige hauptamtliche Bürgermeister und Landräte leicht gemacht, sich auf das hohe Ross zu setzen und unsere Kreise und Städte wie kleine Sonnenkönige zu regieren. Es wird Zeit, dass wir sie entsprechend zurückholen. Denn die Kombination von Direktwahl, Kommunalverfassung und neuen Steuerungsmodellen hat dazu geführt, dass viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sich nicht nur in ihrer neuen Rolle als Kontrolleur des neuen Berichtswesens überfordert fühlen, sondern sich zudem nicht ganz ohne Grund auch noch für ziemlich überflüssig halten. Die beabsichtigte **Trennung von Politik und Verwaltung** hat zu einer deutlichen Verlagerung politischer Kompetenzen geführt, und zwar deutlich zulasten der ehrenamtlichen Kommunalpolitik.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr wahr!)

(Silke Hinrichsen)

Die **Verwaltungschefs** treffen Entscheidungen von eminenter politischer Bedeutung und benehmen sich häufig, als wären sie permanent im Wahlkampf. Die Verantwortlichkeiten, die durch die neuen Regeln klarer festgelegt und getrennt werden sollten, sind so schief verteilt wie nie zuvor.

Deshalb schlägt der SSW jetzt nochmals vor, **Kompetenzen** von leitenden Verwaltungsbeamten auf die politischen Gremien zurückzuverlagern.

(Beifall beim SSW)

Das ist wichtig für die Zukunft der Demokratie in unseren Kreisen und Städten, denn wir werden kaum Leute für eine ehrenamtliche politische Tätigkeit motivieren können, wenn die Verwaltung weiterhin über eine solche Machtfülle verfügt. Wir brauchen eine Änderung der Kommunalverfassung, die den **kommunalen Parlamenten** endlich die Macht zurückgibt.

Das Argument, man könne diese Regelung nicht zurücknehmen, weil man das der Bevölkerung nicht vermitteln könne, halte ich für absolut falsch. Der Landtag hat schon gemeinsam eine so kontroverse Entscheidung wie die Einführung der neuen Rechtschreibung getragen. Dann wird er wohl auch in diesem Fall eingestehen können, dass die Direktwahl ein Fehler ist.

(Beifall beim SSW)

Sie wirkt nicht so, wie man gehofft hat, und deshalb muss sie rückgängig gemacht werden. Es gibt nicht mehr Demokratie, wenn eine Person - die zudem in der Regel mit extrem niedriger Wahlbeteiligung gewählt wurde - jahrelang Entscheidungen trifft, über die früher ein ganzes Parlament zu entscheiden hatte.

Wir haben einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Direktwahl eingebracht, weil diese ein großer Fehler ist und so bald wie möglich wieder abgeschafft werden muss. Hierbei bitten wir Sie ausdrücklich um Ihre Unterstützung.

Der SSW hat mehrere Mitgliederversammlungen zum Thema Kommunalverfassung abgehalten und sich auf einem Parteitag damit beschäftigt. Aus unseren Gesetzentwürfen spricht die Erfahrung von über 120 Kommunalvertreterinnen und -vertretern. In unseren Entwürfen haben wir aus der praktischen Erfahrung die Konsequenzen gezogen. Wir brauchen dringend eine Verlagerung der Kompetenzen von der Verwaltungsleitung auf die politischen Gremien. Ich wünsche mir, dass eine Mehrheit in diesem Haus die Erfahrungen ihrer Kommunalpolitiker ähnlich konsequent nutzt.

(Beifall beim SSW)

Abschließend möchte ich jedoch unabhängig davon noch einmal mitteilen, dass selbstverständlich unser Antrag betreffend die Gemeindeordnung - soweit das angenommen wird - nach unserer Ansicht auch eine entsprechende Änderung der Kreisordnung nach sich ziehen sollte.

(Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion lehnt den SSW-Gesetzentwurf zur Abschaffung der Direktwahlen von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten ab.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Günther Hildebrand [FDP])

Unser Ziel ist es, **Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten** der Bürgerinnen und Bürger nicht einzuschränken, sondern auszubauen und zu stärken.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Jawohl!)

Ich habe mich bemüht, die Argumente in der Begründung des SSW-Gesetzentwurfes im Einzelnen nachzuvollziehen. Das ist mir nicht gelungen.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Zur SSW-Behauptung Nummer 1, die Direktwahl habe nicht zu mehr direkter Demokratie geführt, möchte ich nur einen Hinweis geben. Durch die Direktwahlen entscheidet nicht mehr die Volksvertretung, sondern das Volk selbst. Direkter geht es doch gar nicht.

(Heiterkeit der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Insofern ist es doch selbstverständlich, dass **Direktwahlen** auch zu einem Mehr an direkter Demokratie führen.

Zur zweiten SSW-Behauptung, aus der Direktwahl folgten erweiterte Machtbefugnisse der Verwaltungschefs, es gebe keine ausreichende demokratische Kontrolle, die kommunalen Parlamente würden geschwächt: Auch das alles ist komplett falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Oh!)

(Klaus-Peter Puls)

Ob Bürgermeister und Landräte direkt gewählt werden, hat auf die **Kompetenzverteilung** innerhalb der Kommunalverwaltung überhaupt keinen Einfluss.

(Zuruf der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Die Kompetenzen sind gesetzlich geregelt. Ich empfehle, in § 27 der Gemeindeordnung nachzulesen. Dort steht: „Die Gemeindevertretung trifft alle für die Gemeinde wichtigen Entscheidungen und überwacht ihre Durchführung.“

(Jürgen Feddersen [CDU]: Jawohl, Herr Puls, richtig!)

Das war vor den Direktwahlen so, das ist mit den Direktwahlen so und das muss und wird auch so bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als Drittes komme ich zu dem Hinweis des SSW, es habe eine erschreckend **niedrige Wahlbeteiligung** gegeben. Auch dieser Hinweis ist mit den Tatsachen nicht in Übereinstimmung zu bringen. Der Landtagspräsident höchst selbst hat im März diesen Jahres zu einem Landtagsforum eingeladen und in diesem Zusammenhang eine Untersuchung vorlegen lassen. Dabei ging es um die bis dahin stattgefundenen - es waren wohl 73 - Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten. Dabei hat es eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 55 % gegeben. Bei Wahlen, die mit anderen Wahlen zusammengelegt worden waren, Bundstags-, Landtags- oder Kommunalwahlen, gab es eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 66,2 %. Bei den isolierten Wahlen für Bürgermeister und/oder Landräte, das waren immerhin 43, kam es zu einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 46,7 %. Eine Zahl zum Vergleich: Die letzte Europawahl in Schleswig-Holstein hat eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 38,7 % gebracht.

(Günther Hildebrand [FDP]: Abschaffen!)

Ich habe vom SSW bisher nicht gehört, dass die Europawahlen abgeschafft werden sollen.

Zu dem anderen Gesetzentwurf des SSW möchten wir heute nichts sagen. Wir haben uns geeinigt, dass wir unsere Änderungsvorschläge zum CDU-Gesetzentwurf in den Sonderausschuss einbringen werden. Dorthin sollte auch der Gesetzentwurf des SSW überwiesen werden.

Wir werden mit unseren drei Grundpositionen auch bei den weiteren Verhandlungen zur Kommunalverfassungsreform weiter arbeiten.

Erstens. für die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde kommt es darauf an, dass die **kommunale Selbstverwaltung** insgesamt effektiv ist und reibungslos funktioniert. Es kommt weiter darauf an, dass Schulen ordentlich ausgestattet sind, dass genügend Kindergartenplätze geschaffen werden und alle verfügbaren kommunalen Dienstleistungen schnell und unbürokratisch erbracht werden sowie Amts- und Mandatsträger in den Rathäusern und Kreisverwaltungen gemeinsam verantwortlich handeln. Der Laden muss insgesamt laufen. Das Produkt öffentliche Dienstleistung muss stimmen.

Zweitens. Als Landesgesetzgeber sind wir dafür verantwortlich und haben dafür zu sorgen, dass innerhalb der Kommunalverwaltung eine vernünftige **arbeits-teilige Organisation** nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten besteht. Voraussetzung dafür ist eine eindeutige Zuordnung und klare Aufteilung der Verantwortungsbereiche zwischen Ehren- und Hauptamt. Das Hauptamt setzt um, das Ehrenamt entscheidet. Dabei muss und soll es bleiben.

Drittens und Letztens. Direktwahlen stärken unmittelbar die **kommunale Mitbestimmung** und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und sorgen für eine gleichmäßige demokratische Legitimation der beiden Verwaltungsorgane: Bürgermeister und Landrat einerseits und Gemeindevertretung und Kreistag andererseits. Dabei wollen wir es belassen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schlie das Wort.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erste Bemerkung: Die CDU hat nicht die Absicht, ihre Erfolgsstory bei den Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten zu beenden und deshalb lehnen wir Ihren Gesetzesantrag ab.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Es geht also nicht um Inhalte!)

Zweite Bemerkung: Ich bin dem Kollegen Puls und den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und auch der Landespartei dankbar. Sie haben dieses Jahr genutzt, Sie haben von uns gelernt. Was die Argumente gegen die Ablehnung der Direktwahl angeht, stimme ich absolut mit Ihnen überein. Das sind unsere Argumente,

(Klaus Schlie)

die wir in der Diskussion seit Januar dieses Jahres benutzt haben. Das ist alles richtig so.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch auch mal was anderes vertreten! - Zurufe von der SPD)

Ich denke schon, dass es lohnt, sich intensiv und nachdenklich mit der Auffassung des SSW zum **Verhältnis** der direkt gewählten **Hauptverwaltungsbeamten** und der ehrenamtlich tätigen **Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker** auseinander zu setzen. Ich habe den Eindruck, liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW, als sei es doch nötig, die kommunale Verfassungsgeschichte dieses Landes Schleswig-Holstein noch einmal etwas aufzuarbeiten.

(Vizepräsident Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Es gab immer ein Miteinander in der kommunalen Selbstverwaltung zwischen Hauptamt und Ehrenamt. Es wird auch immer ein Miteinander zwischen Hauptamt und Ehrenamt sein. Es wäre fatal, wenn Sie denjenigen einen Vorwurf machen, die aufgrund der Einführung der Direktwahl - aufgrund des Willens des Landesgesetzgebers, der das eingeführt hat -, das, was man ihnen als Instrumentarium zur Verfügung gestellt hat, dann auch genutzt haben.

Natürlich haben sie es genutzt. Das ist nicht nur ihr legitimes Recht gewesen, nein, das ist sogar ihre Pflicht gewesen.

Das schoss ein Stückchen über das Ziel hinaus. Dafür können wir aber nicht denjenigen einen Vorwurf machen, die das Gesetz ausgefüllt und angewandt haben. Da müssen wir uns als Gesetzgeber selber an die Nase fassen. Deswegen steuern wir ein Stückchen zurück.

(Beifall bei der CDU)

Es ist notwendig, dass wir uns noch einmal sehr genau darüber unterhalten, wie wir tatsächlich das **Ehrenamt** im Einzelnen wieder stärken können. Dazu gibt es unterschiedliche Vorschläge; auf der Basis unseres Gesetzentwurfs werden wir diese im **Sonderausschuss** beraten. Wir werden unter anderem die Frage der Berechnungssysteme, die für die etwas kleineren Fraktionen und Parteien auch in der Kommunalpolitik eine entscheidende Rolle spielen, behandeln. Ich glaube, das bisherige System hat sich auch da ganz gut bewährt. Wir haben jedenfalls nicht die Absicht, es zu ändern. Ich hoffe stark auf die Unterstützung der SPD. Die Beschlüsse auf dem Landesparteitag der SPD jedenfalls waren in dieser Hinsicht ganz ordentlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Abgeordneter Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Kollege Puls hat eben schon darauf hingewiesen. Auch ich möchte ein bisschen meine Verwunderung über das Verfahren, die Vorlage dieses Gesetzentwurfs zum Ausdruck bringen. Wir haben Anfang des Jahres einen **Sonderausschuss** zur Kommunalverfassung auf der Grundlage des Gesetzentwurfs der CDU eingerichtet. Er tagt seit diesem Zeitpunkt mehr oder weniger.

Im Ausschuss wurde in der vorletzten Sitzung vereinbart, dass alle Fraktionen möglichst bis Ende des Jahres ihre Vorschläge einbringen sollen. Jetzt haben wir hier auf einmal einen Gesetzentwurf vorliegen. Meines Erachtens hätte dieser auch in den Ausschuss eingebracht werden können.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Vereinbarung ist nämlich auch dem SSW bekannt.

Nun starten Sie mit diesem Gesetzentwurf eine neue Gesetzesberatung, eine erste Lesung. Das ist zwar Ihr parlamentarisches Recht, aber im Sinne des Umgangs hätte ich mir das etwas anders vorgestellt, nämlich dass Sie Ihre Vorschläge gleich in den Sonderausschuss eingebracht hätten.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Die haben wir dort eingebracht!)

- Das ist in Ordnung. Dann können sie auch noch in die Beratungen des Sonderausschusses aufgenommen werden. Dazu bedarf es keiner neuen ersten Lesung im Parlament.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Sonst müssten auch die anderen Fraktionen noch entsprechende Gesetzentwürfe einbringen.

(Holger Astrup [SPD]: Bloß nicht!)

Wir haben darauf verzichtet. Auch die Mehrheitsfraktionen haben darauf verzichtet.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Hildebrand, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

Günther Hildebrand [FDP]:

Ganz schnell!

Anke Spoorendonk [SSW]: Ich meine, mich zu erinnern, dass auch die FDP einen Antrag in den Landtag eingebracht hat, der im Landtag diskutiert wurde. Sehe ich das völlig falsch?

- Das ist völlig richtig. Sie haben sich richtig erinnert. Aber damals hatten wir das weitere Verfahren im Detail noch nicht abgestimmt und wir haben hier einen Initiativantrag gestellt und keinen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Zu den einzelnen Positionen will ich jetzt gar nicht so viel sagen.

Zur **Gleichstellungsbeauftragten** - das wissen Sie - wollen wir, dass die Kommunen das selber entscheiden sollen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sehr gut!)

Den Vorschlag zur Verlängerung bei der Frist für die Einrichtung des **Bürgerbegehrens** teilen wir. Das sind unsere Vorschläge.

Bei den **Quoren** gehen wir offensichtlich über das hinaus, was Sie wollen. Sie sagen da nämlich so konkret nichts.

Für die **Kreisordnung** gilt das alles entsprechend.

Auch der Vorschlag, im **Ausschuss** ein eigenes **Antragsrecht** für Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die dem Ausschuss nicht angehören, einzuführen, entspricht unserer Beschlusslage.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Eine der grundsätzlichen Forderungen Ihres Gesetzentwurfs ist die Abschaffung der **Direktwahl der Bürgermeister und Landräte**. Wir haben bereits in der Vergangenheit immer wieder betont, dass dieser Rückschritt der Bürgerbeteiligung mit uns nicht zu machen ist. Wir fordern darüber hinaus, auch die ehrenamtlichen Bürgermeister direkt zu wählen. Wir von der FDP sind für Bürgernähe und Bürgerteiligung.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

Die Anliegen der Gemeindevertreter nehmen wir ernst. Erste Priorität hat für uns aber der Ausbau der Einflussmöglichkeiten der Einwohner einer Gemeinde, einer Stadt oder eines Kreises.

Interessant sind die bisherigen Ergebnisse bei den Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten. In

der Mehrzahl wurde ein Kandidat gewählt, der nicht der Mehrheit der jeweiligen Vertretung entsprach. Das mag für die jeweiligen Mehrheitsfraktionen schmerzlich gewesen sein, ist aber auch ein Beweis dafür, dass die Wählerinnen und Wähler sehr wohl differenzieren können und ihre Stimme ganz bewusst abgeben. Sie wollen vielerorts eben auch eine Korrektur und gegenseitige Kontrolle von Verwaltung und Vertretung, und das möglicherweise zwischen den Parteien jeweils im gegenseitigen Verhältnis.

Wir übersehen dabei nicht, dass die **Wahlbeteiligung** der Bürgerinnen und Bürger bei Direktwahlen teilweise nicht zufrieden stellend war. So haben erst am Wochenende nur 25 % der Wahlberechtigten den alten und neuen Bürgermeister in Gettorf im Amt bestätigt. Es gab aber auch nur einen Kandidaten. Das ist der wesentliche Punkt.

Standen in den letzten Jahren bei Direktwahlen mehrere Kandidaten zur Wahl, war auch die Wahlbeteiligung wesentlich besser und lag im Durchschnitt weit über 50 %. Der Kollege Puls hat die einzelnen Prozentzahlen hier genannt.

Wir dürfen bei allen Diskussionen nicht vergessen, dass die Direktwahl für die Menschen, für die Kandidaten und für die Parteien immer noch ein relativ neues Verfahren ist. Ich bin mir sicher, dass der Gewöhnungsprozess weiter voranschreiten und dann eine noch höhere Akzeptanz eintreten wird.

Uns sind auch die Probleme bekannt, die sich durch die **Stärkung der Stellung** der direkt gewählten Bürgermeister und Landräte mit der Gemeindevertretung oder dem Kreistag teilweise ergeben haben. Das sieht aber eigentlich so aus, dass es sich dabei mehr um Probleme im zwischenmenschlichen Bereich handelt, denn dass diese Probleme durch die Verfassung oder die jeweilige Kommunalverfassung vorgegeben sind.

Wir bleiben dabei: Wir wollen ein bürgernahes Kommunalrecht. Dafür werden wir im Sonderausschuss die entsprechenden Vorschläge einbringen, soweit dies nicht schon geschehen ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Fraktionsvorsitzende, Herr Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat meine Partei große Sympathie

(Karl-Martin Hentschel)

für den Antrag des SSW. Auch wir wollen mehr direkte Demokratie.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sehr bürgernah!)

Direkte Demokratie bedeutet mehr als nur die Direktwahl der Bürgermeister.

(Beifall beim SSW)

Vor allen Dingen bedeutet es eine Erleichterung von Bürgerbegehren.

Es bedeutet, dass die Besetzung der Ausschüsse und die Handlungsmöglichkeiten in Ausschüssen insbesondere für Einzelvertreter und kleine Fraktionen erleichtert werden. Da gibt es in Schleswig-Holstein noch sehr viel - auch aus anderen Bundesländern - nachzuholen.

Es erfordert auch, dass die Bürgerbeteiligung in den Kommunen erleichtert wird.

Ich finde es auch sympathisch, wenn die ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt werden.

In allen Parteien ist die Frage der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte diskutiert worden. Der Landkreistag hat sich dem Antrag des SSW angeschlossen - so kann man es sagen - oder umgekehrt. Das heißt, es ist eine offene Diskussion.

Ich persönlich bin nicht der Meinung des SSW, sondern eher der Auffassung, wie sie auch von anderen Vertretern geäußert worden ist, nämlich dass man im Interesse der Bürger die **Direktwahl** der Bürgermeister und Landräte beibehalten sollte. Auch das möchte ich hier an dieser Stelle sagen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Klaus-Peter Puls [SPD] - Sehr schön!)

Ich finde es aber gut, dass der Gesetzentwurf eingebracht worden ist und in das Verfahren eingeht. Wir werden ihn im Sonderausschuss beraten.

Zu der Gradlinigkeit der verschiedenen Fraktionen! Man sieht, dass es eine sehr offene Diskussion ist. Die CDU hat sehr lange geschlängelt.

(Widerspruch bei der CDU)

Die SPD hat auch geschlängelt. Die Grünen schlängeln noch.

(Heiterkeit)

Die FDP hat überhaupt keine Probleme. Vielleicht hat sie nicht so viel Basis. Nur der SSW steht eisern und unerschütterlich. Ich gratuliere Ihnen, Frau Spoorendonk!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, die für die Direktwahl geredet haben! Ich hätte von Ihnen gern eine Frage beantwortet. Sie sprachen immer davon, dass das mit der Direktwahl so wunderbar demokratisch sei. Wie kann es dann sein, dass für die Abwahl eines Bürgermeisters ein Quorum gesetzt wird und dass dort nicht die einfache Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger genügt?

(Günther Hildebrand [FDP]: Das wird auch abgeschafft!)

Das frage ich wirklich.

Im Moment ist es so, dass es Bürgermeister und Landräte gibt, die mit weniger Stimmen gewählt worden sind als der Zahl der Stimmen, die erforderlich sind, um sie abzuwählen. Das kann doch nicht sein. Aber da erklären Sie mir, das sei alles demokratisch.

(Klaus Schlie [CDU]: Das erledigen wir alles im Ausschuss! - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das hätten wir hier auch direkt klären können!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Innenminister Buß das Wort.

(Klaus Schlie [CDU]: Das kann der Minister jetzt gleich beantworten!)

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist fast alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Deshalb ganz kurz von mir noch: Mit dem Gesetzentwurf setzt der SSW einen klaren Kontrapunkt, nicht nur zu dem Gesetzentwurf der CDU, sondern auch zu der bekannten Beschlusslage des SPD-Landesparteitages vom 13. Oktober dieses Jahres.

(Beifall beim SSW)

Ich möchte die Diskussion dieser spannenden Frage, die noch auf uns wartet, nicht vorwegnehmen, zumal der SPD-Landesparteitag mit der Zusammenlegung der Direktwahlen mit den Kommunalwahlen ein weites Modell vorgeschlagen hat, mit dem sich der Landtag

(Minister Klaus Buß)

noch intensiv beschäftigen wird. Das unterstelle ich einmal.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

Den vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens des vom SSW vorgelegten Gesetzentwurfs habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Danach verfolgt der SSW das ehrgeizige Ziel, die **Direktwahl** schon zum 1. Februar 2002 abzuschaffen, während die Kommunalverfassungsrechtsnovelle - im Übrigen nach Vorstellung des SSW - erst zum 1. Mai 2002 in Kraft treten soll. Meine Damen und Herren vom SSW, ich bezweifle, dass die Frage der Direktwahl, die lange Zeit die Diskussion über das **Kommunalverfassungsrecht** des Landes bestimmt hat, isoliert erörtert werden kann und sollte. Die Zweifel verstärken sich sehr angesichts des vom SSW eng gesteckten Zeitrahmens. Ich wollte nicht sagen: die Verzweigung. Das wäre ein Versprecher gewesen.

(Heiterkeit)

Mit dem weiteren Gesetzentwurf unterbreitet der SSW detaillierte Vorschläge zur **Änderung der Gemeindeordnung**. Nach einer ersten Durchsicht habe ich bereits viele Vorschläge wieder erkannt, mit denen die Abgeordneten des SSW den Änderungswünschen der kommunalen Landesverbände Rechnung tragen. Diesen Ansatz begrüße ich im Grundsatz. Ein größtmöglicher Konsens mit den kommunalen Landesverbänden, deren Mitgliedskommunen die neue Kommunalverfassung mit Leben erfüllen sollen, kann nur hilfreich sein. Das schließt natürlich einen konstruktiven und streitigen Dialog mit den Vertretern der kommunalen Landesverbände in Einzelpunkten nicht aus.

Ich entnehme dem Gesetzentwurf des SSW jedenfalls, dass gute Chancen bestehen, in vielen Fragen des kommunalen Verfassungsrechts einen parteiübergreifenden Konsens zu erzielen. So herrscht nun auch weiterhin ein uneingeschränktes Einvernehmen über das Ziel, mit der anstehenden Novelle die ehrenamtliche Seite der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken, namentlich den Hauptausschuss, der nach der Novellierung 1995 eine Schlüsselstellung im Zusammenwirken von Ehren- und Hauptamt einnehmen soll. Der 1995 eingeführte Grundsatz einer klaren **Aufgabenzuweisung an Haupt- und Ehrenamt** wird dabei auch durch den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW nicht mehr infrage gestellt. Das freut mich.

Ich weiß nicht, ob die Frage von Frau Hinrichsen an mich gerichtet war. Ich versuche aber natürlich gern, sie zu beantworten: Darüber, was Demokratie ist oder nicht ist, lässt sich lange streiten. Die Novellierung des Kommunalverfassungsrechts greift auch das Problem auf. In den Vorschlägen wird, in Ansehung des Pro-

blems, das Sie vorgetragen haben, zur Diskussion gestellt, das Quorum für eine Abwahl zu senken. So habe ich das jedenfalls mitbekommen. Mit Sicherheit wäre es aus meiner Sicht nicht demokratisch, jemanden, der direkt gewählt wurde, durch die Gemeindevertretung oder den Kreistag abwählen zu lassen. Ich sehe an Ihrem Nicken, dass wir schnell eine gemeinsame Basis gefunden haben. Das ist doch schön.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung - Abschaffung der Direktwahl von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten (Drucksache 15/1424) sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Drucksache 15/1425) an den zuständigen Sonderausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so entschieden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

„Umweltranking“

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1353

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1377

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1432

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1440

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst für die Landesregierung Umweltminister Müller das Wort.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Klassisch beruht Umweltpolitik in unserem Land auf zwei Säulen: Entweder Sie agieren mit Förderprogrammen und viel Geld, was immer schwieriger wird, oder Sie agieren mit Gesetzen und Verordnungen und machen sich damit meistens nicht besonders beliebt. Wir haben uns bemüht, in der Umweltpolitik einen neuen Wind wehen zu lassen und sie auf eine dritte Säule zu stellen. Eine Säule, die man mit den beiden Stichworten Transparenz und Wettbewerb

(Minister Klaus Müller)

umschreiben kann. Ich glaube, dass es richtig war, dass sich das Umweltministerium Schleswig-Holstein entschieden hat, im November dieses Jahres das erste Umweltranking Schleswig-Holsteins vorzustellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war der größte Blödsinn!)

Das ist eine genuine Weiterentwicklung aus unserem **Natur- und Umweltinformationssystem**, das generell auf breite Zustimmung trifft. In anderen Bereichen ist es gang und gäbe. Dort wird mit den Problemen, aber auch mit den Vorteilen von aggregierten Kennzahlen locker umgegangen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Locker umgegangen?)

So genießen Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Arbeitslosenquote trotz aller Probleme, die Kennzahlen mit sich bringen, eine hohe Akzeptanz. Schleswig-Holstein ist jetzt Pionier.

(Lachen bei der CDU)

Pionier im Umweltbereich, wenn es darum geht, dieses Ranking oder dieses System in Schleswig-Holstein einzuführen. Ich weiß, dass die rechte Seite des Hauses mit den Begriffen Pionier und Innovation Probleme hat. Das ist mir bekannt.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie haben sich lächerlich gemacht!)

Sie sollten aber erst zuhören und danach lachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in der Bundesrepublik bisher kein Vorbild für das, was wir eingeführt haben. Das heißt: Jeder, der anfängt und einen ersten Schritt macht, macht in einem solchen Zusammenhang natürlich auch Fehler. Das machen auch wir. Das ist keine Frage. Trotzdem sind der Schritt und das System richtig und konsequent. Wir haben uns dabei der Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Christian-Albrechts-Universität bedient, um die nötige Fachkompetenz von Dritten zu sichern.

Wer ein **Ranking** einführt, der steht vor einer Reihe von Herausforderungen. Es werden **Umweltbereiche** gebraucht. Hier gibt es einen Vorschlag des Sachverständigenrats für Umweltfragen, der 13 Bereiche benennt. Die dürften selbst bei der Union unumstritten sein. Sie sind allgemein anerkannt. Wir haben uns als Nächstes bemüht, Indikatoren zu finden, die diese Umweltbereiche auch abdecken. Dazu haben wir uns 22 Stück besorgt, die erstens eine quantitative Größe sein müssen, um sie in ein Ranking zu integrieren. Zweitens müssen sie jährlich verfügbar sein, um eine bestimmte Dynamik und Kontinuität zu erhalten.

Drittens müssen sie frei zugänglich sein, weil wir dies kostenmäßig nicht ausufern lassen wollen. Viertens müssen sie, was Kreise und kreisfreie Städte betrifft, die strukturellen Unterschiede Schleswig-Holsteins ausgleichen oder zumindest abbilden. Zuletzt brauchen wir eine regionale Abgrenzung, die in der Bevölkerung ankommt und nachvollziehbar ist. Es bietet sich aus Praktikabilitätsgründen an, dafür die Kreisgrenzen zu nutzen.

Deutschland ist ein statistikverliehtes Land. Bei der Umweltpolitik hört diese Liebe leider auf. Im Umweltbereich gibt es bisher wenig Erfahrungen mit diesen Kennzahlen. Darum ist es richtig, dass sich jemand auf den Weg macht, genau diesen Weg zu beschreiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Umweltranking verfolgt zwei Aufgaben: Es hat die Aufgabe, einen **Sachbestand** zu beschreiben und abzubilden. Den kann man sich anders wünschen, aber er ist in verschiedenen Kreisen und **Regionen** so. Außerdem hat das Umweltranking die Aufgabe, das Handeln privater Akteure oder von Akteuren der Wirtschaft, des Haushalts, der Verwaltung oder der Politik mit den Veränderungen auch tatsächlich abzubilden. Vor allem hat es die Aufgabe, dies in einem Zeitablauf zu tun. Darum gab es ein erstes Umweltranking. In diesem Jahr wird es ein zweites Umweltranking geben, im nächsten Jahr ein drittes und so weiter, um in eine Dynamik des Prozesses zu kommen.

Ich habe vor der Erstellung des Umweltrankings mit vielen Landräten gesprochen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir machen eine Umfrage bei den Landräten!)

Ich habe praktisch kaum einen getroffen, der Angst vor einem Wettbewerb oder mehr Transparenz hätte. Insofern kann ich Ihre Kritik an dieser Stelle nicht verstehen. Wir haben Anfang Oktober den Umweltausschuss des Landkreistages informiert. Wir haben den Städtetag informiert. Wir haben Mitte Oktober ein Informationsschreiben an alle Landräte und Oberbürgermeister geschickt. Wir haben Ende Oktober mit einem breiten Verteiler informiert. Anfang November haben wir das Ranking einer **breiten Öffentlichkeit** über www.umweltranking.de mit einer - so glaube ich - sehr guten Internetplattform vorgestellt.

(Beifall von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Trotzdem war es ein Flop!)

Ich möchte damit enden, meinen Respekt vor den Kreisen Stormarn, Plön und Nordfriesland für das Ergebnis, das sie erzielt haben, zu bekunden, genauso aber auch der Stadt Flensburg, deren Vertreter sich bei

(Minister Klaus Müller)

einem Besuch in der vergangenen Woche sehr intensiv und differenziert mit dem Ranking auseinander gesetzt haben. Sie haben sich gern der Herausforderung gestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte den Wissenschaftlern und Mitarbeitern meines Hauses für die Unterstützung, aber auch den Koalitionsfraktionen für den heute gestellten Antrag meinen Dank bekunden.

Ich möchte schließlich damit enden, dass ich sage, ich wünsche mir keine Debatte über ein Kleinklein, so wie ich das zum Beispiel aus dem einen oder anderen Antrag herausgelesen habe. Ich wünsche mir Mut zu etwas Neuem,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

tatsächlich einen neuen Weg in der Umweltpolitik zu gehen, und ich lade Sie jetzt schon zu einer Veranstaltung ein, die im Februar oder März des nächsten Jahres stattfinden wird, um das Umweltranking weiter zu entwickeln, damit es im November des nächsten Jahres noch besser, noch detailreicher als beim ersten Mal sein wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD und Beifall des
Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zunächst möchte ich auf der Tribüne neue Gäste begrüßen, und zwar die Damen und Herren des CDU-Kreisverbandes Steinburg und des CDU-Ortsverbandes Borsfleth.

(Beifall)

Weiter begrüße ich die Damen und Herren des FDP-Ortsverbandes und der Fraktion aus Norderstedt. - Ein herzliches Willkommen Ihnen allen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion hat zunächst die Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, in Ihren Einleitungsworten haben Sie gesagt, Sie hätten sich bemüht - das gestehe ich Ihnen zu -, und Sie haben auch gesagt, Sie hätten Fehler gemacht - das finde ich ebenfalls -, und von daher meine ich, dass wir eine gute Grundlage erreicht haben, die die Chance bietet, dass Sie es das nächste Mal

besser machen. Vor diesem Hintergrund bitte ich meine Rede zu werten.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm
[FDP])

Ein Umweltranking stellt nur dann eine sinnvolle Maßnahme dar, wenn das zugrunde liegende Verfahren und die Entscheidungskriterien zumindest annähernd faire Ergebnisse produzieren. Nach dem Bericht, den Sie vorgelegt haben, meine ich, dass Sie sich darum bemüht haben. Das will ich Ihnen nicht absprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Grundfrage, die wir uns stellen müssen, ist, was mit einem Ranking erreicht werden soll. Nach unserer Vorstellung soll ein Ranking die Qualität der Umwelt in einer Region und die Handlungen der betreffenden Gebietskörperschaft bewerten und in der Folge dazu führen, dass die Umweltqualität verbessert wird.

Um ein annähernd objektives **Benchmarking** zu erreichen, müssen die Verantwortlichen an der Erarbeitung eines Kriterienkataloges beteiligt werden. Es reicht mir nicht aus, dass sie informiert werden; sie müssen an der Erarbeitung beteiligt werden, um Hinweise geben zu können. Nur dann besteht im Übrigen auch die Chance, dass das Benchmarking akzeptiert und in der Folge als Anstoß für Verbesserungen genommen wird. Ohne die aktive Beteiligung der kommunalen Landesverbände ist das Ranking nur sehr wenig wert.

Weiter berücksichtigen die aufgestellten Kriterien nicht - anders, als Sie es angegeben haben -, dass die Gegebenheiten in den kreisfreien Städten und Landkreisen zu unterschiedlich sind, um in einem direkten Vergleich nachvollziehbare Ergebnisse zu bringen.

Beim Ranking muss klar zwischen der aktiven Tätigkeit einer **Gebietskörperschaft** und den naturräumlichen Gegebenheiten getrennt werden, welche die Handlungsmöglichkeiten der Körperschaft in ihrem Gebiet begrenzen. Der Erhalt eines hohen Niveaus an Umweltqualität muss der Verbesserung auf ein vergleichbares Niveau gleichstehen. Grundsätzlich darf es für das Ranking einer Region nicht nachteilig sein, wenn sie Opfer, aber nicht Verursacher einer Umweltbelastung ist.

Gerade das, Herr Umweltminister, haben Sie in Ihrem Konzept nicht ausreichend berücksichtigt. Die **naturräumlichen Gegebenheiten** wurden ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt. Bei einigen Regionen wurde es nachteilig bewertet, dass sie unter Umweltbelastungen leiden, die aus Nachbarregionen stammen.

Ich möchte noch ein anderes Beispiel nennen. Die Beantragung von Fördermitteln bei BingoLotto oder

(Dr. Christel Happach-Kasan)

auch eine Beschlussfassung zur Agenda 21 hat in der Bewertung einer Region nichts zu suchen. Es ist wichtig, die Verbesserung der Umweltqualität im Land zu erreichen. Welche Wege die Gebietskörperschaften dabei wählen, haben wir nicht zu bewerten; das ist deren Sache.

Bei der Tabellendarstellung zu den Altlasten der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte werden die Anzahl der Altlasten, die Anzahl der durchgeführten Gefährdungsabschätzungen, die Anzahl der durchgeführten Sanierungen als Bewertungsmaßstäbe festgelegt.

Es dürfte eigentlich auch Ihnen aufgefallen sein, dass Nordfriesland mit 5.585 Altlasten, Plön mit 4.509 Altlasten über 20 Mal mehr Altlasten gezählt haben als beispielsweise Pinneberg.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Darf ich um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten? - Danke.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Es ist unmittelbar ersichtlich, dass die Qualität der Altlasten völlig unterschiedlich ist. Die Deponie 78 in Barsbüttel oder das Metallhüttengelände in Lübeck sind nicht vergleichbar mit der Hausmülldeponie einer Kleinstgemeinde.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Im Bereich des Klimaschutzes fällt bei den kreisfreien Städten auf, dass sie so gut wie keine Windkraftträder aufgestellt haben - man sollte das auch nicht kritisieren -; der Kreis Herzogtum Lauenburg als waldreichster Kreis hat dies ebenfalls nicht getan. Dafür haben sie aber mehr im Bereich Fernwärme geleistet. Ich finde es auch in Ordnung, dass beide Gesichtspunkte gegeneinander verrechnet werden. Ländlich strukturierte Kreise ohne Fernwärme und ohne Windhöflichkeit können beim Thema Klimaschutz aber nur schlechte Karten haben, ohne dies beeinflussen zu können. Oder soll das Umweltranking ein Anreiz sein, möglichst viele Regionalkonferenzen zu veranstalten, obwohl diese keinerlei Einfluss auf die Umwelt haben? Hier werden Verfahren bewertet, nicht aber das Ergebnis und nicht die Situation der Umwelt.

(Beifall bei FDP und CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Just for show!)

- Just for show, das ist es.

Auch bei der Beurteilung zum Treibhauseffekt schießen Sie glatt den Vogel ab. Sie ziehen den Anteil der zugelassenen 3-Liter-Autos in einer Gebietskörperschaft als Kriterium für das Umweltranking heran. Wie soll aber jemand, der im Norden von Sylt wohnt, mit einem 3-Liter-Auto zu seinem Arbeitsplatz in der Mitte des Landes gelangen? Ich glaube, das ist einigermaßen schwierig.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Sie auch fragen, wer denn von den Abgeordneten der grünen Fraktion ein 3-Liter-Auto fährt und wie der Hubraum Ihres Dienstwagens ist, Herr Minister? Ich frage das nur einmal als Anregung.

Ein weiterer Punkt: Bei der Ausweisung von **Naturschutzgebieten** werden FFH-Gebiete und Fördergebiete für den gesamtstaatlich repräsentierten Naturschutz nicht berücksichtigt, obwohl sie sehr gut die Biodiversität der Gebiete beschreiben.

(Wortmeldung der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Nein, meine Redezeit ist gleich zu Ende. Es tut mir Leid.

Die Ausweisung von Naturschutzgebieten erfolgt nur durch das Land. Der Bericht zur biologischen Vielfalt, den wir Morgen besprechen werden, hätte deutlich machen können, dass Zahl und Größe der ausgewiesenen Schutzgebiete ein Maßstab für behördliches Handeln sind, und zwar des Landes, aber nicht für die Biodiversität.

Die Redezeit reicht leider nicht aus, um alle Kritikpunkte aufzuzählen. Als Fazit bleibt: Man kann es wesentlich besser machen. Die FDP-Fraktion beantragt, dass es besser gemacht wird, und sagt, man hätte mit dem Geld wirklich mehr für die Umwelt leisten können.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Herr Abgeordneter Konrad Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ging es wie vielen von Ihnen: Ich erfuhr vom Umweltranking der Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein am Ende der Herbstferien aus den Medien. Ich war erstaunt, dass es meinen Kreis Stormarn getroffen hatte, der dieses Ranking gewonnen hatte.

(Heiterkeit)

Ich sah im „Schleswig-Holstein-Magazin“ den Stormarner Landrat, wie er diesen Wanderpokal übernahm, dahinter eingebildet unser Umweltminister mit einem Heiligenschein. Danach, beim Interview des Reporters mit dem Landrat eines der Kreise, die nicht gewonnen hatten, sah ich unseren Umweltminister mit Hörnern, Teufelhörnern. Ich glaubte zunächst an einen Scherz des NDR.

(Heiterkeit - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie den NDR überschätzt!)

Als ich am nächsten Tag die Zeitungen durchblätterte, war ich zunächst echt sauer - das sage ich ganz deutlich -, schienen mir doch auf den ersten Blick die für den Umweltpreis ausgewählten **Indikatoren** als nicht repräsentativ für das groß angelegte und für alle Regionen des Landes gleich gewichtete Ranking. „Ranking“ - dies übrigens für Herrn Greve - heißt „Rangfolge“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit bei der SPD)

Erst nachdem ich im Internet die Pressemitteilung des MUNF gelesen und mich im InfoNet-Umwelt mit mehr Informationen zum Umweltranking ausgestattet hatte, konnte ich nach einigem Nachdenken diesem neuen Instrument der Bewertung der Umweltsituation im Land halbwegs zustimmen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Der seit kurzem vorliegende Bericht Drucksache 15/1432 geht auf die Fragestellungen unseres Antrages ein und fasst einen Teil der im InfoNet-Umwelt vorliegenden Informationen zu den Zielen, Methoden und zur Indikatorenauswahl zusammen und gibt darüber hinaus Auskunft über die bisherige Information der örtlichen Akteure sowie einen Ausblick auf das weitere Verfahren.

Wir danken dem Minister - bei aller freundschaftlichen Kritik - und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bericht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Worum geht es beim Umweltranking? In 13 Umweltfeldern und mit Hilfe von 22 Indikatoren haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der CAU unser Land daraufhin untersucht, welchen **Status** Umwelt und Naturschutz in den verschiedenen Regionen unseres Landes haben und welchen Stellenwert sie genießen. Nach der Zusammenführung der einheitlich erhobenen Daten, einer Gewichtung und einem Vergleich wurden ein erster, ein zweiter und ein dritter Preis vergeben.

Soweit aus den bisher vorliegenden Informationsquellen ersichtlich, sind diese Umweltfelder und Indikatoren auf der Grundlage der **Umweltgutachten** des Sachverständigenrates beim Bundesumweltminister und vor allem des Gutachtens aus dem Jahr 1998 entwickelt worden.

Ausdrücklich hebt der Bericht hervor, dass sich damit das problemorientierte und verursacherbezogene Vorgehen von medialbezogenen Vergleichen früherer Jahre abhebt und damit den - wie es auf Seite 7 des Berichtes heißt - „komplexen Prozessabläufen, die zwischen den verschiedenen Umweltmedien bestehen, Rechnung getragen wird“.

Die ausgesuchten Indikatoren sollen einen möglichst breiten Bereich des Handelns aller Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen in Umwelt- und Naturschutzfeldern in unserem Land abdecken. Deshalb könnten diese Indikatoren und ihre vergleichende Bewertung sehr wohl dazu dienen, den bisherigen Weg zur Erreichung von definierten Umweltsqualitätszielen zu bewerten und weiteren Handlungsbedarf aufzuzeigen. Damit würde nicht nur dem seit langem erhobenen Vorwurf entgegen getreten, in der deutschen Umweltpolitik fehle es an quantifizierbaren Zielen, sondern es würde auch erreicht, dass Umweltqualitätsziele an sich ins Bewusstsein der handelnden, vor allem auch der nicht handelnden Personen gehoben würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Nun wurde seit dem letzten Monat und wird von einigen Betroffenen im Land weiter behauptet, die verwendeten **Umweltfelder** und **Indikatoren** könnten aufgrund der unterschiedlichen naturräumlichen, soziodemografischen und wirtschaftlichen Bedingungen in unserem Land nicht einem qualifizierten Vergleich dienen. Ich kann diese Behauptung nach Studium der mir zugänglichen Quellen nicht abschließend überprüfen und bewerten. Ich muss aber sagen, der vorliegende Bericht, aber auch das erwähnte Umweltgutachten von 1998 widerlegen diese Behauptung.

(Konrad Nabel)

Auch kann ich nicht abschließend bewerten, Frau Happach-Kasan, inwieweit die Verwaltungen, Verbände, Vereine, Initiativen, also die Betroffenen, umfassend in die Ziele und Methodik dieses Konzepts eingeweiht waren. Die auf Seite 14 abgedruckte kurze Chronologie der Information einer „Vielzahl von Stellen“, wie es heißt, reicht dazu nicht aus. Weil ein Instrument wie das Umweltranking nur dann funktioniert, wenn es ausreichend kommuniziert wird, und wenn die betroffenen Menschen erkennen, durch welches aktive Handeln oder Unterlassen sie den Grad der Umweltqualität ihrer Region verbessern können, muss Beteiligung im Sinne der Partizipation, also Teilhabe, Herr Greve, verstanden sein.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei muss allen Beteiligten klar werden, dass die Kreise und kreisfreien Städte nicht als Gebietskörperschaften, sondern lediglich als Rahmen für die anders schwer definierbaren Regionen unseres Landes beim Ranking dienen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Willkür hoch drei!)

Natürlich, Herr Kayenburg, wird ein neues und bis dahin unbekanntes Instrument vor allen Dingen von negativ Betroffenen reflexartig kritisiert und abgelehnt. Das ist verständlich, so lange nicht genügend Informationen zur Verfügung stehen. Aber ich denke, dieses Stadium haben wir jetzt überwunden.

Die **Berichtspflicht**, die wir vom Minister eingefordert haben, können wir nicht abschließend als erledigt ansehen und wollen deswegen genau so wie Sie dieses Thema weiter im Ausschuss behandeln. Aber während Sie, Frau Happach-Kasan, am liebsten sauertöpfisch auf Ihrer jeweiligen Kritik so lange herumkauen, bis uns und Ihnen schlecht wird, gehen wir von einer guten Absicht unseres Umweltministers aus, auch wenn es diesmal etwas daneben ging.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Hier vorn blinkt das Licht ganz stark, deswegen höre ich gleich auf. - Ich erwarte, dass sich die Fraktionen im Umweltausschuss ausführlich an der vom Ministerium ausdrücklich gewünschten Diskussion von Veränderungsvorschlägen beteiligen, und freue mich auf eine konstruktive Diskussion, Frau Happach-Kasan, die dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes Rechnung trägt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU hat jetzt Frau Abgeordnete Herlich Marie Todsens-Reese.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man stelle sich einmal folgendes Bild vor: Der Umweltminister setzt sein Credo, Umweltschutz gemeinsam mit dem Menschen umsetzen zu wollen, in die Tat um. Er lädt alle Landräte, Oberbürgermeister, den Landkreistag, den Städtetag, die Leiter der unteren Naturschutzbehörden, vielleicht sogar Verbandsvertreter zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch ein. Einziger Tagesordnungspunkt: Initiative für Natur- und Umweltschutz in Schleswig-Holstein. Was können wir gemeinsam tun? Welch eine Chance, gemeinsam eine Konzeption zu ermitteln, die landesweit auf breitere Akzeptanz hätte stoßen können. Aber nein, man kann es eigentlich immer noch nicht glauben, aber offensichtlich haben Sie, Herr Minister, ohne jedes Wissen und ohne jede Beteiligung der Kreise und kreisfreien Städte dieses Umweltranking entwickelt und durchgeführt. Ich sage ganz deutlich, deutlicher vielleicht als der Kollege Konrad Nabel: Darüber täuscht natürlich überhaupt nicht hinweg, was Sie jetzt mit Ihrer Darstellung im Bericht über den Informationsfluss auf Seite 14 vorgelegt haben. Die erstmalige **Veröffentlichung** des Umweltrankings erfolgte am 2. November 2001 und der Vorlauf der Information begann vier Wochen vorher. Dies nenne ich einen peinlichen Vorgang, einen Skandal und eine unglaubliche Behandlung der Beteiligten und Betroffenen in unserem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Alleingang hat der ehrgeizige Umweltminister sein Umweltranking angeordnet und in einer geheimen Kommandosache auf den Weg gebracht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unmöglich!)

Ohne jedes Fingerspitzengefühl haben Sie sich, Herr Minister, zum Oberzensor aufgeschwungen und über die Kreise und kreisfreien Städte Gericht gehalten. Ich sage deutlich: Ein schier unerträglicher Vorgang!

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin sicher, Herr Minister, dass Sie mit Ihrem bundesweit so einmaligen Projekt sicherlich Nützliches tun wollten, vor allem etwas, das Ihrem persönlichen Image nützlich sein sollte.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich frage: Haben Sie diese unausgereifte Effekthascherei wirklich nötig? - So weit zum Verfahren.

(Herlich Marie Todsens-Reese)

Genauso kritisch sind - dies ist schon gesagt worden - die 21 **Umweltindikatoren** und auch die Systematik.

(Konrad Nabel [SPD] : Das ist wissenschaftlich belegt!)

Es beginnt damit, dass alle Indikatoren völlig undifferenziert auf alle Kreise und kreisfreien Städte gleichermaßen angewandt werden, ohne dabei zum Beispiel unterschiedliche naturräumliche Ausstattung oder unterschiedliche strukturelle Situationen zu berücksichtigen. Die **naturräumliche Ausstattung** ist aber zum Beispiel bei der Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten entscheidend, die eben nur dort ausgewiesen werden können, wo das entsprechende Naturpotenzial vorhanden ist. Wie soll dies zum Beispiel mitten auf dem großen zentralen Marktplatz in Lübeck oder in Kiel möglich sein? Sie können hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Im Übrigen sage ich deutlich: Die Landesregierung ist für die Ausweisung der Naturschutzgebiete zuständig.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Ausgerechnet diese Landesregierung ist bei der Bewertung des Umweltrankings bisher ungeschoren davon gekommen.

Neben der bewerteten Anzahl der Schutzgebiete hat für mich zum Beispiel die **Qualität** der **Schutzgebiete** eine ganz herausragende Rolle,

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

also Schutzzweck, Biotopvielfalt, Arteninventar, Seltenheit oder Bedrohung der Arten. Dies ist nach meinem Eindruck in die Bewertung aber überhaupt nicht eingeschlossen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kennt er alles nicht!)

Wir haben es hier nur mit quantitativen Bewertungen und nicht mit qualitativen zu tun. Die unterschiedliche strukturelle Situation wäre zum Beispiel auch beim Thema Landwirtschaft zu berücksichtigen. Die Anwendung der Indikatoren „ökologische Landbaufläche“ und „Extensivierungsprogramme“ auf Kreise und kreisfreie Städte gleichermaßen muss zwangsläufig zu einem völlig verzerrten Bild führen.

So gibt es noch eine ganze Reihe von Beispielen, die ich angesichts der Kürze der Zeit nicht mehr alle nennen kann. Bei Ihrer öffentlichen Zeugnisverteilung ist nur die Verantwortung der Kommunen deutlich geworden. Da helfen alle Ihre Nachbesserungen jetzt nichts, dass Sie das auf die gesamte Fläche, auf alle Verbände und Private beziehen wollten. Damit ist aus meiner Sicht wirklich eine Oberzensur erteilt worden. So sollten Sie mit den Gemeinden und Kommunen

nicht umgehen. Ihr Umweltranking ist insgesamt ein völlig ungeeignetes Instrument mit Indikatoren, die sachgerechte **Vergleichsmöglichkeiten** nicht gewährleisten können.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Umweltränkespiel hat die kommunale Familie in ihrem Selbstverständnis ins Mark getroffen. Zuckerbrot und Peitsche, Lob und Tadel in der von Ihnen gewählten Form, Herr Minister, stehen Ihnen gegenüber den Verantwortlichen und Beteiligten in Kreisen und kreisfreien Städten schlicht nicht zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Reaktionen der Landräte haben dies sehr deutlich gemacht. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie heute in Ihrem Bericht dazu wenigstens ein Wort der Entschuldigung gefunden hätten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Umweltranking eignet sich nicht für persönliche Profilierung. Es gibt wirklich wichtigere und ernstere Natur- und Umweltaufgaben in unserem Land. Die Debatte über den Bericht zur Biodiversität wird dies deutlich aufzeigen.

Aus meiner Sicht sollten wir auf Verantwortungsbewusstsein, Kompetenz, Kreativität und Motivation der Menschen in unserem Land setzen. Vorhin haben Sie einige Instrumente genannt: Förderung, Gesetze und Verordnungen. Sie haben aber die **Instrumente** der **Freiwilligkeit** und der **Anreize** vergessen. Dafür gibt es genügend gute Beispiele in diesem Land: die Modellgemeinde Landschaftspflege, aber auch die umweltfreundliche Gemeinde. Träger ist der Schleswig-Holsteinische Heimatbund.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, bitte beachten Sie die Zeit.

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Ich komme gleich zum Schluss. - Dies sind für mich Instrumente, die weiterentwickelt werden müssen. Darüber könnten wir dann auch gern gemeinsam im Umweltausschuss diskutieren. Ein Umweltranking aber, so wie Sie es gemacht haben, wird von uns abgelehnt. Wir sollten auf bestehende Instrumente zurückgreifen und diese gemeinsam mit diesen Menschen in diesem Land weiterentwickeln. Machen Sie das doch endlich einmal!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, Frau Todsen-Reese, Sie haben eben ein bisschen sehr heftig drauf gehauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Warten Sie mal ab, wenn richtig drauf gehauen wird!)

Sie haben das doch etwas hoch gehängt; denn letztlich handelt es sich um eine pffiffige PR-Aktion.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach so! - Weitere Zurufe von der CDU: Das kennzeichnet also Ihre Umweltpolitik! Dafür gebt ihr Geld aus! Das ist das Geld der Steuerzahler! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Regen Sie sich doch nicht so auf! Wo ist denn das Problem?

(Zurufe von der CDU: Wer regt sich denn hier auf? Das alles ist ja unglaublich!)

- Darf ich weiterreden?

(Zurufe von der CDU: Wissen wir doch nicht! Es werden wirklich einfach Steuergelder verschleudert!)

- Wenn ich dann endlich Ihr Gehör finde, werde ich das gern erläutern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wie viel hat denn die Aktion gekostet?)

Konkurrenz belebt das Geschäft. Sie werden doch nicht müde, das in anderen Bereichen immer wieder zu betonen und zu fordern. Auch und gerade im Umweltbereich, auch und gerade in Zeiten des knappen Geldes gilt das. Deshalb beglückwünschen wir den Innenminister zu der pffiffigen PR-Aktion.

(Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Der eine fliegt mit dem Hubschrauber ins Vogelschutzgebiet und der andere macht solch eine PR-Aktion!)

Wir laden dazu ein, über diese Projekte in eine breite Debatte über Ziele und Methoden einzutreten. Der Minister selber - so haben wir gehört - läßt ja längst dazu ein. Wir wünschen uns eine umfangreiche **Diskussion** vor Ort unter **Beteiligung** der unterschiedlichen Akteure, vom Naturschutz bis zum Bauernver-

band. Ich habe selber mit einigen Verbänden aus den betroffenen Kreisen gesprochen, zum Beispiel aus dem Kreis Stormarn. Die wussten gar nichts von dieser guten Aktion.

(Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Da sieht man mal den Wert der Aktion!)

Das fand ich schade und ich habe die Menschen darauf aufmerksam gemacht. Das nächste Mal werden sie dann eben mit von der Partie sein. Das sind selbstverständlich Versäumnisse, die der Minister auch schon eingeräumt hat. Damit haben wir überhaupt kein Problem.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU)

- Natürlich hat er Fehler gemacht; das ist doch auch eingeräumt worden. Das können Sie doch auch einmal würdigen, ohne darüber gleich in Häme zu verfallen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der ganze Minister ist ein Fehler! Das ist Ihr Problem!)

- Nein, der hat überhaupt keinen Fehler. Pffiffig ist der! Das ärgert Sie. Sie ärgert nämlich, dass Sie nicht auf so eine gute Idee gekommen sind, Herr Kayenburg. Geben Sie es doch zu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Das Umweltranking wirft natürlich Fragen auf. Zum Beispiel wirft es die Frage auf, welche Rolle die Kreise und ihre Repräsentanten für die Identifikation mit einer Gegend spielen. Das stellt sich natürlich im Randgebiet von Hamburg ganz anders dar als zum Beispiel in Nordfriesland. Ich weiß, wovon ich spreche: Ich bin dort aufgewachsen. Damals wusste ich überhaupt nicht, dass ich im Kreis Stormarn lebe. Das war mir auch Wurscht; ich lebte in Hamburg und das reichte mir. Jetzt lebe ich in Nordfriesland und weiß ganz genau, dass ich in Nordfriesland lebe.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja nicht zu fassen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen Sie also!)

Deswegen identifiziere ich mich auch mit meinem Kreis ganz anders als zu der Zeit, als ich noch in Stormarn lebte. Klar?

(Lachen bei der CDU - Zurufe von CDU und FDP)

Insofern wünschen wir uns also, dass weitere Akteure gefunden werden und nicht nur die Chefs der Kreisverwaltungen in den Blick kommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wo wohnten Sie eigentlich noch früher? Ich bin in Freiburg ge-

(Irene Fröhlich)

boren! Da wohnte ich dann! Heute wohne ich in Kiel!

Die Ziele beziehungsweise die Umweltthemen sind oft sehr unsystematisch aufgelistet. Das hat mich persönlich zum Beispiel gestört. Neben neutral oder positiv zu bewertenden Begriffen wie zum Beispiel Landwirtschaft oder Umweltbildung stehen ausgesprochene Negativformulierungen wie zum Beispiel Gewässereutrophierung oder Ähnliches. Das lässt sich natürlich gar nicht zueinander in Beziehung setzen. An diesen Punkten muss noch etwas getan werden.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie Ihre Kritik schon mit so schweren Geschützen ausstatten wollen, wie Sie es getan haben, dann hätte ich mir gewünscht, dass Sie sich eine umweltpolitische und **ökologische Gesamtrechnung** des Statistischen Landesamtes wünschen und diese fordern. Das wäre einmal etwas, was für dieses Land etwas bewegen würde und es nach vorne bringen würde. Dann würde man das Ganze auf ganz andere Grundlagen stellen können. Dann würde das einen ganz anderen wissenschaftlichen und politischen Vor- und Nachlauf haben. Das aber haben Sie nicht gemacht. Sie haben sich darauf beschränkt, plump und platt von „Skandalisierung“, von „zu Gericht sitzen“, von „unglaublich“ oder von „nicht zustehen“ zu sprechen. Sie haben geradezu eine Staatskrise herauf geredet. Was wollen Sie denn eigentlich machen, wenn es wirklich dicke kommt, Frau Todsens-Reese?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Der Rede von Frau Happach-Kasan bin ich sehr aufmerksam gefolgt. Eigentlich wollte ich ein bisschen schärfer darauf reagieren; das spare ich mir jetzt aber. Ich danke Ihnen für Ihre sehr ausführliche Auseinandersetzung mit dem ganzen Umfeld.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ich finde, dass man auf dieser Basis gut weiterarbeiten kann. Das wird in dem Workshop auch so passieren. Ich freue mich auf die weitere Begleitung dieses im Großen und Ganzen guten Ansatzes. Ich wünsche mir, dass der Workshop für unser Land ein bisschen mehr Transparenz, aber auch ein bisschen mehr Power in Bezug auf die Frage, wer die beste Umweltarbeit in welchen Regionen leistet und wer sich daran beteiligt, bringt. Wir müssen klären, was in einem Kreis alles zählt, sodass wir mit der Umwelt insgesamt weiter vorankommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kommt kein Sowohl-als-Auch. Der Antrag der FDP trifft den Kern der Sache recht gut, wenngleich ich das Konzept auch nicht gleich zurückziehen möchte.

(Heiterkeit)

- Achtung: Es kommt noch besser, meine Damen und Herren: Sicherlich hat man im Umweltministerium die Motivation von Akteuren im Land im Auge gehabt. Aber auch ich glaube, dass das gründlich fehlgeschlagen ist. Die Idee eines Umweltranking war mit Sicherheit gut gemeint. Leider aber war die erstmalige **Durchführung** nicht ganz glücklich. Das betrifft vor allem den Punkt, dass der erste Mann der Verwaltung eines Kreises, der Landrat, die Auszeichnung erhält oder eben auch nicht erhält. Diese Vorgehensweise suggeriert, dass die besonderen Leistungen einer Kreisverwaltung oder der Kreispolitik gewürdigt werden. Im Umkehrschluss heißt das aber: Wer am Ende der Reihenfolge steht, hat nichts getan. Vor dem Hintergrund, dass die meisten zugrundegelegten Faktoren weder durch die Kreisverwaltung noch durch die Kreispolitik beeinflussbar sind, tut das im Einzelfall schon sehr weh.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man kann nichts dafür und steht doch in der Öffentlichkeit schlecht da. Ich glaube nicht, dass dies der Motivation des Einzelnen zuträglich ist - im Gegenteil: Die Akzeptanz der Umweltrangfolge wird eher sinken. Das hört man teilweise ja auch.

Wie die FDP glauben auch wir nicht, dass man alle Kreise und kreisfreien Städte ohne Weiteres miteinander vergleichen kann.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU]: Genau, Lars!)

In der Tat gibt es Windenergie vorwiegend nur dort, wo Flächen vorhanden sind und wo genügend Wind bläst. Das heißt im Regelfall, dass der Westen des Landes Vorteile hat, die durch keine Anstrengung der Welt im Kieler Stadtgebiet aufgeholt werden können.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, wunderbar!)

Anders herum, wäre es nun wirklich sinnlos, an der Westküste ein flächendeckendes Fernwärmenetz aufzubauen. Insofern haben die Städte von vornherein Vorteile. Für die jeweils zahlenmäßig schlechter da-

(Lars Harms)

stehende **Region** sind die angeblichen Nachteile aber nicht korrigierbar. Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass diese regionalen und strukturellen Unterschiede bewusst in Kauf genommen wurden. Wozu soll also motiviert werden? Man kann nichts ändern und es ist auch nicht sinnvoll, etwas zu ändern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Erfassung der Daten ist vernünftig. Auch der **Vergleich der Daten** miteinander ist unter bestimmten Umständen natürlich zielführend. Die Frage ist aber, ob so ohne Weiteres eine Rangfolge unter Berücksichtigung aller Daten aufgestellt werden kann. Die Daten sind so unterschiedlich, dass die Aufstellung einer Rangfolge wohl eher schwierig ist. Ich glaube, man sollte von dieser Vorgehensweise in Zukunft Abstand nehmen. Sinnvoller ist es, die Ergebnisse der einzelnen Sparten miteinander zu vergleichen und dann mit den einzelnen zuständigen Akteuren zu sprechen. So wäre nicht nur die Motivation zu steigern; vielmehr hätte die Landesregierung gleich die Möglichkeit, konkrete Hilfestellungen für die Akteure zu geben. Dies wäre auf jeden Fall zielführender als die ständige Demotivation der unterlegenen Kreise, weil sie bestimmte Ausprägungen der Kriterien ohnehin nicht ändern können, dafür aber regelmäßig negativ in der Presse erwähnt werden.

Das Aufstellen der **Umweltrangfolge** hat natürlich auch seine guten Seiten. Man geht selber ein bisschen in sich. Vergleicht man die Parteien untereinander, so stellt man fest, dass Landtagsabgeordneten des SSW hier recht gut abschneiden.

(Heiterkeit)

So ist die Windenergiequote pro Abgeordnetem in unseren Wahlkreisen wesentlich höher als bei allen anderen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ähnlich gute Quoten finden sich für uns bei der Landwirtschaft und beim Naturschutz, die beide in unseren Wahlkreisen recht gut abschneiden.

(Zurufe)

Auch der Flächenverbrauch im Parlament hält sich unsererseits in Grenzen.

(Heiterkeit)

Allerdings müssen wir feststellen: Mit ständig mehr SSW-Abgeordneten im Landtag drohen wir unsere Spitzenposition zu verlieren.

(Heiterkeit)

Der Knüller ist aber immer noch unser absolut guter Topplatz, was die Vermeidung des Treibhauseffektes angeht, welcher am Anteil der 3-Liter-Autos gekoppelt wird. Mit dem Mittelklasse-Volvo der Kollegin Spoo-rendonk, dem VW Lupo meiner Kollegin Hinrichsen und meinem Smart sind wir wohl von keiner Fraktion in diesem hohen Hause auch nur im Entferntesten einzuholen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Somit können wir feststellen: Der SSW hat in der parteiinternen Umweltrangfolge die Nase vorn.

(Heiterkeit - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihr seid ja auch nur zu dritt, Lars!)

Sie sehen, man kann so eine Umweltrangfolge für alles und jedes gebrauchen und missbrauchen. Daher sollten wir sehr sorgsam damit umgehen und das Ganze noch mal genau überarbeiten, wie auch von der Landesregierung vorgesehen - und die Kreise und kreisfreien Städte mit ins Boot holen. Das Umweltranking muss überarbeitet, aber nicht von vornherein abgeschafft werden. Wir müssen aus dem schlechten Start lernen und etwas Besseres aufbauen. Dies wäre zukunftsorientiert.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Uwe Greve das Wort.

Uwe Greve [CDU]:

Herr Vizepräsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Nabel, wie bürgernah debattiert eigentlich unser Landtag?

Ich habe mit Mikrofon und Tonband eine Umfrage in der Kieler Holstenstraße vor der Buchhandlung Lipsius & Tischer durchgeführt: „Was bedeutet Umweltranking?“

Ich habe 43 Passanten befragt. 11 davon gaben keine Antwort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss an Ihnen gelegen haben! - Unruhe)

Ich möchte Ihnen die interessantesten Antworten nicht vorenthalten.

Schuhverkäuferin, 25: Umweltranking? - Damit kann ich nichts anfangen.

(Uwe Greve)

Rentner, 83: Wir hatten kein Englisch in der Schule. Ich kann nur etwas Russisch aus der Gefangenschaft.

(Heiterkeit)

Schweißtechniker, 38 - Es ist keine parlamentarische Formulierung, die ich jetzt zitiere -: Verarschen kann ich mich allein.

Bankangestellter, 26: Umweltranking? - Keine Ahnung! Homebanking, dazu könnte ich etwas sagen.

(Heiterkeit)

Alleinerziehende Hausfrau, 31: Ich weiß nicht. Vielleicht Ränkeschmiede in der Umweltpolitik.

(Heiterkeit und Beifall)

Dozent, 29: Ranking, ich glaube, das Wort kommt von „rank“. Das heißt unter anderem so etwas wie „üppig“ oder „wild wachsend“. Vielleicht ist eine üppige, vielseitige Pflanzenwelt gemeint.

(Heiterkeit und Beifall)

Marineoffizier, 49: Fragen Sie mich etwas Besseres, aber Ranking-Offizier ist im amerikanischen der rangälteste Offizier.

(Heiterkeit)

Eine einzige Person von 32 kam der Sache nahe,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war der Umweltminister!)

Beamter im Kieler Rathaus, 46: Darüber stand doch kürzlich etwas in der „Landeszeitung“, so eine Erhebung zur Umweltpolitik oder so etwas. - Er kam der Sache am nächsten.

Wie der Zufall aber so will, kam auch ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter vorbei,

(Anhaltende Heiterkeit und Beifall)

kein Kieler und kein Mitglied des Umweltausschusses.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer? - Unruhe)

- Seinen Namen will ich hier pietätvoll verschweigen, weil es mir um die Sache geht. Ich hätte ihn gern befragt, aber wenige Schritte vor mir machte er eine straffe Wendung und ging in die Buchhandlung.

(Heiterkeit und Beifall)

Das spricht für ihn. Ich dachte: Aha, der Mann hat vielleicht geahnt, was du fragen willst und kauft sich jetzt ein englisch-deutsches Wörterbuch.

(Heiterkeit)

Warum-, so frage ich uns alle - sprechen wir nicht einfach von einer Bewertung der Umweltsituation in

unseren Städten und Kreisen? - Das könnte jeder verstehen.

Wie sagte doch der Kulturphilosoph Eduard Spranger, den viele von Ihnen gut kennen: „Bei manchen Politikern hat man den Eindruck, dass sie bewusst vom Volke nicht verstanden werden wollen, weil sie ihr Herrschaftswissen für so wertvoll halten, dass es von der Allgemeinheit lieber nicht verstanden werden soll.“

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

(Roswitha Strauß [CDU]: Er war in der Buchhandlung! - Heiterkeit und Zurufe)

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Thema war weder eine clevere PR-Aktion, Frau Kollegin Fröhlich, noch war es dazu geeignet, andere Leute hier vorzuführen, Herr Kollege Greve.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erinnert mich sehr an die unsägliche Diskussion in diesem Haus um das Friseurseabitur.

(Heiterkeit)

Noch ist das Thema geeignet, lächerlich gemacht zu werden. Es handelt sich nach meinem Dafürhalten vielmehr um den ernst gemeinten Versuch, den Umweltzustand in unserem Land quantifizieren zu wollen, bundesweit im Übrigen getragen durch Wissenschaft und Forschung sowie der allgemeinen Akzeptanz des 1998 veröffentlichten Umweltgutachtens beim Bundesumweltminister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin schon etwas irritiert, ich will nicht sagen „enttäuscht“ - das würde die Situation nicht richtig darstellen -, wie hier Themen, mit denen die Landtagsabgeordneten dieses Hauses in ihren Wahlkreisen - ob städtisch oder ländlich - umzugehen haben, durch einen Kakao gezogen werden, den sie hinterher selber austrinken, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von der CDU)

Ein Instrument zur Bewertung des Handelns und Nichthandelns im Umweltbereich ist uns sehr wichtig. Es ist dringend nötig, um Entscheidungen für die Zukunft auf eine vernünftige Basis stellen zu können. Deshalb ist eine Rangfolgenmittlung im Bereich der

(Konrad Nabel)

Umwelt- und Naturschutzsituation sehr wohl ein richtiges Instrument, Herr Kollege Greve.

(Uwe Greve [CDU]: Ich habe doch die Sache gar nicht infrage gestellt, Herr Kollege!)

Ich kann nur wiederholen: Es ist vielleicht etwas schief gegangen, Herr Minister. Ihre Absicht begrüße ich außerordentlich. Ich denke, dafür haben Sie auch die Unterstützung zumindest der linken Hälfte des Hauses.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die guten Vorschläge, die auch aus den Reihen von CDU- und FDP-Kommunalvertreterinnen und -Kommunalvertretern inzwischen angekommen sind, um die Diskussion so zu führen, dass dieses Instrument insgesamt verbessert wird - eigentlich will man gern in die Bewertung hinein, man möchte es nur bewusst tun können - jetzt nicht aufgreifen zu wollen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wäre sehr schade. Deshalb lehnen wir den Antrag der FDP ab und wir lehnen vor allem den Antrag der CDU ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Form der heutigen Debatte hat sich der Landtag in einzelnen Teilen selbst missbilligt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Es liegen drei Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. - Zunächst Frau Abgeordnete Jutta Scheicht.

Jutta Scheicht [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ein **Ranking** den **sinnvollen Zweck** haben soll, vorbildliches Verhalten herauszustellen und zu Nachahmungen anzuregen, dürfte das vor dem Hintergrund, dass der Preis schon vergeben wurde, aber erst im Frühjahr 2002 die Diskussionen stattfinden und der Arbeitskreis tagt, gründlich misslungen sein. Das haben wir heute hier von allen Parteien gehört.

Herr Nabel sprach von einem Aprilscherz. Herr Greve hat das noch ein bisschen lustiger formuliert. Herr Nabel, Sie dürfen das Herrn Greve nicht vorwerfen.

Herr Minister, ich frage Sie: Ist es denn eines Ministeriums würdig, sich auf dieses Niveau herunter zu begeben?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er schüttelt den Kopf! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Niveau hat der

Landtag gesetzt! Das muss man wirklich einmal deutlich sagen! Das Niveau ist von der CDU-Fraktion gesetzt worden! Deshalb bin ich da rausgegangen!)

Ich hoffe wirklich, dass die Sinnhaftigkeit und die Ergebnisse - dieses Niveau möchte ich hier ansprechen, Herr Hentschel -, die diese Diskussionen im Frühjahr 2002 haben werden, dazu führen werden, dass das Umweltranking das erste Mal und das letzte Mal stattgefunden hat,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genauso! - Beifall des Abgeordneten Dr. Johann Wadehul [CDU])

denn die Bürger und die Landräte können sich sehr gut darüber informieren, was sie für ihren Ort machen können, und wünschten sich so ein oder anderes Mal, dass die Anträge, die sie an das Land und das Ministerium richten, schneller behandelt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Herrlich Marie Todsens-Reese.

(Zuruf von der CDU: Nachher kommt der Minister dran!)

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Fröhlich, deutlicher als mit Ihrem Begriff der „pfiifigen PR-Aktion“ hätten Sie gar nicht sagen können, was hinter dieser Aktion insgesamt stand.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir alle sollten für uns nach wie vor in Anspruch nehmen, dass wir uns sehr wohl gemeinsam bemühen, hier in Schleswig-Holstein eine vernünftige Natur- und Umweltpolitik zu machen. Die Aktion, so wie sie angelegt war, nämlich eine pfiifige **PR-Aktion** - wer soll es besser wissen als die grüne Kollegin, Frau Fröhlich, des grünen Umweltministers, Herrn Müller? -,

(Beifall bei CDU und FDP)

ist aus meiner Sicht nicht in Ordnung.

Ich will dazu ein Weiteres sehr deutlich sagen, liebe Frau Fröhlich: Wünschenswertes statistisches Zahlenmaterial des Statistischen Landesamtes! Was wünschenswert wäre, dass wir von dieser Regierung - das ist das, was ich heute einfordere - endlich den **Umweltbericht** für Schleswig-Holstein bekommen, der pro Legislaturperiode einmal abzugeben ist. Ich kann

(Herlich Marie Todsens-Reese)

mich im Moment nicht daran erinnern, dass wir diesen in der letzten Legislaturperiode bekommen hätten. Im Umweltbericht sollte sich eine Regierung mit der Situation des Natur- und Umweltschutzes in unserem Land auseinander setzen. Das wäre ein wichtiges und richtiges Instrument, Herr Minister. - Sie nicken. Ich frage mich, ob Sie den Umweltbericht schon auf den Weg gebracht haben.

(Minister Klaus Müller: Ja!)

Auf jeden Fall ist er in der vergangenen Periode diesem Haus nicht vorgetragen worden.

Ich sage ein Weiteres. Sie haben vorhin von **Transparenz** und **Wettbewerb** gesprochen. Transparenz ist eine Lachnummer. Das wissen wir. Das ist eingefordert worden. Es war alles andere, aber nicht transparent.

Ich sage dazu noch einmal: Man könnte auch den Eindruck haben - das ist sehr wohl diskutiert worden -, dass Sie über diesen Weg und den Weg des eingeforderten Wettbewerbs - wir bewegen uns auf diesem Sektor nicht in der freien Wirtschaft, um auch das einmal deutlich zu sagen - nur darüber hinwegtäuschen wollen, dass Sie nicht mehr genügend Geld haben, das Sie letztlich den Kreisen zur Verfügung stellen können, damit diese ihren Aufgaben, zum Beispiel im Natur- und Artenschutz, gerecht werden. Dann sucht man sich etwas anderes und spielt die Kreise wohlmöglich noch gegeneinander aus. Das sind die Dinge, bei denen ich in der ganzen Diskussion ein Problem habe. Darum sage ich hier noch einmal ganz klar und deutlich: Ein Umweltranking brauchen wir nicht. Was wir brauchen, ist endlich die Vorlage des Umweltberichts. Darauf aufbauend können wir über vernünftige, richtige und erforderliche Maßnahmen reden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Oppositionsführer, Herrn Martin Kayenburg.

(Jürgen Weber [SPD]: Das ist dem Thema auch angemessen!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass der Herr Nabel Kritik schlecht vertragen kann, ist bekannt. Ich jedenfalls bin Frau Fröhlich außerordentlich dankbar, dass sie hier deutlich gemacht hat, dass es sich um einen **PR-Gag** handelt. Was mir ärgert, ist, dass hier Steuergelder für solch ein Umweltranking

verschleudert werden, das überhaupt keine Aussagekraft hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich frage mich, wie dieser selbst ernannte Richter über die Umweltaktivitäten der Kreise dazu kommt, eine derartige Bewertung **ohne Rechtsgrundlage** zu machen. Was soll denn passieren, wenn plötzlich auch andere Ministerien dazu kommen, ohne Rechtsgrundlage zu bewerten, beispielsweise sicherheitsrelevante Institutionen in Kreisen oder Ähnliches? Ich bin der Auffassung, dieser Umweltminister hat an dieser Stelle einen völlig falschen Weg beschritten. Ich will das auch beweisen.

(Beifall bei der CDU - Günther Hildebrand [FDP]: Nicht nur da!)

- D'accord, Herr Hildebrand!

Wenn Sie sich das **Umweltranking** ansehen, stellen Sie fest, dass Folgendes passiert. Es werden Siedlungsabfall, Umwelt-Audit, 3-Liter-Autos, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Regionalkonferenzen und Altlasten nach Punkten addiert, das Ganze wird dividiert durch die Zahl der Kriterien und dann kommt ein Ranking heraus. Wenn das nicht Äpfel und Birnen sind! Ich weiß nicht, wie da eine korrekte Umweltpolitik beurteilt werden soll.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für mich ist diese Gewichtung eine reine Scharlatanerie, zumal die Kreise auf viele der Kriterien überhaupt keinen Einfluss haben. Es handelt sich zum Teil um Weisungsausgaben, zum Teil um Aufgaben, die von der Landesregierung direkt beeinflusst werden. Es handelt sich sogar um Entscheidungen, die die Landesregierung selbst getroffen hat. Das heißt, im Grunde beurteilt dieser Landesminister sich selbst und versucht eine reine Selbstdarstellung, aber mit Sicherheit keine sachgerechte Beurteilung der Landkreise in diesem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, ich will Ihnen einen Leserbrief, der in der „Norddeutschen Rundschau“ gestanden hat, nicht vorenthalten. Darin steht, dass eine vergleichende Bewertung so unterschiedlicher Ausgangssituationen - dann wird auf Ballungsgebiete und Flächenkreise und so weiter hingewiesen - ein völliger Schwachsinn sei. Das ist es auch, wenn man beispielsweise eine Autodichte in einem Flächenkreis wie Nordfriesland und 3-Liter-Autos in Kiel miteinander vergleicht oder wenn man die ÖPNV-Nutzung in einem Landkreis mit der ÖPNV-Nutzung in Kiel vergleicht. Natürlich kann der Student hier in Kiel den Omnibus benutzen. Ich frage Sie, wie das in Aufer oder in Wewelsfleth oder an der

(Martin Kayenburg)

Ostküste in den Dörfern aussieht, wenn überhaupt kein Bus oder ÖPNV vorhanden ist. Herr Minister, dies ist Scharlatanerie und keine sachliche Bewertung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dieses Umweltranking kommt mir vor wie eine Statistik aus den 30er-Jahren aus Ostpreußen. Da ist nämlich festgestellt worden, dass in Jahren, in denen die Ernte besonders gut war, viele Störche da waren. Im Folgejahr bekamen auch die Bauern, weil die wirtschaftliche Situation entsprechend war, viele Kinder. Die Konsequenz ist: Viele Störche bringen viele Kinder. - Das ist Umweltranking, Herr Minister!

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich beim Umweltminister für diese Aktion.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben nichts anderes erwartet!)

Wir haben heute Morgen über die **Gleichwertigkeit der Regionen** in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung geredet. Hier wird plötzlich bestritten, dass es im Bezug auf die **Umweltentwicklung** bei unterschiedlichen Regionen - wie jeder weiß, sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch unterschiedlich - möglich ist, Vergleiche herzustellen. Es sind eine Reihe von Kriterien vom Umweltminister angewandt worden. Die Kriterien hat er sich nicht selbst ausgedacht, sondern sie basieren auf einer Studie, die von Fachleuten erstellt wurde,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche Fachleute denn?)

die sich mit dem Thema wahrscheinlich seit Jahren wissenschaftlich

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wissenschaftlich ist gut! Sie wissen doch gar nicht, was das ist!)

beschäftigen. Sie haben das wesentlich intensiver getan, als Sie das je getan hätten, Herr Kubicki.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Hören Sie auf, immer dazwischen zu quatschen, das geht auf die Nerven!

Leider ist Umweltpolitik immer noch keine Selbstverständlichkeit; leider ist Umweltpolitik immer noch etwas für Zeiten, in denen es Krisen gibt. Wenn es Krisen und Probleme gibt, dann besteht plötzlich das gesamte Parlament aus Umweltpolitikern. Wenn es aber normal läuft, wenn es ruhige Zeiten gibt und kein Skandal passiert, ist Umweltpolitik ein Steinbruch, aus dem die rechten Fraktionen Geld fordern, um damit alles mögliche andere zu finanzieren. Dann kommt anschließend die umweltpolitische Sprecherin der CDU und fragt: Warum hat der Umweltminister so wenig Geld? - So kann man doch nicht ernsthaft diskutieren.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ausnahmsweise ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Hentschel, würden Sie mir Recht geben, dass es Ihre Kollegin aus der grünen Fraktion, Frau Fröhlich, war, die diese Art und Weise des Umweltrankings als PR-Kampagne bezeichnet hat?

(Beifall bei der FDP)

- Lieber Herr Garg, ich glaube,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Offen und ehrlich!)

wenn man sich für die Umwelt einsetzt, dann muss man für **Umweltpolitik** auch **Werbung** machen. Darum kommt man nicht herum. Man muss sich engagieren, man muss Menschen gegebenenfalls auch einmal provozieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nicht so!)

Ich glaube, dass diese Aktion eine lebhafte Debatte über Kriterien der Umwelt in diesem Land hervorgerufen hat. Das ist gut so.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Wolfgang Kubicki [FDP]: Hat sie nicht!)

(Karl-Martin Hentschel)

Ich sehe diese Aktion als eine Aktion, die Menschen wachgerüttelt hat und die eine Debatte angestoßen hat.

(Lachen bei der CDU - Zurufe von CDU und FDP)

- Ja, natürlich, es haben sich genügend Leute darüber geärgert, dass sie nicht auf Platz eins standen.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Das ist der Sinn von Wettbewerb. Diejenigen, die oben stehen, haben es logischerweise begrüßt. Ich glaube, jeder hat die Chance zu glänzen, jeder kann sich im nächsten Jahr anstrengen, um auch oben zu stehen und sich über die Aktion zu freuen. Ich beglückwünsche den Umweltminister zu dieser erfolgreichen frechen Aktion im Sinne des Umweltschutzes in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Müller. Ich weise darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung nach seinem Beitrag die Aussprache wieder eröffnet ist und den Fraktionen damit die Hälfte der festgesetzten Redezeiten wieder zur Verfügung stehen.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr beeindruckt. Mir ist in den eineinhalb Jahren bisher wenig gelungen,

(Lachen und Beifall bei CDU und FDP)

was offensichtlich so sehr ins Schwarze getroffen hat, dass Sie sich so sehr darüber ereifern müssen.

Sie haben darüber gesprochen, was eine PR-Aktion ist. Eine **PR-Aktion** ist aus meiner Sicht: Herr Kubicki auf dem Motorrad, Jürgen W. Möllemanns Fallschirmsprung oder von mir aus auch Klaus Töpfers Aktion, quer durch den Rhein zu schwimmen. Meines Erachtens aber keine PR-Aktion, wohl aber hoffentlich eine **pfiffige Idee** ist es, hinzugehen und Umweltpolitik nicht mehr ausschließlich mit dem Ordnungsrecht zu machen. Das tun wir auch, Frau Kollegin Todsensee, das machen wir dort, wo es richtig und angemessen ist. Das bedeutet, Umweltpolitik nicht mehr allein mit dem Geldbeutel zu gestalten. Wir nutzen die gestalterischen Möglichkeiten durch Haushaltsmittel dort, wo es richtig und angemessen ist; angesichts der knappen Haushaltskasse aber nicht mehr in dem Maße, in dem ich es mir wünsche. Wir suchen vielmehr einen dritten Weg. Roman Herzog hat einmal gesagt,

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

durch dieses Land möge ein Ruck gehen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Das war eine kluge Aussage eines klugen Bundespräsidenten. Eine Fraktion in diesem Landtag hat er nicht erreicht, nämlich die der CDU-Fraktion, die immer noch auf traditionellen, verstaubten Wegen geht, die nach wie vor der Umweltpolitik keine Priorität einräumt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kayenburg, wenn Sie wirklich den Bericht zum Umweltranking gelesen hätten,

(Martin Kayenburg [CDU]: Geben Sie sich doch einen Ruck und hören Sie auf!)

hätten Sie gemerkt, dass dort nirgendwo Werte des ÖPNV miteinander verglichen werden, wie Sie das - ausweislich des Protokolls - hier behauptet haben. Das haben wir nicht getan. Das zeigt nur, dass Sie das nicht gelesen haben. Sie haben das auch nicht verstanden. Es gibt in Schleswig-Holstein keine von mir genannten **Indikatoren**, die diesen **umweltrelevanten Bereich** beschreiben würden. Das beweist nur, dass sich leider die Opposition bis heute populistisch zu einem innovativen Instrument äußert,

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsensee-Reese [CDU])

es aber immer noch nicht für nötig befunden hat, sich damit tatsächlich detailliert zu beschäftigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie mögen in Ihrer Ecke verharren. Ich halte es mehr mit dem Kreispräsidenten Nordfrieslands, Herrn Wree; ich halte es mehr mit dem Landrat des Kreises Plön oder Stormarn,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

ich halte es mit dem Oberbürgermeister von Flensburg. Das ist eine breite Palette der parteipolitischen Landschaft in diesem Land. Sie alle sagen, Transparenz und Wettbewerb ist ein richtiger Weg. Und jemand, der den ersten Schritt macht, geht besser,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

als diejenigen, die immer still und rückwärts gewandt

(Minister Klaus Müller)

in der Ecke der umweltpolitischen Ignoranz der CDU und FDP verharren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Die festgesetzte Redezeit pro Fraktion betrug fünf Minuten. Die Hälfte steht den Fraktionen jetzt wieder neu zu.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU braucht erst einmal einen Taschenrechner!)

Frau Kollegin Dr. Happach-Kasan hat das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Umweltminister hat eben für Transparenz geworben; das sei das Mittel der Wahl. Herr Umweltminister, genau diese **Transparenz** fordern wir in vielen Berichtsunterlagen von Ihnen ein. Wir bekommen in Punkto Transparenz nichts Neues von Ihnen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Berichte des Umweltministeriums werden schlechter, je länger Sie im Amt sind. Es ist absolut unerträglich.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir wollen ganz deutlich sagen, dass die FDP immer für Wettbewerb steht. Aber wir stehen nicht für Wettbewerb, damit sich Leute ärgern, wie Herr Hentschel das gesagt hat, sondern wir stehen für Wettbewerb, damit der Beste gewinnt. Genau das ist das Kriterium.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wer Wettbewerb will, der muss mit den Menschen in diesem Land kommunizieren. Ich finde es schon bedenklich, wenn der Beitrag des Kollegen Greve hier ins Lächerliche gezogen wird. Er hat 43 Menschen befragt und musste feststellen - fragen Sie doch einmal selbst in Ihrem Kreis herum -, dass **Umweltpolitik** nicht transportiert wird und bei den Menschen nicht ankommt. Wie sollen wir einen Wettbewerb im Bereich der Umweltpolitik machen, wenn wir die Menschen nicht erreichen, wenn sie nicht verstehen, um was es überhaupt geht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es ist natürlich eine schwierige Situation. Der eine spricht von Transparenz und Frau Fröhlich spricht von **PR-Aktion**. Frau Fröhlich, einmal ganz transparent: Worüber wird bei den Grünen diskutiert? - Wie die Grünen die beste PR-Aktion machen können, das ist anscheinend Ihr Thema.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist auch kein Wunder, so wie Sie dastehen, brauchen Sie gute PR-Aktionen. Aber Sie dürfen nicht die Umweltpolitik dieses Landes und die kommunalen Körperschaften dieses Landes in einer solchen Weise für PR-Aktionen missbrauchen. Das geht nicht.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein letzter Satz zum Schluss. Herr Kollege Nabel, Ihren Beitrag habe ich im Wesentlichen gut gefunden. Aber - gut gemeint reicht nicht. Wir verlangen von einem Ministerium, das so viel Geld hat wie Ihres, Herr Minister, dass es auch gut gemacht wird. Und das haben Sie nicht gut gemacht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Damit schließe ich die Beratung. Wir treten dann in die Aussprache - -

(Heiterkeit)

- Ich meine natürlich, wir treten in die Abstimmung ein. Wir stimmen jetzt ab.

Ich bitte zuzuhören, weil wir ein kompliziertes Verfahren vor uns haben. Es geht um den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1432. Es wurde einstimmig beantragt, diesen Bericht zur abschließenden Beratung an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1377: Der Bericht, der darin gefordert wurde, ist heute gegeben worden. Damit ist der Antrag erledigt.

Wir kommen zu den Anträgen der Fraktionen von CDU und FDP. Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, dass wir über die Anträge zuerst zu entscheiden haben, die am weitestgehenden sind. Der FDP-Antrag beinhaltet, wenn das Präsidium es richtig verstanden

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

hat, zunächst die Konzeption zurückzuziehen. Man behält es sich aber offen, eventuell noch einmal ein Umweltranking durchzuführen. Der Antrag der Fraktion der CDU sagt in Absatz 2: Grundsätzlich kein Umweltranking. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU im Absatz 2 der Drucksache 15/1440 im Vergleich zum Antrag der FDP, Drucksache 15/1353, weitgehender. Wir stimmen also zunächst über den zweiten Absatz des Antrags der Fraktion der CDU ab.

Wer dem Absatz 2 des Antrags der CDU, Drucksache 15/1440, mit dem Text: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Umweltranking zukünftig nicht mehr durchzuführen“, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1440, Absatz 2, ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1353. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1353, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung von CDU und SSW abgelehnt worden.

Noch offen ist der Absatz 1 des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1440. Dieser Absatz des Antrags lautet:

„Der Landtag missbilligt das Vorgehen des Umweltministers bei der Durchführung des Umweltrankings - insbesondere die fehlende Beteiligung der Kreise und kreisfreien Städte.“

Wer diesem Missbilligungsantrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Absatz 1 des Antrags der CDU, Drucksache 15/1440, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe in Übereinstimmung mit den Geschäftsführern den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1413

Bericht und Beschlussempfehlung des Sonderausschusses „Fortschreibung des kommunalen Verfassungsrechts“

Drucksache 15/1458

Ich darf darauf hinweisen, dass dieser Antrag am gestrigen Tag in erster Lesung eingebracht worden ist. Normalerweise ist es so, dass zwischen der ersten und der zweiten Lesung ein voller Tag liegen soll. Hier wäre die Situation jetzt so, dass dann, wenn wir diesen Tagesordnungspunkt heute in zweiter Lesung ohne Aussprache verabschieden, die Frist nicht eingehalten ist. Wir können davon aber abweichen, wenn nicht 18 Abgeordnete des Landtags etwas anderes begehren. Der Grund der Bitte der Landesregierung, die zweite Lesung vorzuziehen, hängt mit der Drucklegung und Veröffentlichung zusammen, die sonst nicht mehr zeitgerecht erfolgen kann.

Hat jemand Einwände dagegen, beziehungsweise haben 18 Kolleginnen oder Kollegen Einwände dagegen, dass wir jetzt die zweite Lesung vornehmen? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass der Landtag einstimmig der Verkürzung der Frist - entsprechend unserer Geschäftsordnung - zustimmt.

Ich stelle den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/1413, Bericht- und Beschlussempfehlung des Sonderausschusses, Fortschreibung des kommunalen Verfassungsrechts, Drucksache 15/1458, zur Abstimmung. Möchte die Berichterstatterin das Wort ergreifen?

Maren Kruse [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sonderausschuss Fortschreibung des kommunalen Verfassungsrechts hat den durch Plenarbeschluss vom heutigen Tag überwiesenen Gesetzentwurf in seiner heutigen Sitzung beraten. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Entwurfs.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Gesetzentwurf, Drucksache 15/1413, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf vom Landtag einstimmig verabschiedet.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Trilaterale Wattenmeerkonferenz von Esbjerg

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1356

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1378

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Wollen Sie Bericht geben? - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Umweltminister Müller das Wort zum Bericht.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Gern komme ich der Bitte nach, Ihnen aus erster Hand über die Ergebnisse der Trilateralen Wattenmeerkonferenz von Esbjerg vom 31. Oktober dieses Jahres zu berichten. Der schriftliche Bericht der Landesregierung vom 9. November liegt Ihnen bereits vor. Ich kann mich also auf die wichtigsten Inhalte beschränken. Ich bin gespannt, ob Frau Dr. Happach-Kasan ihre Wertung aufrecht erhält.

Zur **Schiffssicherheit** einschließlich **PSSA**: Als ein wichtiger, aber nicht einziger Schritt zur Verbesserung der Schiffssicherheit im gesamten Wattenmeer wurde auf der Konferenz beschlossen, das trilaterale Schutzgebiet als PSSA, also als besonders empfindliches Meeresgebiet, bei der IMO, der International Maritime Organisation, anzumelden. Dies kann auf Basis bestehender Maßnahmen geschehen und beeinträchtigt selbstverständlich nicht den freien Zugang zu unseren Häfen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms
[SSW])

Allerdings soll das PSSA-Gebiet als Teil des Konzerts aller Maßnahmen zur Erhöhung der Schiffssicherheit der auf dem Wattenmeer vorgelagerten Seeschiffahrten einwirken. Dies ist schon lange eine berechtigte Forderung der Regionen gewesen, der ich in diesem Punkt gern nachgekommen bin. Wir werden hier in Schleswig-Holstein zu diesem Thema noch öffentliche Informationsveranstaltungen - so wie vorher versprochen - in Abstimmung mit den Kreisen durchführen, bevor die Bundesregierung den Schritt der Anmeldung bei der IMO tatsächlich vollzieht.

Zum Stichwort **Welterbe**! Hierzu wurde im Gegensatz zum PSSA-Gebiet noch nicht beschlossen, einen konkreten Antrag zu stellen. Hier war die Forderung der Regionen, noch nicht zu entscheiden. Auch dieser Forderung habe ich entsprochen, wenn es auch nicht einfach war, die Dänen von der Fortsetzung des Betei-

ligungsverfahrens zu überzeugen. Wie Sie wissen, haben sich die betroffenen dänischen Amtskommunen konkret gegen die Anmeldung als Welterbe entschieden. In diesem Zusammenhang hat übrigens die UNESCO signalisiert, dass sie auch die Anmeldung des niederländischen und deutschen Wattenmeers allein, unter Verzicht auf den kleinen dänischen Wattenmeeranteil, akzeptieren würde. Ich betone aber, dass mir eine trilaterale Anmeldung wesentlich lieber wäre. Die zwei Jahre, die wir uns genommen haben, sollten auch dazu benutzt werden, bei uns wie in Dänemark für Unterstützung zu werben.

(Beifall beim SSW)

Wie das **Beteiligungsverfahren** in Schleswig-Holstein fortgeführt werden soll, werden wir ebenfalls in Absprache mit den Kreisen und den örtlichen Vertreterinnen und Vertretern klären, so wie wir das auch in der Vergangenheit gehalten und getan haben. Herr Feddersen wird sich an den Brief erinnern, den ich ihm geschrieben habe und dessen Inhalt wir 1:1 eingelöst haben.

(Unruhe)

Zum **Wattenmeerforum**: Wie überall auf Landes- und Bundesebene besteht auch auf trilateraler Ebene der Wunsch, die örtlichen Interessenvertreter stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten!

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Danke, Herr Präsident! - Deshalb wurde auf Vorschlag der Verbände ein Wattenmeerforum eingerichtet und ein Vorsitzender bestimmt, damit die Vertreterinnen und Vertreter von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung des Wattenmeers erarbeiten können.

Dabei sind der existierende Schutz des Wattenmeeres zu respektieren, die ökonomische Entwicklung sowie der Erhalt der Lebensqualität der Menschen sicherzustellen.

Das sind einige Schlaglichter aus dem Ihnen vorliegenden Bericht. Generell ist festzustellen, dass der Schutz des Wattenmeeres inzwischen ein sehr hohes, ein sehr beachtliches Niveau erreicht hat, das in Euro-

(Minister Klaus Müller)

pa und in anderen Teilen der Welt seinesgleichen sucht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein ist hier wie in vielen anderen Bereichen führend.

Lassen Sie mich eine Abschlussbemerkung machen! Meines Erachtens wird sich dieser trilaterale Wattenmeerprozess ändern und weiterentwickeln müssen. Ich teile die Kritik der Landräte, dass sich die Regierungen von Deutschland, Holland und Dänemark bisher nur auf die traditionellen Themen beschränkt haben. Meines Erachtens muss sich dieser Prozess, um lebendig und interessant zu bleiben, ausdehnen, wie es auch die Landräte von Nordfriesland und von Dithmarschen in Esbjerg vorgeschlagen haben: zum Beispiel auf die Entwicklung des Tourismus, auf die Entwicklung der Landwirtschaft, auf die Entwicklung von Energieerzeugung offshore durch Windenergieanlagen. Das sind Punkte, die in diesem Prozess der **trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit** Schritt für Schritt aufgenommen werden müssen,

(Zurufe von der CDU)

und ich freue mich bereits jetzt, durch Zurufe von der rechten Seite des Hauses dazu Zustimmung signalisiert bekommen zu haben. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Widerspruch der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die antragstellende CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Heinz Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Berichtsantrag vom 9. November dieses Jahres haben wir die Landesregierung aufgefordert, zu den Ergebnissen der Esbjerg-Konferenz Stellung zu nehmen und die Auswirkungen auf das Land aufzuzeigen.

Wir haben diesen Antrag auch deshalb gestellt, weil wir sehen wollten, wie sich das Verfahren nach der Stader Konferenz aus dem Jahre 1997 weiter gestaltet und wie Sie die Eckpunkte der Stader Erklärung umgesetzt haben und Ihren eigenen Erkenntnissen folgend tätig geworden sind.

Herr Minister, wenn ich Ihre Ankündigung von eben nehme, dann kann ich eigentlich nur feststellen, dass

Sie sich mit den Inhalten der Stader Erklärung kaum auseinander gesetzt haben können;

(Beifall bei CDU und FDP)

denn wenn Sie das getan hätten, dann hätten Sie auf der Seite 8 unter den Punkten 3, 4 und 5 den Appell zu einer **breiten Beteiligung der Bevölkerung** gefunden.

(Minister Klaus Müller: Das habe ich gemacht!)

Dann hätten Sie lesen können, dass dort von partnerschaftlichem Dialog mit allen Betroffenen die Rede ist, um auch die öffentliche Akzeptanz des Wattenmeerplanes zu verbessern. Dazu gehört auch die Information der dort ansässigen Bevölkerung in den Landessprachen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Machen wir uns nichts vor, stellen wir ganz einfach und nüchtern fest: Dieser ganze Dialog läuft zurzeit auf der Verwaltungsschiene und er läuft zum Teil sehr wohl unter Einbindung der Kuratorien und der Kreise, aber den direkten Dialog mit der Bevölkerung, den haben Sie bisher nicht gesucht.

(Beifall bei der CDU - Minister Klaus Müller: Das stimmt nicht!)

Kein Wort dazu in Ihrem jetzigen Bericht, keine Aktion vor Ort, die diesem Anspruch tatsächlich gerecht werden könnte! - Ich frage Sie wirklich: Wann wollen Sie das endlich angehen? Sie haben ja jetzt in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass Sie das machen wollen.

Nun zum Bericht! Ich mache hier überhaupt kein Geheimnis daraus, dass ich von dieser **Regierungsvorlage** mehr als enttäuscht bin.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist ein dünnes Papier, nicht nur vom Umfang, sondern auch vom Inhalt her. Dieser Bericht ist eine Zumutung und ich betone, er wird den Anforderungen einer umfassenden Unterrichtung des Parlamentes nicht gerecht. Auf fünf Seiten und neun Zeilen versuchen Sie die Ergebnisse der Konferenz darzustellen, oberflächlich und - das sage ich auch deutlich - nicht mit Eigenlob spendend.

Dabei hätten Sie es relativ einfach gehabt, wenn Sie mit einigen Bewertungen versehen uns die etwa 50-seitige Erklärung von Esbjerg einfach übergeben hätten. Das hätte auch in englischer Fassung sein dürfen; das wäre kein Problem gewesen. Aber stattdessen kommen Sie mit dieser windigen Vorlage.

(Heinz Maurus)

Auf Seite 2 führen Sie aus, dass der **Wattenmeer-schutz** auf trinationaler Ebene ein sehr hohes Niveau erreicht habe und Schleswig-Holstein in vielen Bereichen führend sei. Als Beispiele hierfür nennen Sie unter anderem die Einrichtung eines Walschutzgebietes und die Ausdehnung des Nationalparks auf 12 sm.

Seit Dezember 1999 ist dies **Beschlusslage**, doch bis heute, Dezember 2001, lässt die **faktische Umsetzung** nach wie vor auf sich warten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nach wie vor kennt keiner dieses Walschutzgebiet, nach wie vor ist dieses Walschutzgebiet in keiner offiziellen Seekarte eingezeichnet und nach wie vor ist das Gebiet auf den nahezu wöchentlich aktualisierten elektronischen Seekarten nicht zu finden. Und nach wie vor gilt, dass sich fischereirechtliche Schutzvorschriften nur gegen die deutsche Fischerei im Küstenmeer richten. Die englischen, die niederländischen und die dänischen Fischer haben aufgrund der historischen Fischereirechte nach wie vor freien Zugang bis an die 3-Seemeilen-Grenze heran.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: So ist es!)

Wir haben Sie auf diese Problematik bereits in der letzten Legislaturperiode angesprochen und die Probleme deutlich gemacht.

Es bleibt heute also wieder festzustellen: Auch aufgrund der neuen Küstenfischereiordnung kollidiert das **Naturschutzrecht** nach wie vor mit dem **internationalen Fischereirecht**. Ein echter Schutz von Schweinswalen ist nach wie vor nicht sichergestellt und damit ist diese Regelung im Nationalparkgesetz - ich sage es noch einmal - nach wie vor zur reinen Symbolik verkommen.

Aber mit der Symbolpolitik haben Sie es ja.

Auch der von Ihnen, Herr Minister, als großer Erfolg verbuchte Beschluss, den Nationalpark als **PSSA** - besonders empfindliches Meeresgebiet - bei der Internationalen Seefahrtsorganisation IMO anzumelden, ist eine reine Nullnummer.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Sie selbst führten an anderer Stelle aus: Generell gilt, das PSSA hat Auswirkungen auf die Großschifffahrt in der vorgelagerten offenen Nordsee durch Erhöhung der Aufmerksamkeit. - Was heißt das denn „Erhöhung der Aufmerksamkeit“?

Sie führen dann fort: „... aber nicht auf die Kleinschifffahrt im Nationalpark.“

Das heißt im Klartext, der **Nationalpark** bekommt noch ein **weiteres Etikett**. Es werden Erwartungen an mehr Schiffssicherheit geweckt, die sich letztlich aber auf die Feststellung reduzieren, dass durch die Ausweisung lediglich die Aufmerksamkeit der Großschifffahrt erreicht werden soll.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Nicht ohne Grund meldete deshalb eine dänische Zeitung - ich glaube, es war „Der Nordschleswiger“ -:

„Wie nicht anders zu erwarten, verkündeten die Mitwirkenden an der trinationalen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres in Esbjerg unter Leitung des dänischen Umweltministers ... Erfolgsresultate - andernfalls hätten sich die beteiligten Politikerinnen und Politiker samt Beamtenstäben ja selbst als Versager präsentiert.“

Als Topmeldung landete in den Medien die Nachricht von einer Einigung über das Vorhaben, bei der Internationalen Seefahrtsorganisation (IMO) eine Einstufung des Wattenmeeres als 'besonders empfindliches Meeresgebiet' zu beantragen.

Das klingt beim ersten Hinhören ganz gut. Auken jubelte sogar, damit werde das Wattenmeer ebenso hoch klassifiziert wie das Great Barrier Reef vor Australien. Taugt ein solcher Titel vielleicht noch mehr als ein Status Welterbe?“

Dann ist natürlich auch zu fragen, wie die Schiffssicherheit außerhalb des Gebietes, in der meist die Unfälle passieren - wir erinnern uns an „Pallas“ -, tatsächlich erreicht werden soll.

Es wird hier einmal mehr deutlich, dass das, was Sie hier betreiben, reine Augenwischerei ist oder - wie die Zeitung titelte - Umweltheuchelei, die ihresgleichen sucht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, zu meinem letzten Satz!

Herr Minister, hier haben Sie kräftig Schaum geschlagen

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und ich muss Ihre Bemerkung von vorhin aufgreifen, als Sie feststellten, dass Ihnen in den letzten eineinhalb Jahren nicht viel gelungen ist: Sie haben Recht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ulf von Hielmcrone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß ja, Herr Maurus, Ihnen passt die ganze Richtung nicht, und so ist es auch kein Wunder, dass Sie diesen Bericht verreißen. Man kann auch sagen, er ist kurz und bündig und in der Kürze liegt die Würze.

(Lachen bei der CDU)

Bei Ihnen taugt natürlich alles nichts, was zum besseren Naturschutz führt. Das ist klar. Trotzdem bin ich optimistisch. Der Zug in Richtung eines **besseren Schutzes des Wattenmeeres** ist abgefahren - trotz aller Ihrer Versuche - -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

- Sehen Sie, Sie sind nicht einmal in der Lage zuzuhören. Der Zug in Richtung auf einen besseren Schutz des Wattenmeeres ist abgefahren - nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis - trotz Ihrer Versuche, ihn immer wieder aufzuhalten, trotz Ihrer Versuche, die Signale auf rot zu stellen und die Weichen falsch zu stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Optimismus erlaube ich mir gerade auch nach der Lektüre des Berichtes, aber vor allen Dingen nach der Lektüre der Deklaration von Esbjerg selbst.

Herauszuheben ist, dass sich der Status des Wattenmeeres in vielfacher Hinsicht gebessert hat. Auch das müssen wir einmal sagen. Das gilt für Vogelbestände, für den Schutz der Salzwiesen, für den Eintrag von Schadstoffen.

Dass wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag - jedenfalls was die Mehrheitsfraktionen angeht - auf dem richtigen Weg waren und sind, ist uns bestätigt worden. Ausdrücklich wird die **Erweiterung des Nationalparks** begrüßt und die **Errichtung eines Walschutzgebietes** wird positiv bewertet. Beides sind Punkte, die hier vor noch nicht langer Zeit heiß umstritten waren. Leider gelang es immer noch nicht, die Gammelfischerei in Dänemark ernsthaft anzugehen. Dies bleibt ein dunkler Fleck auf der ansonsten rot-weißen Weste.

Ein wichtiger Punkt ist in der Tat die **Ausweisung als PSSA-Gebiet**. Dieses Gebiet wird durch eine solche Ausweisung international aufgewertet und als beson-

ders sensibel gekennzeichnet. Dass im Übrigen das Wattenmeer den Kriterien eines PSSA-Gebietes entspricht, hat eine Studie des Marine Research Center in Southampton ergeben.

(Heinz Maurus [CDU]: Aber das wollten wir doch gar nicht!)

- Vielleicht lesen Sie doch einmal den englischen Text. Ich habe ihn hier. Ich kann ihn Ihnen leihen.

Wenn also demnächst die Anmeldung bei der IMO erfolgen soll und ihr wahrscheinlich auch stattgegeben wird, dann befindet sich unser Wattenmeer in guter Gesellschaft. - Sie haben es erwähnt -: Great Barrier Reef in Australien, ein Gebiet bei Kuba, auch in Florida soll demnächst eines angemeldet werden. Das Wattenmeer spielt also an vorderster Stelle in der Weltliga.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun werde Sie sagen können, die rechtliche Ausweisung habe keine Bedeutung und die eigentliche Gefahr erfolge von See her, „Pallas“ habe dies schließlich deutlich gemacht. Dies ist nur scheinbar richtig. Doch eine **Veränderung rechtlicher Bedingungen auf See**, etwa die Verlagerung der Schifffahrtsrouten nach Westen durch die IMO wird eben nur mit einem Hinweis auf ein PSSA-Gebiet durchsetzbar sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies ist geradezu Voraussetzung und notwendiger Schritt für einen weiteren Schutz des Wattenmeeres von See her.

Zur Kategorie der internationalen Aufwertung des Wattenmeeres gehört auch das Welterbe. Hier handelt es sich dann möglicherweise wirklich um einen PR-Effekt, um einen Werbeeffect, denn zunächst einmal brauchen wir die Nominierung - das ist wie bei der Oscar-Verleihung - und dann - so heißt es tatsächlich wörtlich -, den Award. Die Frage also ist: Wollen wir uns um den Welterbe-Oscar bemühen oder nicht? Schon bei PSSA, vor allem aber beim Welterbe wird eines deutlich: Das Wattenmeer ist nicht der private Hinterhof der Nordfriesen oder Dithmarscher, der niemanden etwas angeht und uns allein gehören sollte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sagt ein Nordfriesen!)

Nationalpark und nach § 15a Landesnaturschutzgesetz geschützte Flächen sind für manche schon lästig genug, aber das könnte national oder auf Länderebene geändert werden; das ist ihr geheimer Trost. Beim Welterbe haben andere mitzureden und die sitzen dann nicht mehr in Kiel oder Berlin, sondern in Paris und

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

New York. Wir sehen dies in Lübeck. Herr Garg, dies macht eben den Unterschied aus. Ich bin stolz auf meine Heimat, und ich bin ein ganz bewusster Nordfrieser. Ich bin stolz darauf, dass dieses Wattenmeer, dieses nordfriesische Gebiet geeignet ist, als **Welterbe** anerkannt zu werden. Ich finde, dafür brauche ich mich nicht zu schämen, Herr Dr. Garg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Ängste sind verständlich. Aber machen wir uns nichts vor: Unser Hinterhof ist schon längst entdeckt, der gehört uns schon lange nicht mehr, wir können mit ihm schon lange nicht mehr machen, was wir wollen. In Wahrheit hat es ihn nie gegeben, denn es ist ein allgemeines Gebiet, das uns allen in dieser Nation gehört.

Wir müssen unser Welterbe bewahren, es weise und klug nutzen. Damit komme ich in der Tat zum wichtigsten, was die Konferenz auch gesagt hat: Kommunikation, Information und Teilhabe. Wir müssen weg von der stupiden und sturen Konfrontation. Gemeinsam müsse wir uns überlegen, was wir aus der neuen Situation, und zwar zum Nutzen der Menschen, machen können. Immer am Alten harren ist eine Sache, aber hier haben sich die Dinge grundlegend geändert. Die Nordfriesen sind in der Regel geschäftstüchtig genug, dass sie diese Situation erkennen und auszunutzen verstehen. Gehen Sie nach Nordfriesland! Sie werden sehen, wie stolz man dort bereits auf den Nationalpark ist. Selbst Pellworm vermarktet ihn zum Nutzen von Pellworm und der ganzen Region.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der Tat brauchen wir weiterhin die offene Diskussion, und zwar in allen Kreisen der Bevölkerung, nicht nur bei den wenigen, die dagegen sind.

Wir haben ein **Entwicklungskonzept für die Westküste** auf die Bahn gebracht. Hier gäbe es Möglichkeiten, alle Gedanken einzubringen und wirklich einmal etwas für die nachhaltige Entwicklung der Westküste zu tun, damit sie auch weiterhin wirtschaftlich gedeihen und ihre Defizite ausgleichen kann. Hier, meine Damen und Herren, liegt unsere Chance, nicht im bloßen Neinsagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Dr. Christel Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich wiederhole mich ungern, aber Sie können sich vorstellen, dass ich mit diesem Bericht nicht zufrieden bin.

(Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Ich bin ganz froh, dass das **Internet** inzwischen **Transparenz** gewährt und man sich die Informationen dort besorgen kann und auf Ihre Informationspolitik nicht mehr angewiesen ist.

Herr Kollege von Hielmcrone, ich verstehe nicht ganz, dass Sie diesen Bericht so sehr verteidigt haben. Ihr Husum-Büchlein ist wirklich nicht so schlecht, als dass Sie einen solchen Bericht als Maßstab der Dinge nehmen müssten.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und der CDU)

Dieser Bericht der Landesregierung zur Trilateralen Wattenmeerkonferenz ist ungefähr so informativ wie die Aussage „Nachts ist es kälter als draußen“. Damit kann man nichts anfangen, deshalb haben wir in das Internet geguckt.

Sie stellen in diesem **Bericht** fest, welch großer **Konsens** zwischen den drei großen Wattenmeer-Anrainerstaaten entstanden sei. Ich kann dazu nur sagen: Einen großen Konsens zu erzielen, ist kein Problem, wenn man jedes Mal beschließt, die **strittigen Punkte** auf die nächste Konferenz zu verschieben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Strittige Punkte gibt es nämlich. Wenn diese aber immer wieder ausgeklammert werden, verkommt der Konsens zum Nonsens. Die Einrichtung der Trilateralen Wattenmeerkonferenz ist uns dafür zu schade.

Einer dieser strittigen Punkte ist seit Jahren die **Stellnetzfisherei** im dänischen Wattenmeer. Nach Äußerungen des WWF stirbt pro Stunde ein Schweinswal in einem Stellnetz. Das sind 20 tote Wale am Tag oder 7.500 im Jahr und das sind 7.500 zu viel.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Auf dem Papier - ich wiederhole: auf dem Papier -, Herr Minister, wird nun die Beifangrate reduziert. Aber wer soll die Verminderung denn eigentlich kontrollieren? Das heißt aber auch: Beim Thema **Walschutz** hat sich Schleswig-Holstein trotz der eigenen Vorleistung nicht durchgesetzt.

An diesem Beispiel wird aber noch etwas anderes sichtbar, nämlich dass die Dänen ihre wirtschaftlichen

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Interessen gegenüber den Forderungen der übrigen Wattenmeer-Anrainerstaaten verteidigen. Unsere Landesregierung dagegen ist stolz darauf, die wirtschaftlichen Interessen der Westküste preisgegeben zu haben. Genau aus diesem Grund verfolgen die Menschen an der Westküste den Prozess der trilateralen Kooperation weitgehend mit Misstrauen. Sie können sich auf die Wahrung ihrer Interessen durch die Landesregierung nicht verlassen. Genau deswegen mahnt Kollege Maurus immer wieder die Beteiligung der Bevölkerung vor Ort an, damit sie Vertrauen in diesen Prozess gewinnen kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ein weiterer Punkt meiner Kritik betrifft die Anmeldung des Wattenmeerschutzbereichs zum **Welterbe** bei der UNESCO. Die Beschlussfassung darüber ist verschoben worden. Sie verschweigen im Bericht den Teil des Protokolls der Wattenmeerkonferenz, in welchem ausdrücklich bestätigt wird, dass „Landschaft und kulturelles Erbe des Wattenmeeres“ von „herausragendem Wert“ sind. Seit der Konferenz in Stade besteht übrigens auch Einigkeit über den Erhalt gerade der kulturhistorischen Elemente des Wattenmeeres.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Demzufolge wird vom LANCEWAD-Bericht und vom Burbridge-Bericht gefordert, dass die Gebiete des Trilateralen Wattenmeerplans auch als Kulturerbe angemeldet werden sollen. Es ist darüber hinaus bekannt, dass die Niederländer nur einer gleichzeitigen Ausweisung des Gebietes als **Natur- und Kulturerbe** zustimmen wollen.

Über die Bedeutung des Kulturerbes Wattenmeer habe ich dem Ausschuss die Ausführung des Landesarchäologen Professor Dr. Reitzstein zur Kenntnis gegeben. Er hat gleichzeitig festgestellt, dass die zur Verfügung stehende Zeit von zwei Jahren gar nicht ausreicht hat, die Reste vergangener Kulturlandschaften im nordfriesischen Wattenmeer zu erfassen. Auf der Konferenz von Esbjerg wurde die Anmeldung des Wattenmeeres als Particularly Sensitive Sea Area bei der IMO in London beschlossen. Die FDP-Fraktion ist damit durchaus einverstanden, aber wir meinen, die Bedenken müssen berücksichtigt werden. Herr Steinicke aus dem Bundesverkehrsministerium vertritt die Auffassung, dass die Ausweisung eines PSSA-Wattenmeeres durch die IMO in inneren Küstengewässern, also landseits des Küstenmeeres, nicht möglich ist. Wir wollen einfach die klare Aussage haben: Ist es möglich, ist es nicht möglich? Wie gehen wir weiterhin vor, damit wir unser Wattenmeer vor Schiffsunfällen auch tatsächlich schützen? Ich begrüße - auch dies will ich hier sagen -, dass vorher auch das

grundsätzliche Einverständnis der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen für ein PSSA eingeholt worden ist.

Zum Bereich **nachhaltiger Tourismus** - dieses Thema ist für die Westküste von ungeheurer Bedeutung - ist der Bericht gerade einmal fünf Zeilen lang. Er erschöpft sich in der Selbstverständlichkeit, dass die Anstrengungen unterstützt werden, „einen Aktionsplan für einen nachhaltigen und sanften Tourismus im Trilateralen Wattenmeer einzuführen“. Die Frage wäre aber gewesen, was die Trilaterale Wattenmeerkonferenz über ein pauschales „Wir finden euch toll“, von sich aus für die Stärkung und Weiterentwicklung eines nachhaltigen Tourismus an der Westküste beschlossen hat. Dazu sagt der Bericht nichts.

Insgesamt, Herr Minister, ist das ein selektiver Bericht. Insgesamt, Herr Minister, will ich auch das eine noch anfügen: Wenn wir die Wahrnehmung der Berichtspflicht durch Sie mit einer Zeugenaussage vor Gericht verglichen, dann erfüllte sie den Tatbestand der Falschaussage. Sie lassen - möglicherweise fahrlässig - Tatsachen aus und erzeugen damit einen falschen Eindruck von den realen Geschehnissen. Ich finde, das können wir als Parlament uns nicht weiter bieten lassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich beantrage die Überweisung des Berichts an den Umweltausschuss. Ich möchte darum bitten, dass wir uns darauf einigen, mit der Befassung so lange warten, bis die deutsche Übersetzung der Esbjerg Wadden Sea Declaration vorliegt, damit wir auf der Grundlage der Originaldeklaration und nicht auf der Grundlage dieser fünf Seiten plus neun Zeilen Bericht diskutieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordnete Irene Fröhlich das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war wohl auch eine PR-Nummer!)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie müssen nicht immer von sich auf andere schließen. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die mittlerweile bereits mehr als zwanzigjährige trilaterale Zusammenarbeit von Dänemark, den Niederlanden und der Bundesrepublik ist ganz ohne Zweifel eine Erfolgsstory - besonders, wenn man sich anschaut, mit welchen kleinen Schritten sie angefangen hat. Es ist eine Erfolgsstory, die weltweit einzigartig ist. Nirgendwo sonst in der Welt wird im

(Irene Fröhlich)

Naturschutz und bei der Sicherung eines einzigartigen Lebensraumes für Pflanzen, Tiere und Menschen so intensiv und kontinuierlich auf staatsübergreifender Ebene zusammengearbeitet. Ich finde, das darf man auch einmal würdigen, das muss man nicht immer nur schlecht reden. Sonst bekommt man nämlich die Kommunikation, die immer wieder gefordert wird, überhaupt nicht hin. Denn etwas, was immer nur als schlecht dargestellt wird, interessiert an der Westküste keinen Menschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir reden doch nur über den Bericht!)

Nicht allein die regelmäßigen **Treffen der Umweltminister** bei den trilateralen Regierungskonferenzen - alle drei bis vier Jahre -, die natürlich besonders im Licht der Öffentlichkeit stehen, sind das eigentlich Entscheidende: Auf der **Arbeitsebene** gibt es intensive Kontakte und eine lebendige Zusammenarbeit. Zwischenzeitlich ist diese Zusammenarbeit durch die Regierungen noch um eine Zusammenarbeit der Regionen ergänzt worden. Das Wattenmeer mit seiner Umgebung zeigt sich hier also im wahrsten Sinne des Wortes als eine zusammenwachsende europäische Region. Auch die jüngste Trilaterale Wattenmeerkonferenz in Esbjerg im vergangenen Monat zeigt, wie wertvoll und gut die Zusammenarbeit der drei Wattenmeer-Anrainerstaaten ist. Wir als Land sind Dank unseres Umweltministers in einer aktiven Rolle, gemeinsam mit den anderen Küstenländern Niedersachsen, Hamburg und Bremen. Das möchte ich ausdrücklich betonen: Aber das ist nicht nur der Umweltminister; dazu gehört auch sein Haus, dem ebenfalls Dank gebührt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Und dem Fuhrpark!)

In meinen Augen stellen sich die Schiffssicherheit, die Fortführung des Beteiligungsverfahrens zum Welterbe und die Einrichtung eines Wattenmeerforums als die drei wichtigsten Themen der Konferenz dar. Das straft Sie, Herr Maurus, eben nicht immer die Wahrheit gesagt zu haben.

Erstens. Das **Wattenmeerforum** stellt eindeutig die **Beteiligung der Bevölkerung** an der Westküste klar. Wenn Sie, Herr Maurus, eben das Gegenteil behauptet haben, dann ist das - das will ich Ihnen ganz deutlich sagen - infam.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lars Harms [SSW]: Das ist nicht wahr!)

Mit der lange erhobenen Forderung - -

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mir lieber einmal zu! Das würde Ihnen besser bekommen!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben Sie etwas Falsches gegessen?)

Mit dem Wattenmeerforum steht nun der lange erhobenen Forderung, die Bewohner an der Westküste des Wattenmeergebietes stärker in die trilaterale Kooperation einzubeziehen, endlich entsprochen. Aber Ihnen ist es immer noch nicht Recht.

(Zuruf von der CDU)

Es soll als Konsultationsprojekt eingerichtet werden, in dem staatliche und nichtstaatliche Interessenvertreter beteiligt sind. Besonders gefreut hat mich aber, dass bereits jetzt allein neun verschiedene nichtstaatliche Regierungsorganisationen ein Statement abgegeben haben. Sieben davon waren als ständige Beobachter bei den die Konferenz vorbereitenden Verhandlungen beteiligt. Wenn das nicht Bevölkerungsbeteiligung ist, dann möchte ich einmal wissen, was Sie darunter verstehen. Sie müssen einfach einmal genau sagen, was Sie wollen.

Zweitens. Ich komme zum Stichwort **Welterbe**. Auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz wurde darauf verzichtet, bereits heute das Wattenmeerschutzbereich in Schleswig-Holstein - also den Nationalpark - als **Welterbegebiet** bei der UNESCO anzumelden. Stattdessen wird das breit angelegte Beteiligungsverfahren, das das Umweltministerium für die Westküste angefangen und am 6. und 7. Juni in Heide und Husum in wirklich ausführlichen Informationsveranstaltungen der Bevölkerung vor Ort angeboten hat, fortgesetzt wird. Es soll nach etwa zwei Jahren zu Ende gebracht werden. Damit nehmen wir Rücksicht auf unseren eigenen Diskussionsprozess, aber natürlich auch auf den Diskussionsprozess in anderen Staaten.

Ich hoffe natürlich, dass letztlich alle Beteiligten vom Sinn und Nutzen eines UNESCO-Welterbes überzeugt sein werden. Ich möchte es aber Frau Happach-Kasan nicht durch zusätzliche Aufsattelungen von Weltkulturerbeforschungen erschweren. Ich bin sehr dankbar, dass Sie uns den Brief des Landesarchäologen zur Verfügung gestellt haben. Ich fand diesen Brief informativ, komme aber - das muss ja erlaubt sein - zu anderen Schlüssen als Sie. Der Landesarchäologe sagt nun in diesem Brief, dass die Unterschiede - ich sagte das übrigens in meiner Rede letztens auch schon - zwischen Nordfriesland und Dithmarschen in dieser Frage so groß sind, dass man das nicht alles in einen Topf schmeißen kann. Ich möchte kein Weltkulturerbe versunken unter der Wasseroberfläche liegend. Ich

(Irene Fröhlich)

möchte wissen, was mit dem Weltkulturerbe im Binnenland, also hinter dem Deich, passiert. Das ist eine ganz andere Diskussion. Beide Diskussionen kann man nur schwer zugleich führen. Deswegen möchte ich die eine, die angesprochene Diskussion nicht belasten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Drittens. Die **Schiffssicherheit** ist vielleicht der bedeutendste Punkt. Wenn Sie, Herr Maurus, das nicht begreifen, dann sind Sie vielleicht noch nicht weit genug in diese Thematik eingedrungen. Wenn sich aber eine solche naturschutzfachliche Auseinandersetzung in diese Richtung bewegt, dann macht sie einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Dieser erste Schritt ist nicht wieder rückgängig zu machen. Auch die Internationale Maritime Organisation wird das ernst nehmen müssen. Ich finde es einfach unfair und ärgerlich, wenn Sie das so darstellen, wie Sie das heute gemacht haben. Ich finde es im Übrigen auch nicht erlaubt, ein Parlament dafür zu benutzen, solche Falschbehauptungen zu verbreiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischer Landtag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein die Tatsache, dass nun schon die 9. Trilaterale Wattenmeerkonferenz stattgefunden hat, ist sehr zu begrüßen. Das zeigt uns, dass der Wattenmeerregion eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet wird und dass die Entwicklung der Wattenmeerregion ständig fortgeführt wird. Der bedeutsamste Beschluss dieser Wattenmeerkonferenz war sicherlich, dass die **Wattenmeerschutzbereiche** als **PSSA**, also als besonders schützenswertes Seegebiet, ausgewiesen werden sollen. Dies soll auf Basis bestehender Maßnahmen auf dem Gebiet der Schiffssicherheit und auf Grundlage des freien Zugangs zu den bestehenden Häfen geschehen.

Ich glaube, mit diesen Einschränkungen ist man den Sorgen und Befürchtungen der Menschen an den Küsten entgegengekommen. Somit dürfte sich ein tragfähiges Ergebnis für die gesamte Wattenmeerregion abzeichnen. Wichtig ist jetzt, dass man entsprechend mancher Verlautbarung nun auch öffentliche Informationsveranstaltungen zu diesem Thema durchführt und

sich so dem Dialog mit den Bürgern stellt, bevor alles beschlossene Sache ist. Macht man dies nicht, so kann es wieder zu Irritationen an der Westküste führen, die schon manches Mal entstanden sind, weil es mit der Information der Bürger gehapert hat. Diesen Fehler sollten wir nicht wiederholen.

In diese Richtung geht ja auch die **Einrichtung eines Wattenmeerforums**. In diesem Forum geht es vorwiegend um die wirtschaftliche Entwicklung der Wattenmeerregion unter Berücksichtigung des Schutzes des Naturraumes Wattenmeerregion.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Abwägung zwischen Ökonomie und Ökologie ist dringend notwendig. Nach Auffassung des SSW ist es allerdings auch erforderlich, den Küstenschutz stärker einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP)

In der Wattenmeerregion stellt sich das Dreieck „Wirtschaft, Küstenschutz, Natur“ als Basis aller Lebensgrundlagen dar. Wenn man will, dass sich die Region nachhaltig weiterentwickelt, muss man auch alle wichtigen Faktoren des täglichen Lebens einbeziehen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Im Wattenmeerforum sollte man daher an der Zielsetzung noch etwas nachbessern, damit die Ergebnisse dann auch in der Region tragfähig sind.

Bezüglich des **Welterbes** ist schon in der letzten Debatte alles gesagt worden. Letztlich kommt es darauf an, dass die Bürger informiert werden, dass sorgfältig ermittelt wird, wie die UNESCO einer Ausweisung als Weltnatur- und -kulturerbe gegenübersteht, und dass festgelegt wird, welche Ziele mit der Ausweisung verfolgt werden. Ökologische Ziele scheinen es nicht zu sein, da immer wieder gesagt wird, man wolle keine zusätzlichen Nutzungseinschränkungen in dem betroffenen Gebiet. Somit scheinen nur ökonomische Gründe beziehungsweise Marketinggesichtspunkte vorzuliegen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: PR-Gags!)

Vor diesem Hintergrund muss man die Welterbediskussion möglicherweise eher unter Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten und kommt so unter Umständen zu völlig anderen Überlegungen als früher. Egal, welches Ergebnis am Ende dabei herauskommt: Auf jeden

(Lars Harms)

Fall müssen die Menschen an den Küsten das letzte Wort dazu haben.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ein weiteres Thema, das uns in den nächsten Jahren mit Sicherheit beschäftigen wird, ist das der Industriefischerei. Auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz hatte Deutschland vorgeschlagen, im **Wattenmeer** keine **Industriefischerei** mehr zuzulassen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Unsere Haltung ist hierbei ganz klar. Das ist der absolut richtige Weg. Es ist für mich unverständlich, warum Dänemark hier noch immer weiter blockiert.

(Beifall im ganzen Haus)

Es kann nicht angehen, dass alle drei Staaten einmütig begrüßen, dass man vor Sylt ein Walschutzgebiet eingerichtet hat, und gleichzeitig will ein Land eine Wirtschaftsform beibehalten, die diese Schutzmaßnahme konterkariert. Ich glaube, spätestens auf der internationalen Nordseeschutzkonferenz im kommenden Jahr in Bergen wird Dänemark seine Haltung hierzu noch einmal überdenken müssen.

(Rolf Fischer [SPD]: Richtig! - Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Alles in allem muss man losgelöst von manchen Problem aber sagen, dass die Trilaterale Wattenmeerkonferenz in Esbjerg eine erfolgreiche Konferenz war und gute Ergebnisse erzielt werden konnten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass es sich bei der Trilateralen Wattenmeerkonferenz um eines der wenigen regelmäßigen Foren der Zusammenarbeit im Bereich der Nordsee handelt. So gesehen gehe ich davon aus, dass die Landesregierung die Trilaterale Wattenmeerkonferenzen als einen Einstieg in die **Nordsee-Kooperation** sieht

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und diese dann vielleicht in Zukunft mit noch mehr Schub versieht. Ich würde mich freuen, wenn bei der nächsten Konferenz neben den Belangen der Schiffssicherheit und des Naturschutzes auch die wirtschaftliche und verkehrliche Weiterentwicklung der gemeinsamen Wattenmeerregionen eine größere Rolle spielen würde

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

und wir auch die kulturelle Zusammenarbeit im Rahmen der trilateralen Kooperation zwischen den Niederlanden, Dänemark und uns mehr in den Mittelpunkt stellen würden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Müller noch einmal das Wort.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Maurus, da Sie eben behauptet haben, wir hätte nicht umfassen genug informiert, will ich Ihnen noch einmal die verschiedensten Debatten, die wir dazu geführt haben, in den Protokollen als Lektüre empfehlen. Wir haben bisher zu keinem **Naturschutzprojekt** an der **Westküste** so viel informiert wie im Vorlauf zu Esbjerg, insbesondere zur Welterbedebatte.

Ich will Ihnen nur zwei Zahlen nennen, die wir in einer repräsentativen Umfrage in Nordfriesland und in Dithmarschen zur Zustimmung der Bevölkerung zum Welterbe erhoben haben. 10 % der Befragten lehnen es ab, 47 % stimmen dem zu. Ich lasse mich gern daran messen, welche Zustimmung wir in zwei Jahren erreicht haben.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Vielleicht nimmt dann auch die CDU das einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt die Frau Abgeordnete Ursula Sassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Frage bei der Umfrage war: Wollen Sie erben? Da haben alle Ja gesagt!)

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Müller, Frau Dr. Happach-Kasan hat es vorhin so trefflich gesagt: Je länger Sie im Amt sind, desto dürftiger werden die Berichte. Da hatte sie diesen gelesen.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Ursula Sassen)

Für mich ist das umso weniger zu verstehen, weil es sich doch hier um eines Ihrer Lieblingsthemen handelt. Wenn wir nicht in der letzten Landtagstagung den Bericht zur Machbarkeitsstudie, zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe gehabt hätten, wären uns viele Informationen, die eigentlich in diesem Bericht hätten stehen müssen, verborgen geblieben.

(Minister Klaus Müller: Haben Sie den nicht bekommen?)

Sie haben beispielsweise einen über 300 Seiten starken Bericht über das LANCEWAD-Projekt vorgelegt.

Ich hätte auch gern gewusst - auch sonst gucken wir gern nach Dänemark und viele orientieren sich an Dänemark -, warum die **Dänen** das ablehnen. Ernsthaftige Ausführungen oder Ausführungen, die in die Tiefe gehen, gibt es nicht. Man könnte fast die Vermutung aussprechen, Sie wollen nicht so viel hineinschreiben, damit es nicht so viele Kritikpunkte gibt.

Ich möchte noch auf eine Sache zu sprechen kommen. Frau Fröhlich hat es vorhin angeschnitten. Sie nannte Herrn Maurus Äußerungen dazu infam. Hier steht zwar: „Um die Bewohner des Wattenmeergebietes stärker in die trilaterale Kooperation einzubeziehen, soll ein **Wattenmeerforum** ... eingerichtet werden, an dem staatliche und nichtstaatliche Interessenvertreter beteiligt sind.“ Dann würde ich gern wissen - bei den staatlichen Interessenvertretern interessiert es mich nicht ganz so intensiv -, wie diese nichtstaatlichen Interessenorganisation zusammengesetzt sind, um die Beteiligung der Bewohner wirklich zu gewährleisten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Ich möchte noch eine Bemerkung machen. Man soll - wie bei Verträgen - immer auf das Kleingedruckte gucken. Sie schreiben hier von sich selbst, dass Sie im Wort stünden: „Der schleswig-holsteinische Umweltminister hatte im Vorfeld der betroffenen Bevölkerung zugesichert“ und so weiter und so fort. Ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht nur darum geht - so habe ich Sie immer verstanden -, dass wir ausreichend informieren, und zwar so lange, bis der **Bevölkerung** Weltnaturerbe und Weltkulturerbe bei den Ohren wieder rauskommt. Damit ist es nicht getan. Am Ende dieser Information muss stehen, dass wenn Sie das Welterbe anmelden, die Bevölkerung dahinter steht.

(Minister Klaus Müller: 47 %!)

- Das ist noch nicht genug!

Das sind die Punkte, auf die ich im Zusammenhang mit diesem Bericht hinweisen möchte. Bei diesem Ihrem Lieblingsthema hätte er wirklich etwas umfassender sein müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Moment, Moment! - Heinz Maurus [CDU]: Herr Kubicki möchte, dass ich noch etwas sage! - Lothar Hay [SPD]: Ein Nordfrieze meldet sich zu spät oder nie!)

- Wir sind kurz vor Weihnachten. Das ist überhaupt kein Problem. Wenn sich der Kollege Maurus vorhin gemeldet hat, was mir im Eifer des Gefechtes entgangen ist, soll das Rederecht der Abgeordneten Vorzug haben. - Herr Kollege Maurus, Sie haben das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung; ihm folgt Herr Kubicki. Ist das richtig?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

- Nein.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Frau Fröhlich, Ihre Vorwürfe weise ich auf das Entschiedenste zurück.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit meinem Hinweis, dass die Bevölkerung nicht ausreichend beteiligt ist, schließe ich an die Erfahrungen an, die wir im Zuge der Diskussion über den Nationalpark gemacht haben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie doch nicht in alle Ewigkeit tun! Das ist doch ein ganz anderes Verfahren!)

Wenn Sie sich die **Beteiligung der Bevölkerung** heute einmal ansehen, sehen Sie, dass die Nationalparkkuratorien eingebunden sind, dann sehen Sie, dass die eine oder andere Interessengruppe noch mit eingebunden ist, dann sehen Sie, dass der Kreistag mit eingebunden ist. Aber viel weiter geht dies nicht.

(Beifall bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Von daher ist es erforderlich, dass Sie hier ein Stück mehr tun. Dazu fordern wir Sie ganz deutlich auf.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Heinz Maurus)

Dazu fordern wir Sie ganz deutlich auf. Das muss hier noch einmal gesagt werden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist reine Hetze!)

Das muss man hier doch einmal sagen dürfen, auch wenn sie zehnmal auf die Barrikaden gehen. Das hilft alles nichts.

(Klaus Schlie [CDU]: Er kennt sich mit Barrikaden aus!)

Es ist in der Tat so. Wenn Sie einmal auf die Inseln gehen und mit den Leuten diskutieren, wird Ihnen das sehr schnell auffallen. Wenn Sie das ignorieren wollen, ignorieren Sie es!

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann sichere ich Ihnen zu, dass Sie die gleichen Diskussionen, die Sie um den Nationalpark hatten, hier in Kürze wieder führen werden.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Schweinerei, was Sie hier machen!)

Lars Harms hat das hier vorhin mit anderen Worten doch genauso ausgedrückt. Mensch, nehmen Sie uns doch hier endlich einmal ernst!

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Ich stehe hier doch nicht, um Sie zu ärgern, sondern ich stehe hier, um Ihnen vor Ort festgestellte Defizite aufzuzeigen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum nächsten Punkt, zu **PSSA**! Da war die Diskussion schon einmal ein wesentliches Stück weiter. Das wissen all diejenigen, die sich früher schon einmal damit befasst haben. In einem Brief des Umweltministers an die Landräte, den ich auszugsweise zitieren möchte, heißt es:

„Den Vorschlag für das PSSA umfasst jetzt ausschließlich das empfindliche Meeresgebiet selber, das trilaterale Schutzgebiet in Schleswig-Holstein also, den Nationalpark und kein vorgelagertes Gebiet.“

Das heißt, ich habe das Etikett „Nationalpark“. Das heißt, ich werde demnächst das Etikett „Welterbe“ haben. Das heißt, ich habe auf dem gleichen Gebiet ein zusätzliches Etikett, nämlich „PSSA“.

Ich frage Sie allen Ernstes: Wo ist denn da mehr Schutz? Die Schiffsunfälle passieren nicht in diesem geschützten Bereich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört!)

Sie passieren in den vorgelagerten Bereichen. Das ist nun einfach nun einmal so. Das müssen Sie doch auch so akzeptieren,

(Beifall bei CDU und FDP)

vor allen Dingen dann, wenn Sie selbst auch noch ausführen: Zur Ausweisung als PSSA ausschließlich auf der Basis der existierenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Schiffssicherheit und dem Schutz der Meeresumwelt wollen Sie den Antrag an die IMO übersenden. Das heißt, es bleibt alles beim Alten, es kommt nur ein Etikett drauf. In dem Brief argumentieren Sie weiter, dass Sie die Großschifffahrt darauf aufmerksam machen wollen, dass dort ein besonders sensibles Gebiet liegt.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Am besten ein Fax an alle schicken!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das war eine sehr bewegte Debatte. Ich verstehe auch, dass es Zwischenrufe gibt, die Emotionen Ausdruck geben. Frau Kollegin, ich bitte Sie nur, auf Ausdrücke zu verzichten, die gezielt dem Tierreich entnommen sind.

Herr Kollege Malerius hat jetzt das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Maurus, Sie sagten eben, eine breite **Beteiligung der Bevölkerung** habe nicht stattgefunden. Vielleicht hat Ihre Wahrnehmung etwas gelitten. In Vorbereitung der Konferenz Informationsveranstaltung Welterbe hat es in allen Zeitungen an der Küste eine aus mehreren Seiten bestehende **Beilagen in den Tageszeitungen** gegeben. Damit wurde die Bevölkerung ausführlich informiert. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Das heißt, alle beteiligten Kreise - inzwischen weiß ich, dass in Nordfriesland die Uhren irgendwie anders zu gehen scheinen; für Dithmarschen weiß ich es aber sicher - sind informiert worden. Das ist der erste Punkt.

Als Zweites ist einen ganzen Tag lang eine **Telefonaktion** durchgeführt worden. Die gesamte Bevölkerung konnte anrufen und nachfragen, was los ist.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

(Wilhelm-Karl Malerius)

Und was hat das gebracht? - Hören Sie zu! Während des gesamten Tages hat sich ein einziger Anrufer gemeldet.

(Heinz Maurus [CDU]: Dann haben Sie die Aktion nicht richtig vorbereitet! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit 3,96 DM die Minute!)

Das ist dabei rausgekommen. Bei dem einen Anruf ist etwas zum Nationalpark gefragt worden, sonst aber nichts. Das ist der zweite Punkt.

Dann möchte ich noch etwas in Bezug auf das **Welterbe** sagen. Sie müssen endlich zur Kenntnis nehmen - auch Sie, Frau Happach-Kasan -, dass zum Beispiel in Dithmarschen parteiübergreifend - das heißt, auch die CDU gehört dazu - gesagt worden ist: Wir sind einverstanden, ein Naturerbe anzumelden, aber kein Kulturerbe. Das sollten wir hier zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Präsidium ist der Auffassung, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir gehen nicht fehl in der

Annahme, dass das so ist? - Dann schließe ich die Beratung.

Wir treten in die Abstimmung ein. Der Antrag der Fraktion der CDU beinhaltet einen Berichtsantrag. Die Regierung hat den Bericht gegeben, insofern ist der Antrag erledigt. Der Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1378, soll sicherlich zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss überwiesen werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Zur abschließenden Beratung!)

- Das ist auch ein Vorschlag. Der Bericht der Landesregierung soll also zur abschließenden Beratung an den zuständigen Unterausschuss überwiesen werden. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um sein deutliches Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir befinden uns am Ende der heutigen Beratungszeit. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr